



Landtag von Baden-Württemberg

92. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 28. April 2005 • Haus des Landtags

Beginn: 9:36 Uhr

Schluss: 17:09 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6461	Abg. Zeller SPD	6522, 6525
Glückwünsche zum Geburtstag des Ministers Pfister . .	6461	Abg. Kleinmann FDP/DVP	6524
Umbesetzung im Präsidium und im Oberrheinrat	6461	Ministerin Dr. Annette Schavan	6524
		Beschluss	6526
1. Aussprache über die Regierungserklärung	6461	3. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort	
Abg. Mappus CDU	6461	der Landesregierung – Die Zukunft der Berufs-	
Abg. Drexler SPD	6468, 6508	akademien in Baden-Württemberg zwischen	
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	6480	nationaler Anerkennung und internationali-	
Abg. Kretschmann GRÜNE	6491, 6511	sierter Hochschullandschaft – Drucksache	
Ministerpräsident Oettinger	6500	13/2499	6526
2. a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Ant-		Abg. Alfred Winkler SPD	6526, 6532
wort der Landesregierung – Gemeinsamer		Abg. Hitzler CDU	6528
Unterricht von behinderten und nicht be-		Abg. Beate Fauser FDP/DVP	6528
hinderten Schülerinnen und Schülern in		Abg. Theresia Bauer GRÜNE	6529
Baden-Württemberg – Drucksache 13/2471		Minister Dr. Frankenberg	6530
b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnah-		Beschluss	6533
me des Ministeriums für Kultus, Jugend und		4. Fragestunde – Drucksache 13/4204	
Sport – Neue Ansätze der Sonderpädagogik		4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer	
in Baden-Württemberg – Drucksache		CDU – Auszeichnung deutscher Soldaten in	
13/2818		Afghanistan	abgesetzt (6513, 6518)
c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah-		4.2 Mündliche Anfrage der Abg. Inge Utzt SPD –	
me des Ministeriums für Kultus, Jugend und		Schiller-Jubiläumsjahr an den Schulen Ba-	
Sport – Integrative Schulentwicklungspro-		den-Württembergs	6515
jekte (ISEP) – Drucksache 13/3343	6518	Abg. Inge Utzt SPD	6515
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	6519	Staatssekretär Rau	6516
Abg. Ursula Lazarus CDU	6520		

<p>4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Genehmigungsverfahren für den Internetzugang für die Beschäftigten der Regierungspräsidien 6514</p> <p>Abg. Zeller SPD 6514, 6515 Staatssekretär Köberle 6514, 6515</p> <p>4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – Zuweisung zusätzlicher Lehrerdeputate für Stuttgarter Brennpunktschulen 6516</p> <p>Abg. Gaßmann SPD 6516, 6517 Staatssekretär Rau 6516, 6517 Abg. Zeller SPD 6517 Abg. Wintruff SPD 6517</p> <p>4.5 Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Schuluniform in Baden-Württemberg . 6517</p> <p>Abg. Zeller SPD 6517 Staatssekretär Rau 6517, 6518 Abg. Wintruff SPD 6518</p>	<p>4.6 Mündliche Anfrage des Abg. Christoph Bayer SPD – Zukunft des Schulpsychologischen Beratungsdienstes in Baden-Württemberg .. 6518</p> <p>Abg. Bayer SPD 6518 Staatssekretär Rau 6518 Abg. Capezzuto SPD 6518 Abg. Inge Utzt SPD 6518</p> <p>5. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/4218, 13/4239, 13/4240, 13/4241, 13/4242, 13/4243 6533</p> <p>Beschluss 6533</p> <p>Nächste Sitzung 6533</p> <p>Anlage 1 Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im Präsidium 6534</p> <p>Anlage 2 Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im Oberrheinrat 6534</p>
---	--

Protokoll

über die 92. Sitzung vom 28. April 2005

Beginn: 9:36 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 92. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Ernst Pfister hat heute Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus)

Namens des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen, Herr Kollege Pfister, alles Gute und beglückwünsche Sie.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU und der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung im Präsidium und eine Umbesetzung im Oberrheinrat (*Anlagen 1 und 2*). Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. – Kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerialrat Götz, der seit vier Jahren den Plenardienst versieht, hat heute seinen letzten Arbeitstag im Plenum. Er scheidet morgen nach 31 Jahren aus dem Dienst des Landtags aus. Ich möchte Ihnen, Herr Götz, sehr herzlich für Ihre engagierte und gute Arbeit danken.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aussprache über die Regierungserklärung

Das Präsidium hat freie Redezeit festgelegt.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Mappus das Wort.

Abg. Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Tatkraft und Selbstvertrauen in schwieriger Zeit“ war der Titel der Regierungserklärung unseres neuen Ministerpräsidenten. Ich hätte eigentlich erwartet, dass die Opposition, wie das gute Tradition ist, hierauf direkt reagiert.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Was für eine Tradition? – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Alte Tradition! Natürlich! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie sich schon jetzt aufregen. Warten Sie noch ein bisschen, es kommt noch genug!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie sind aufgeregt, nicht ich!)

Wir debattieren in diesem Plenum immer mehr darüber, unsere Arbeit zu beleben, mehr zu diskutieren, im positiven Sinne auch zu streiten, und die Opposition ist in der Erwidderung sprachlos.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich hätte erwartet, dass Sie direkt darauf reagieren. Stattdessen beschäftigen Sie sich seit einer Woche mit der Frage, wer die zwei in Ihren Reihen waren, die den Ministerpräsidenten unterstützt haben.

(Oh-Rufe von der SPD)

Es waren zwei von mehreren, die erkannt haben, dass die Regierungen von Erwin Teufel und Günther Oettinger dieses Land um ein Vielfaches besser regieren, als es Rot-Grün jemals könnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Welche Teufel-Regierung? – Weitere Zurufe von der SPD)

Deshalb habe ich im Übrigen großen Respekt auch vor diesen Kollegen.

Meine Damen und Herren, das zentrale Tun in Baden-Württemberg wird sich immer um die Frage gestalten, wie die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land weitergeht. Ich vertrete die Meinung, dass alles sozial ist, was Arbeit schafft, was diese Wirtschaft voranbringt. Baden-Württemberg ist der Wirtschaftsstandort Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen dies bleiben. Die politischen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden, wie wir alle wissen, schwerpunktmäßig in Berlin gestaltet. Was dort läuft oder vielmehr nicht läuft, wissen wir alle.

Landespolitik spielt dort eine Rolle, wo wir im Vergleich mit anderen Ländern messbar darlegen können, wo wir liegen. Meine Damen und Herren, nach wie vor ist es so, dass wir vor, mit oder nach Bayern immer entweder auf Platz 1 oder auf Platz 2 liegen,

(Abg. Gaßmann SPD: Wir sind beim Wohnungsbau an letzter Stelle!)

und zwar in allen Bereichen, um die es geht, sei es im Bereich Wirtschaft, bei der Bildung oder in vielen anderen Bereichen mehr.

Es gibt aber einen zweiten elementaren Gradmesser für die Entwicklung dieses Landes, meine Damen und Herren. Ba-

(Mappus)

den-Württemberg ist das einzige Land, in dem die Bevölkerungszahl zunimmt. Wir sind übrigens auch das einzige Land in der Bundesrepublik, das einen Geburtenüberschuss produziert. Wir sind aber auch das einzige Land, das in der Zuwanderung einen Überschuss produziert. Normalerweise geht man in ein Land, in dem es gut läuft, in dem es wirtschaftlich gut läuft, in ein Land mit guten Voraussetzungen in den Bereichen Bildung und Verkehrsinfrastruktur. Wir wollen darauf aufbauen und daran weiterarbeiten.

Gerade deshalb, meine Damen und Herren, habe ich mir etwas verwundert die Augen gerieben, als ich die Berichterstattung über den letzten Landesparteitag der SPD verfolgt habe. Ich finde es gut, wenn man sich Rat von außen holt.

(Zuruf des Abg. Gaßmann SPD)

Ich finde das gut. Aber wenn das ausgerechnet zwei Ministerpräsidenten sind, die in ihrem Land, um es einmal vorsichtig auszudrücken, alles andere als Erfolge zu vermelden haben, wenn man Ministerpräsidenten einlädt, die ihr Land frontal an die Wand gefahren haben,

(Abg. Capezzuto SPD: Quatsch!)

dann kann ich nur sagen: Von solchen Leuten brauchen wir in Baden-Württemberg wenig Hilfe. Mit Sicherheit brauchen wir keine Tipps, wie man es hier besser machen kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich rufe uns alle dazu auf, in dieser schwierigen Zeit um die besten Ideen zu ringen. Was wir in der Wirtschaft brauchen, meine Damen und Herren, ist Wachstum. Ohne Wachstum wird es nicht gehen; ohne Wachstum wird es in diesem Land keine Weiterentwicklung geben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Werte sind bekannt. Die wirtschaftliche Entwicklung basiert aber eben nicht allein auf Wachstum, sondern es bedarf noch anderer Dinge. Ich will dies anhand von Zahlenbeispielen belegen.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es im letzten Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 % bei einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 10,5 %. In Baden-Württemberg lag das Wachstum gleichfalls bei 1,6 %, aber bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von etwa 6,3, 6,4 %. In Österreich lag das Wachstum nur etwas höher, nämlich bei 2,0 %, aber die Arbeitslosenquote lag bei 4,5 %, und in der Schweiz, die beim Wachstum mit Deutschland nahezu gleichauf lag, nämlich bei 1,7 %, lag die Arbeitslosenquote bei 4,1 %.

Worum geht es? Meine Damen und Herren, Wachstum allein bringt es nicht. Ich bin der fundamentalen Überzeugung: Was wir in der Bundesrepublik Deutschland mehr denn je brauchen, ist Deregulierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, eine der elementarsten Aufgaben wird sein, den Dschungel an Regelungen zu entflechten

(Abg. Zeller SPD: Macht es doch!)

und unsinnige Regelungen wegzubekommen. Ich möchte einige nennen.

Wir sind uns sicherlich einig, dass man das Steuerrecht vereinfachen muss. Was in Berlin aber im Moment passiert, ist exakt das Gegenteil.

Aber es gibt auch andere Dinge, die mir Sorgen bereiten: Wenn ich den Medien entnehme, dass das Bundesaufsichtsamt für das Finanzwesen 500 Beamte neu einstellt, nur um Basel II in den Griff zu bekommen, dann kann ich nur sagen: Das ist mit Sicherheit kein Beitrag zur Deregulierung.

(Abg. Walter GRÜNE: Was ist die Alternative? – Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

Wenn ich lese, dass dank Frau Künast – kein Witz; in den Medien zu verfolgen – die Ernte von Äpfeln am Bodensee anders reguliert wird als die Apfelernte in Südtirol, dann kann ich nur sagen: Das ist mit Sicherheit kein Beitrag zur Deregulierung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir müssen uns auch in Baden-Württemberg mehr denn je die Frage stellen: Gibt es nicht auch bei uns einige Dinge, die wir so in Zukunft nicht mehr brauchen? Ich stelle die Frage: Brauchen wir für immer und ewig Zwangsmitgliedschaften bei Kammern? Der Bundeswirtschaftsminister ist an das Thema herangegangen.

(Abg. Drexler SPD: Wir stellen einen Antrag!)

Aber er ist sofort von der Bundesjustizministerin ausgebremst worden.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Drexler SPD: Überhaupt nicht! Es gibt doch jetzt einen Antrag!)

Mir konnte auch – um ein weiteres Beispiel zu nennen – im Umweltministerium kein Mensch erklären, warum man, wenn man einen Servicevertrag mit einem Heizungsunternehmen zur Heizungswartung abgeschlossen hat, zwei Wochen später den Kaminfeger braucht, der im Prinzip nochmals das Gleiche macht und dafür 30, 40, 50 € bekommt.

Meine Damen und Herren, Deregulierung ist ein Instrument, das, jedenfalls materiell betrachtet, nichts kostet. Es kostet viel politische Kraft. Ich bin aber der Überzeugung, dass Deregulierung einer der zentralen Bestandteile erfolgreicher Politik für die nahe Zukunft sein wird.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, über allem wird immer die Frage stehen, welche Stimmung wir in der Wirtschaft haben. Wir wissen nicht erst seit Ludwig Erhard, dass Wirtschaft zu 50 % aus Psychologie besteht. Wir wissen auch nicht erst seit Ludwig Erhard, dass es ganz elementar davon abhängt, was führende Politiker, die bundespolitisch und landespolitisch – in diesem Fall bundespolitisch – Verantwortung tragen, hierzu beitragen. Vor diesem Hintergrund finde ich es bemerkenswert, wenn die Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Baden-Württemberg zu einem Boykott von Unternehmen aufruft.

(Mappus)

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU:
Unglaublich!)

Ich möchte dazu einfach einmal jemanden zitieren, der sicherlich nicht im Verdacht steht, besonders CDU-nah zu sein. Ich zitiere Rezzo Schlauch,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und – fast schon eine Ironie – Mittelstandsbeauftragter:

(Abg. Drexler SPD: Was heißt denn „Ironie“?)

Wenn die designierte baden-württembergische SPD-Spitzenkandidatin indirekt zu Firmenboykotten aufruft, ist sie für das wirtschaftsstärkste Bundesland ein Standortrisiko.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wo er Recht hat, hat er Recht.

Wirtschaftspolitik besteht, besonders für das Transitland Baden-Württemberg, mehr denn je aus einzelnen modularen Bestandteilen in angrenzenden Infrastrukturbereichen. Verkehr, meine Damen und Herren, wird für die nächsten Jahre ein zentraler Bestandteil unserer Politik sein. Der Ministerpräsident hat dies gestern in aller Ausführlichkeit dargestellt. Ich halte es deshalb für mutig, aber richtig, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir in Zukunft genügend Finanzmittel für den Verkehrsbereich bekommen.

Meine Damen und Herren, ich gehöre nicht zu jenen, die von morgens bis abends nur sagen, was im Bereich des Straßenbaus aus Berlin kommt, sei alles zu wenig. Ich weiß, wie schwierig die Finanzlage ist. Ich anerkenne auch, dass man sich in Berlin bemüht, den Mittelansatz zu verbessern.

(Abg. Walter GRÜNE: Noch nie gehört!)

Wir haben im Bereich des Erhalts und Unterhalts der Straßen ein Niveau erreicht, mit dem man leben kann. Im investiven Bereich haben wir dies mit Sicherheit bei weitem nicht erreicht. Jeder kann ausrechnen, wie lange wir brauchen, bis wir das ganze Thema in den Griff bekommen, wenn wir planfestgestellte und rechtskräftige Verfahren mit einem Volumen von 1,2 Milliarden € haben und ab dem nächsten Jahr jährlich 80 Millionen € hierfür bekommen.

Ich mache mir im Übrigen auch nicht weis, dass selbst bei einem eventuellen Regierungswechsel über Nacht genügend Geld da sei, um diesen Investitionsstau abzubauen. Umso wichtiger ist es, finde ich, dass wir uns mit Blick auf die Zukunft fragen, wie wir genügend Finanzmittel bekommen, um die Infrastruktur so ausbauen zu können, wie sich das für den Wirtschaftsstandort Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland auch gehört.

Deshalb halte ich es für richtig, wenn der Ministerpräsident sagt: Wir müssen uns ergebnisoffen darüber unterhalten, wie wir vermehrt privates Kapital für den Straßenbau bekommen können. Da darf es keine Denkverbote geben – die Betonung liegt auf „keine“ –, auch nicht, was eine wie auch immer geartete Pkw-Maut in der Zukunft angeht.

Ich halte es für keinen guten Stil, wenn man irgendwelche Angstgebilde an die Wand malt, wenn man, Herr Kollege Drexler, von Berlin her von vornherein sagt: „Mit uns wird es eine Pkw-Maut nie geben“, wenn wir alle gleichzeitig wissen, dass die Pläne dafür bereits in der Schublade liegen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: In der SPD-Schublade! – Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

In Vier- oder Sechs-Augen-Gesprächen kriegt man das auch relativ offen geschildert.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich kann nur sagen, wer eine gute Infrastruktur für die Zukunft will, sollte zumindest diese Möglichkeiten ergebnisoffen diskutieren.

Das Gleiche gilt für den Bereich der Schiene. Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist mehr denn je davon abhängig, an das internationale Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn AG angeschlossen zu werden. Wir haben Probleme im Flughafenbereich. Stuttgart wird nie über eine Sandwich-Position hinauskommen. Wir haben Probleme im Straßenbau; ich habe sie bereits geschildert. Umso zentraler ist es, dass wir im Fernverkehrsbereich auf der Schiene exzellente Voraussetzungen für die Zukunft haben. Ich nenne die Schnellbahnstrecke zwischen Mannheim und Frankfurt, ich nenne den viergleisigen Ausbau im Rheintal, ich nenne die Gäubahn.

Ich nenne vor allem aber Stuttgart 21 und die Schnellbahntrasse Stuttgart–Wendlingen–Ulm. Meine Damen und Herren, nachdem selbst bei Umfragen der Grünen in der Zwischenzeit herauskommt, dass die große Mehrheit der Stuttgarter Bürger der Meinung ist, dass wir Stuttgart 21 brauchen, und wenn man weiß, dass die Europäische Union dieses Projekt forciert, wenn man weiß, dass die Bundesregierung dahinter steht, wenn man weiß, dass die Landesregierung es will, dass die Region es will, dass die Wirtschaftsakteure es wollen und dass es alle wollen, dann kann ich nur sagen: Geben Sie Ihren Widerstand gegen dieses zentrale Projekt endlich auf! Helfen Sie uns, dass wir so schnell wie möglich die moderne Infrastruktur bekommen, die wir in Baden-Württemberg dringender denn je brauchen. Wir brauchen Stuttgart 21 und die Schnellbahntrasse Stuttgart–Wendlingen–Ulm, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Als nächsten Bereich nenne ich die Energiepolitik. Ich bin der Überzeugung, dass wir in den nächsten Jahren in diesem Bereich eine Entwicklung haben werden, die das Ganze zu einer zentralen Herausforderung für die Landespolitik macht. Wir wissen, dass wir in den nächsten 30 Jahren weltweit 60 % mehr Energie brauchen als heute. Ich habe immer vor jenen Respekt gehabt, die gesagt haben: „Wir haben zumindest ein flaes Gefühl im Hinblick auf die Atomkraft.“ Ich weiß – vor allem auch aus meiner Arbeit in den letzten sechseinhalb Jahren –, dass eine so unheimlich komplexe Materie, die für den Laien technisch völlig intransparent ist, immer gewisse Unwägbarkeiten mit sich bringt. Deshalb muss man hierfür Verständnis haben.

(Mappus)

Aber, meine Damen und Herren, wer aus einer Energieform komplett aussteigt, der muss bei dem Bedarf, den wir in Zukunft haben – dieser Bedarf wird auch bei uns steil ansteigen –, zumindest sagen, wo wir nach dem Ausstieg auch einsteigen. Sie sagen das bis zum heutigen Tag nicht. Sie sagen: „Wir brauchen ein bisschen erneuerbare Energien, wir brauchen ein bisschen Gas, ein bisschen Energieeinsparen, ein bisschen moderne Energiepolitik.“ Sie werden aber jeden Nachweis schuldig bleiben, wo wir die Energie alternativ herbekommen. Meine Damen und Herren, 60 % der Stromerzeugung in Baden-Württemberg erfolgen durch Kernkraft. Der grüne Grüne behauptet nicht mehr, dass man, wenn man kurz- und mittelfristig aus der Kernkraft aussteigt, dies durch andere Energieformen substituieren könne, ohne dass andere Probleme entstünden.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Dieser Tage haben wir das Ausstiegsszenario in Obrigheim. Ich habe Verständnis dafür, dass es für die Grünen in Baden-Württemberg 25 Jahre nach ihrer Gründung emotional etwas ganz Besonderes ist, dass man Obrigheim endlich dichtmachen kann. Aber, meine Damen und Herren, die Stilllegung von Obrigheim verursacht allein Stilllegungskosten von 700 Millionen €.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Deswegen hätte man es gar nicht bauen sollen! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir zahlen 700 Millionen € dafür, dass nichts mehr passiert. Meine Damen und Herren, das ist Ihre Politik. Das ist nicht das, was wir wollen, und mit Sicherheit keine moderne Energiepolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Theresia Bauer GRÜNE und Teßmer SPD)

Sie bauen 500 Arbeitsplätze direkt ab. Sie bauen 800 Arbeitsplätze in der Region ab, die mittel- oder unmittelbar mit Obrigheim verbunden waren. Und dann veranstalten Sie, meine Damen und Herren, allen Ernstes ein so genanntes Umschaltfest, indem Sie sich dafür abfeiern lassen, dass Sie ein Biomassekraftwerk bauen,

(Abg. Teßmer SPD: Sie bauen überhaupt nichts!)

in dem sage und schreibe zehn – eine Eins und eine Null – neue Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall der Abg. Elke Brunnemer CDU – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Weil Sie blockieren!)

Das feiern Sie mit Trittin, mit Kuhn und wie sie alle heißen. Meine Damen und Herren, das ist ein Treppenwitz, wenn man dieses Land Baden-Württemberg noch irgendwie voranbringen will.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Jetzt habe ich nichts dagegen, wenn man auch ein bisschen Werbung für seine Politik macht. Das ist in Ordnung. Aber, meine Damen und Herren, dass Sie in einer Auflage von 1,3 Millionen Exemplaren dieses nette Heftchen

(Abg. Hillebrand CDU: Ja! Sauerei! Riesensauerei!
– Abg. Herrmann CDU: Geldverschwendung! –
Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – wenn Sie es durchlesen, können Sie auch sagen: das ist das Programm der Grünen pur – noch auf Steuerzahlerkosten verschicken lassen, nachdem schon lange entschieden ist, dass Obrigheim abgebaut und stillgelegt wird, das halte ich für einen unglaublichen Vorgang.

(Abg. Hillebrand CDU: Unverschämtheit!)

Das ist die staatlich organisierte Vernichtung von Steuergeldern. Das ist unerhört, was Sie in diesem Zusammenhang machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Schebesta CDU und Boris Palmer GRÜNE)

Mit dieser Energiepolitik, meine Damen und Herren, hängt sehr eng die Umweltpolitik zusammen. Wir haben in Baden-Württemberg entgegen anders lautenden Aussagen bundesweit die geringsten Emissionen. Dies rührt – völlig offen gesprochen – unter anderem daher, dass wir einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Stroms durch Kernenergie erzeugen. Das ist völlig unbestritten. Aber, meine Damen und Herren, bei allen Erfolgen, die wir in der Umweltschutzpolitik erreichen konnten – wir haben seit Jahrzehnten die saubersten Flüsse, wir haben entgegen dem, was manche propagieren, deutliche Verbesserungen bei der Luftqualität, wir haben bei allem, was man tagtäglich wahrnehmen, riechen, sehen, schmecken, hören kann, Verbesserungen –, muss man auch sagen: Das, was für die Zukunft am gefährlichsten sein wird – Stichwort Klimawandel –, wird in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so behandelt, wie es eigentlich behandelt werden müsste.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: In der Regierungserklärung kam es aber nicht vor!)

Wir brauchen mehr denn je Fortschritte in diesem Bereich. Gerade deshalb, meine Damen und Herren, ist es unverantwortlich, wenn Sie einfach sagen: „Wir steigen aus der Kernenergie aus.“ Sie alle wissen, dass wir zum heutigen Zeitpunkt – das bestreiten Sie übrigens ehrlicherweise nicht – bei einem Ausstieg aus der Kernenergie nur eine Möglichkeit der Substitution haben, nämlich den Ersatz durch fossile Brennstoffe, also entweder durch Kohle oder im besseren Fall durch Gas.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Das ist die Alternative. Es gibt nur noch eine andere Möglichkeit, die Ihr Bundesumweltminister regelmäßig propagiert. Meine Damen und Herren, es geht natürlich auch, ohne dass man neue Kraftwerke in Baden-Württemberg baut. Das ist machbar, indem man Strom importiert.

(Abg. Drexler SPD: Machen wir doch jetzt schon!)

Es stellt sich nur die Frage, woher man den Strom importiert. Wenn man die EnBW als Quasimonopolist in Baden-Württemberg hat, ist klar: Wenn Strom importiert wird, dann kommt er von der Mutter der EnBW. Wie aber produ-

(Mappus)

ziert die Mutter der EnBW Strom? Sie produziert ihn zu 90 % aus Kernenergie. Das heißt, wir steigen in Baden-Württemberg aus der Kernenergie aus, um für teures Geld durch Kernenergie erzeugten Strom aus Frankreich zu importieren.

(Abg. Drexler SPD: Wer sagt das?)

Man kann doch, meine Damen und Herren, nicht allen Ernstes behaupten, dass das eine verantwortungsvolle Politik sei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn der Wirtschaftsstandort Nummer 1 der Bundesrepublik einigermaßen energieautark arbeiten möchte, braucht er eigene Kraftwerke, und zwar für die Verbrennung fossiler Brennstoffe. Vor dem Hintergrund dessen, was ich zur Umweltpolitik gesagt habe, meine Damen und Herren, halte ich es für unverantwortlich, zunehmend fossile Brennstoffe einzusetzen, um die entsprechende Energie zu erzeugen. Lassen Sie uns gemeinsam einen anderen Weg gehen. Lassen Sie uns den Weg gehen, den der Ministerpräsident vorgeschlagen hat. Lassen Sie uns die Laufzeiten von bestehenden Atomkraftwerken verlängern und einen vorher fixierten Anteil der Erträge verstärkt in erneuerbare Energien stecken.

(Abg. Drexler SPD: Versprechen Sie jetzt! Haben Sie nie gemacht!)

Lassen Sie uns einen Energiemix erreichen, der die Zukunft dieses Standorts sichert. Das ist gute Energiepolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich nenne noch einen anderen Bereich aus der Umweltpolitik, der mir sehr am Herzen liegt. Meine Damen und Herren, wir verbauen pro Tag in Baden-Württemberg netto 10,3 Hektar Fläche neu. Das heißt, wir bauen pro Jahr etwa 3 700 bis 3 800 Hektar Fläche neu zu. Das ist die Kehrseite der Medaille des wirtschaftlichen Erfolgs dieses Bundeslandes. Meine Damen und Herren, so können wir auf Dauer nicht weitermachen. Deshalb hat die alte Landesregierung – die neue wird es fortführen – ein Programm aufgelegt, um den Flächenverbrauch zu verringern, um Ressourcen zu schonen. Lassen Sie uns dieses Thema gemeinsam mit den Kommunen – es geht nicht par ordre du mufti; es geht nur mit den kommunalen Gebietskörperschaften – angehen, damit wir auch in Zukunft unserer Nachwelt die Ressourcen einigermaßen unverbraucht erhalten. Das ist ein Appell, den ich heute an Sie richten möchte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie regieren doch schon seit 50 Jahren!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist das modernste Bildungsland in der Bundesrepublik Deutschland. Das sage nicht nur ich, sondern das sagt auch Professor Baumert, der Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Wir sind in den vergangenen Jahren bei bildungspolitischen Reformen in Deutschland tonangebend gewesen. Während anderswo noch lange über solche Reformen diskutiert wird, sind sie bei uns bereits Wirklichkeit.

Jeder von uns durfte ja die Erfahrung machen, dass man manchmal eher für eine vermeintlich zu hohe Änderungsgeschwindigkeit kritisiert wird als für nicht angegangene Themen. Diese moderne Bildungspolitik, meine Damen und Herren, gilt für alle Schularten. Sie gilt für die Bildungspläne. Was wir tun, soll internationalen Maßstäben gerecht werden. Ich bin mir sicher, dass wir unseren Vorsprung in den nächsten Jahren weiter ausbauen können.

Das Flaggschiff unseres Bildungssystems sind die beruflichen Schulen. Zwei Drittel aller Jugendlichen durchlaufen einen Weg im Bereich der beruflichen Bildung. Wir haben in Baden-Württemberg die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa, also nicht nur in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das hat auch mit der Qualität der beruflichen Bildung in unserem Land zu tun. Ich sage aber auch ganz klar: Die dringend notwendigen Ausbildungsplätze werden nur entstehen, wenn Deutschland endlich aus der verheerenden Stagnation herauskommt. Meine Damen und Herren, in einem Land, in dem täglich 1 000 Arbeitsplätze abgebaut werden, wird man nicht erreichen können, dass man auf dem Ausbildungsmarkt genügend Möglichkeiten hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo sind denn Ihre Konzepte gegen Arbeitsplatzabbau? – Abg. Zeller SPD: Sagen Sie einmal etwas zu den fehlenden Lehrerstellen!)

Alles, was wir tun können, um bedarfsorientiert in allen Landesteilen entsprechende Angebote zu schaffen, muss getan werden. Aber, meine Damen und Herren, ich sage auch: Ich hatte in den letzten Wochen und Monaten manchmal den Eindruck, dass die Diskussion über Bildungspolitik nur noch aus der Frage besteht, ob wir genügend Ganztagschulen haben.

(Abg. Zeller SPD: Wir haben einen strukturellen Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen! Sagen Sie dazu einmal etwas!)

Ich halte die Diskussion so, wie sie geführt wird, für falsch.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir wollen einen bedarfsorientierten Ausbau von Ganztagschulen.

(Zurufe der Abg. Schmiedel SPD und Theresia Bauer GRÜNE)

Was wir nicht wollen – da unterscheiden wir uns im Zweifel –, meine Damen und Herren, ist die Delegation von Erziehung von der Familie in die Schule. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Weltfremd! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Weitere Zurufe)

Wir brauchen bedarfsorientierte Angebote. Wir brauchen sie für die Menschen dort, wo sie notwendig sind. Wir müs-

(Mappus)

sen alles tun, damit wir den jungen Menschen dort helfen können, wo dies dringend notwendig ist. Was wir aber nicht wollen, ist ein Automatismus.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Was wir vor allem nicht wollen – Herr Kollege Palmer, bevor Sie sich weiter aufregen –,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie kennen nicht einmal die Landesverfassung!)

ist, dass alle Probleme der Familie in den Bereich der Schule sozusagen outsourct werden. Dies wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deshalb möchte ich heute auch bei dieser Gelegenheit den Spieß einmal umdrehen.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ich möchte all jenen Vätern und Müttern danken,

(Unruhe)

schwerpunktmäßig den Müttern – –

(Oh-Rufe von der SPD)

– Ja, das glaube ich, dass Ihnen das nicht gefällt. Das ist typisch.

(Abg. Fischer SPD: Ach was! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe)

Ich sage Ihnen, was das Problem ist. Das Problem ist, dass wir unterschiedliche Vorstellungen von der Gesellschaft in diesem Land haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ihr Gesellschaftsbild möchte ich nicht.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer und Kretschmann GRÜNE – Gegenruf von der CDU: Zuhören!)

Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, auch einmal all jenen Müttern zu danken, die die Möglichkeit wahrnehmen – unter Verzicht auf eigene Interessen, unter Verzicht auf eigene materielle Erwägungen, auch unter Verzicht auf eigene berufliche Weiterentwicklung –, zu Hause ihre Kinder zu erziehen, zu betreuen und ihnen das Bestmögliche zukommen zu lassen, was es gibt, nämlich eine intakte Familie. Das möchte ich an diesem Tag hier auch einmal in aller Offenheit sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sehe, dass wir in diesem Land aber auch den unverschuldet sehr Schwachen in den Schulen stärker helfen müssen, meine Damen und Herren, vielleicht stärker helfen müssen, als dies bisher der Fall war. Jeder von uns hat bei Schulbesuchen sicherlich bereits die Erfahrung gemacht, welche immensen sozialen Probleme es auch an Schulen gibt.

Ich möchte deshalb auch einmal eine Lanze für die Lehrer brechen. Ich kann nur sagen: Die Aufgabe der Lehrer gehört mit Sicherheit zu den schwierigsten beruflichen Aufgaben. Das, was Lehrer zu bewältigen haben – weit über den Unterricht hinaus –, ist aller Ehren wert. Das möchte ich am heutigen Tag einfach einmal betonen. Wir müssen mehr dafür tun, den Schwachen an der Schule zu helfen, die Lehrer zu unterstützen, um sie bei dieser Arbeit auch ein Stück weit zu entlasten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Lassen Sie mich auch auf die Bildung im Bereich der Hochschulen eingehen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir haben die besten Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Das ist so, völlig unbestritten. Aber klar ist auch: Wenn wir diesen Vorsprung in den nächsten Jahren weiterentwickeln wollen, wenn wir ihn sichern wollen, dann brauchen wir genügend Ressourcen für dieses Thema.

Vor diesem Hintergrund dachte ich lange Zeit, dass wir in diesem Parlament zu einer konformen Meinung kommen können, was das Thema Studiengebühren angeht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Konform?)

Ich halte es für richtig, dass wir nicht nur über dieses Thema diskutieren, sondern endlich Entscheidungen treffen und das Ganze umsetzen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deshalb habe ich mich in der Vergangenheit wirklich aufrichtig darüber gefreut, dass wir einen breiten Konsens haben.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17. Oktober 2003 stand in einem Interview mit der SPD-Landesvorsitzenden zu lesen – ich zitiere –:

Man muss Solidarität auch einfordern, nicht nur von Stärkeren, sondern auch von denen, die unterstützt werden und denen es dann wieder besser geht. Das gilt ganz allgemein. Warum sollte es zum Beispiel nicht möglich sein, Leuten, die nach einem Studium im Beruf erfolgreich sind, rückwirkend eine Leistung für den gebührenfreien Besuch der Universität abzufordern? Für mich ist eine solche Überlegung kein Schreckgespenst mehr. Damit könnte man der Gesellschaft etwas von dem zurückgeben, was man von ihr erhalten hat.

So die Landesvorsitzende der SPD. Wo sie Recht hat, hat sie Recht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Röhm CDU: Wo sie Recht hat, hat sie Recht! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Sehr gut! – Halbwertszeit! – Unruhe)

(Mappus)

Vier Tage später sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg in einem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten“ – ich zitiere –:

Ich halte nachlaufende Gebühren für sinnvoll, wenn das Geld tatsächlich den Hochschulen zur Verfügung steht.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Fleischer: Sehr guter Mann!)

Ich hatte schon früher eine etwas andere Meinung als die Mehrheit meiner Fraktion, aber allmählich denken viele Kollegen um.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Präsident Straub: Herr Abg. Mappus, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

Abg. Mappus CDU: Nein, jetzt bitte nicht.

(Oh-Rufe von der SPD – Weitere Zurufe und Unruhe)

– Immer ruhig Blut, es kommt noch besser: Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Nils Schmid, sagte bereits acht Monate zuvor in einem Interview der „Stuttgarter Nachrichten“:

Nachlaufende Studiengebühren, die an das Einkommen anknüpfen und erst dann verlangt werden, wenn ein Akademiker sie bezahlen kann, halte ich für sozial ausgewogen.

Auf die Frage, ob nicht allein die Aussicht auf spätere Schulden viele von einem Studium abschrecken würde, sagte er:

Aber sie kaufen doch auch Autos, heiraten oder nehmen Kredite für Häuser auf. Solche Entscheidungen muten wir erwachsenen Menschen zu, aus welchen Schichten sie auch immer kommen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Super!
– Abg. Kübler CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Meine Damen und Herren, man kann nur sagen: Wo er Recht hat, hat er Recht.

(Abg. Döpfer CDU: Gute Einstellung! Sehr gut!)

Aber jetzt kommt der dreifache Salto mit doppeltem Rittberger, bei dem ich nur sagen kann: Das ist olympiaverdächtig. Ute Vogt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 14. März dieses Jahres:

Die bisher bekannt gewordenen Gebührenmodelle haben alle erhebliche Schwächen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo ist denn Ihr Modell?)

Aber das Beste kommt jetzt: Wolfgang Drexler am 21. März 2005 in den „Stuttgarter Nachrichten“:

Ich sehe kein einziges Argument mehr für Studiengebühren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Zitieren Sie doch ganz, nicht falsch! – Unruhe)

Immerhin, meine Damen und Herren, muss man sagen: Es gibt auch noch Menschen mit Rückgrat. Denn witzigerweise sagt in derselben Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten“ der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Nils Schmid:

Wenn man sie nicht haben will, findet man allerdings immer Argumente dagegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Bei so viel Rückgrat ist es nicht verwunderlich, wenn man die Wahlergebnisse erzielt, die Sie erzielen. Bei den Volkshochschulen gibt es Selbstfindungskurse, Herr Kollege Drexler.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: „Wie komme ich mit mir ins Reine?“)

Ich empfehle dringend, sich dort dafür anzumelden.

(Abg. Drexler SPD: Ich beschimpfe auf jeden Fall nicht die Urteile des VGH!)

Meine Damen und Herren, ich bin der Überzeugung: Im Zentrum unserer Politik muss neben der Bildung und neben dem, was ich gerade angeführt habe, das Thema Familie und vor allem das Thema Kinder stehen. Ich bin deshalb dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, wenn er eine Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ ins Leben ruft.

(Abg. Drexler SPD: Und was soll das?)

Es gibt in diesem Zusammenhang ein Thema, das mich sehr bewegt und von dem ich zugegebenermaßen lange Zeit auch nichts wusste. Meine Damen und Herren, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es Kinderarmut in nicht unerheblichem Umfang, und es gibt sie auch in Baden-Württemberg.

(Abg. Zeller SPD: Das haben Sie jetzt erst verstanden?)

Es ist ein Treppenwitz, dass eines der reichsten Länder dieser Erde Kinderarmut zu verzeichnen hat. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam für Familien und im Speziellen für Kinder Politik machen. Ich danke dafür, dass wir hierfür auch in finanzpolitisch schwieriger Zeit Mittel bereitstellen und dieses Thema voranbringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist doch eine Luftnummer!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen weiterhin ein menschliches Gesicht für das Land Baden-Württemberg. Wir brauchen Leistung und Wettbewerb für diejenigen, die sich auf Leistung und Wettbewerb einlassen können. Wir brauchen Unterstützung für all diejenigen, die bei Leistung und Wettbewerb aus Gründen, die sie nicht zu verschulden haben, nicht bestehen können. Mehr Unterstützung denn je brauchen wir auch, was die immer stärker divergierende de-

(Mappus)

mografische Entwicklung bei älteren und bei jüngeren Menschen betrifft.

Meine Damen und Herren, die Christlich-Demokratische Union in Baden-Württemberg steht für eine moderne, aber vor allem auch menschliche Politik. Sie steht für Kontinuität und Verlässlichkeit. Wir versprechen nicht mehr, als wir halten können. Aber das, was wir versprechen, werden wir auch in Zukunft einhalten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Sie haben doch gar nichts versprochen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Wir versprechen nichts und halten deswegen auch nichts“ – so kann man Ihre Rede zusammenfassen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Herr Mappus, mit Ihnen setze ich mich nachher noch auseinander. Jetzt will ich mich mit der Regierungserklärung auseinander setzen.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Ich finde es schön, dass die CDU-Fraktion von ihren Rechten im Parlament einmal eines abgeben und uns zum Beispiel einmal zuerst reden lassen wollte; das ist nämlich nicht üblich. Wir haben uns deshalb gefragt, weshalb wir das machen sollten. Ihre Rede hat gezeigt, dass es richtig war, dass wir nicht als Erste geredet haben.

(Zuruf von der CDU: Völlig egal! – Weitere Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Erstes möchte ich dem neuen Ministerpräsidenten, meinem ehemaligen Kollegen im Amt des Fraktionsvorsitzenden, Herrn Oettinger, recht herzlich zu seinem neuen Amt gratulieren. Ich wünsche Ihnen, Herr Oettinger, eine robuste und anhaltende Gesundheit und auch die Gelassenheit, die notwendig ist, um den hohen Anforderungen des neuen Amtes gewachsen zu sein. Ich wünsche Ihnen auch die notwendige Zeit für die Gemeinsamkeit, auf die Ihre Familie auch in Zukunft noch ein Anrecht hat.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ich wünsche Ihnen, dass Sie stets über Weisheit, Weitsicht und das Geschick verfügen, das Beste für unser Land und für seine Menschen zu erreichen. Die Zeiten sind schwierig, und die Erwartungen sind groß und berechtigt. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben es verdient, dass ihre Gegenwart und ihre Zukunft nach bestem Wissen und Gewissen gestaltet werden.

Unsere bisherige Zusammenarbeit im Parlament war logischerweise gar nicht frei von Konkurrenz, sehr geehrter

Herr Ministerpräsident. Sie war aber trotzdem von Vertrauen und Respekt geprägt. Wo es notwendig und im Interesse des Parlaments geboten war, haben wir auch erfolgreich kooperiert. Ich möchte diese Arbeitsweise fortsetzen und formuliere dies auch ausdrücklich als Angebot an Sie. Was Baden-Württemberg voranbringt, werden wir als Sozialdemokraten in diesem Hause auch unterstützen.

(Zuruf von der CDU: Studiengebühren!)

Mit Ihrer Regierungserklärung verbinden wir allerdings eine Absichtserklärung für uns, die Leitlinie für die Politik des Landes sein soll, auch wenn diese Politik gerade einmal ein Jahr dauert. Zwar steht es nicht in dieser Form in der Regierungserklärung, weil Günther Oettinger im Schatten von Erwin Teufel so tun muss, als stünden wir heute an der Wiege einer neuen Ära, aber tatsächlich geht es um ein paar Monate. Diese Regierungserklärung ist in Wahrheit das Sprungbrett, von dem Günther Oettinger in den Landtagswahlkampf starten wird.

Um es kurz und knapp zu machen: Sie haben mit dieser Regierungserklärung versucht, eine Balance zwischen dem Wunsch, Ihren Amtsantritt mit eigenem Profil zu konturieren, und der Kontinuität, die Ihnen von der Partei, der Fraktion und ihrem neuen Vorsitzenden gegeben wurde, zu erreichen. Ich meine, diese Balance ist Ihnen nicht gelungen. Ich erkenne keinen einzigen Ansatz, der in diesem Land nicht längst von A bis Z durchbuchstabiert worden wäre. Ich sehe keine neuen, mit einer konkreten Verwirklichungsperspektive versehenen Initiativen in Ihrer Regierungserklärung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit ein paar freundlichen Sätzen die Wirklichkeitsverweigerung von Erwin Teufel rhetorisch aufzuweichen ist alles andere als eine kraftvolle, gestaltende Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich erkenne in dieser Regierungserklärung allerdings ein paar Elemente, für die uns Herr Oettinger außerordentlich dankbar sein muss. Denn wer den Text genauer liest, der erkennt, dass sozialdemokratische Forderungen und Programmatik immer dann durchscheinen, wenn der neue Ministerpräsident den alten rhetorisch ein wenig hinter sich lassen will, nämlich bei den Themen Vorschule, Ganztagsbetreuung und Familie. Umso schlimmer, dass es bei diesen Themen dann nur bei Ankündigungen bleibt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Bitte?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Mappus sammelt die Ankündigungen alle wieder ein!)

– Ich komme gleich auf die Presseerklärung zu sprechen, die er gestern herausgegeben hat. – Mit der Regierungserklärung liegt uns eine ganz merkwürdige, unverbindliche Mischung aus wirtschaftskonservativen Textbausteinen nach dem Motto „Schutzvorschriften kosten jeden Tag tausend Arbeitsplätze“ vor, bei denen Sie vor zwei Tagen mes-

(Drexler)

serscharf analysiert haben, dass die Menschen bei uns zu spät aufstünden und nicht kalt genug duschten.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ein Quatsch!)

– Ja, das stand in der Zeitung. – Sie besteht aus einer im Zeitgeist lebenden unverbindlichen Ankündigungspolitik – „Wir geben Garantien mit Solidarpakten und Verträgen“ –, aus der Darstellung von Versäumtem – Sie sagen, man müsse eine Aufgabenkritik machen; wir haben bei der Verwaltungsreform eine solche Aufgabenkritik gefordert, die Sie als Fraktionsvorsitzender aber abgelehnt haben –, aus Verschweigen – ich nenne die Studiengebühren und die Streichung von BAföG; Herr Mappus, Sie haben diese Auseinandersetzung angefangen – und aus Unpräzision. Was verstehen Sie zum Beispiel unter einer großen Steuerreform, einem Steuerkonzept aus einem Guss, wie Sie es nennen, zum Abbau von Steuervergünstigungen, der Sie die Zustimmung geben würden?

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Herr Oettinger hat die Auszeit, die ihm Herr Teufel mit seinen Schlussverkaufsattacken am Ende verordnet hatte, für zahlreiche Gespräche genutzt. Er verfügt mittlerweile über einen eigenen Erfahrungsschatz. Er hat an seine Partei geschrieben, man möge ihm bitte Beiträge für seine Konzeption erarbeiten. Dann gibt es noch einen geistigen Mentor im Hintergrund, nämlich den Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, die meint, mit der Entfesselung der Märkte solle dafür gesorgt werden, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Angesichts dieses Aufwands, lieber Herr Oettinger, hätte das Konzept wahrhaft besser und substanzieller ausfallen müssen: mehr eigene Handschrift, konkreter, verbindlicher und widerspruchsfreier. Das hätten wir uns von Ihrer Regierungserklärung gewünscht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Friedrich Schiller hat uns über die Zukunft und zu der Frage, wie wir uns der Zukunft stellen sollen, gesagt: „Blicke nicht zurück. Es kann dir nichts mehr helfen. Blicke vorwärts!“

Im 200. Jahr nach dem Tod unseres großen Landmanns würde ich mich heute gern – –

(Zurufe von der CDU: Landmanns!)

– Was habe ich gesagt?

(Zurufe von der CDU: Landmann!)

– Ich dachte, Sie verstehen das Wort „Landmann“ besser als „Landsmann“, Herr Kollege. – Ich würde das, was Schiller gesagt hat, auch gerne machen. Das würde aber voraussetzen, dass der neue Ministerpräsident im Status der Jungfräulichkeit ins Amt gekommen wäre und insofern von allem suspendiert werden könnte, was aus der Vergangenheit ins Heute und in die Zukunft ragt.

Günther Oettinger ist aber nicht im Stande der Unschuld. Als Fraktionsvorsitzender hat er zum Beispiel Mehrheiten dafür organisiert, dass sich die Schuldenlast in diesem Lande von 20 Milliarden € auf 44 Milliarden € mehr als verdoppelt hat. Er hat die Geldvernichtungsmaschine NSI – Neue Steuerungsinstrumente – durchgewunken, die uns nach Aussage des Landesrechnungshofs bis zu 500 Millionen € kosten wird. Das Gleiche gilt für die Verwaltungsreform, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Oettinger, wir können auch nicht akzeptieren, dass Sie sich in den letzten Wochen nicht zu der Entscheidungs- und Ausgabenwut von Erwin Teufel in seinem letzten Aufbäumen geäußert haben. Denn wir sind schon der Auffassung, dass er mit dem „putzigen“ Argument, er müsse für sein Geld bis zum letzten Tag arbeiten, noch alles Mögliche gemacht hat, was Ihren Spielraum erheblich einschränkt. Seit Monaten stehen Sie als Kandidat für das Amt fest. Sie hätten darauf achten müssen, dass Ihnen die notwendige Gestaltungsmöglichkeit erhalten bleibt.

Ich kann Ihnen heute auch nicht den Vorwurf ersparen, dass Sie nach der Entscheidung der CDU zu Ihren Gunsten die Befindlichkeit Ihrer Partei über die Interessen des Landes gestellt haben. Sie haben gesehen, dass mit dem Anti-Schavan-Votum Ihrer Partei und seinen Umständen bei Erwin Teufel genügend Heu runter war, sodass Sie ihn nicht weiter dadurch provozieren wollten, dass Sie ihm die wöchentliche Bescherungsstunde vor der Landespressekonferenz untersagten. Stattdessen haben Sie alle möglichen Gesprächspartner eingeladen, mit denen Sie ohnehin seit 20 Jahren sprechen, und einen Brief an die CDU geschrieben, man möge Ihnen einiges aufschreiben und Ihnen Anregungen geben. Sie haben Geschäftigkeit demonstriert, und Erwin Teufel hat die Geschäfte gemacht, lieber Herr Kollege Oettinger.

(Beifall bei der SPD)

Das war ein schlechter Einstieg. Erstens haben Sie die notwendigen Handlungsmöglichkeiten nicht mehr. Zweitens sind Sie als Zögerer und Zauderer aufgetreten, obwohl Sie ein überzeugendes Mitgliedervotum im Rücken hatten.

Ich möchte mich zunächst den Themen Wirtschaftsförderung und Schaffung von Arbeitsplätzen zuwenden. Baden-Württemberg verliert nach Auskunft der IG Metall seit 1994 pro Jahr 10 000 niedrig qualifizierte Arbeitsplätze im Elektro- und im Metallbereich. Auf der anderen Seite haben wir natürlich Vorteile dadurch, dass von 1996 bis 2003 die kleinen Unternehmen bis 49 Beschäftigte bei der Beschäftigungsentwicklung ein Plus von 3,3 % und die mittleren Betriebe bis 500 Beschäftigte ein Plus von 1,5 % haben. Aber die großen haben in diesen Jahren die Belegschaft um jeweils 1,6 % abgebaut. Daraus folgt: Wir brauchen eine gute, sinnvolle Mittelstandspolitik. Da sind wir mit der Regierung einig.

Aber was haben Sie denn in der Vergangenheit gemacht, Herr Oettinger, mit Ihrer Fraktion hier? Sie haben drei Bereiche erheblich abgebaut. Die Betriebe brauchen erstens Forschungsergebnisse, die Betriebe brauchen zweitens Kredite, und die Betriebe brauchen drittens Hilfe bei der überbetrieblichen Ausbildung. Der Beitrag des Landes bei der

(Drexler)

Förderung mittelständischer Investitionen über die L-Bank wurde seit 1996 um 80 % reduziert, Herr Oettinger, von über 6 Millionen € auf jetzt gerade einmal 1,1 Millionen €.

Die Mittel für die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung – ein Vorteil für Baden-Württemberg – in Betrieben, die sich keine eigene Forschungsabteilung leisten können – eine Forschung, die sinnvoll ist und die auch unser Wachstum ausmacht –, haben Sie seit 1996 um 29 % auf jetzt 36 Millionen € reduziert. Das erste Institut in Baden-Württemberg, das Zentrum Fertigungstechnik Stuttgart, hat am 31. Dezember 2004 zugemacht, weil das Land noch nicht einmal 500 000 € als Grundförderung sicherstellen konnte, obwohl dieses Institut 75 % Drittmittel eingeworben hat. Das darf sich nicht fortsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist eine falsche Politik, die Sie hier gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Der dritte Bereich: Die Zuschüsse für die berufliche Bildung an kleine Betriebe, die sich für das, was sie im Bereich der beruflichen Bildung nicht selbst machen können, zusammenschließen, wurden seit 1996 um über ein Drittel reduziert. Was heißt hier „erfolgreiche Mittelstandspolitik“? Wir haben sogar Anträge dazu gestellt. Wir haben um das C1-Programm gekämpft. Sie haben das alles abgelehnt. Vielleicht ändert sich das jetzt. Aber dann reden Sie nicht immer nur davon, dass Sie etwas für den Mittelstand tun, sondern dann machen Sie das auch.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das Zweite ist: Was machen wir denn mit der Frage einer aktiven Industriepolitik? Da komme ich auf die Energiepolitik, die Herr Mappus so sehr angesprochen hat. Wir sind ein Industrieland; ein Drittel unserer wirtschaftlichen Leistung wird von der Industrie erwirtschaftet. Bundesweit liegt der Wert bei 22 %. Das zweitstärkste Land, Rheinland-Pfalz, ist mit 25 % weit hinter uns. Das heißt, wenn wir die Arbeitsplätze im Industriebereich und die, die im Dienstleistungsbereich davon abhängen, sichern und ausbauen wollen, müssen wir uns um den Industriebereich kümmern.

Ein ganz praktisches Beispiel, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch die misslungene Energiepolitik in diesem Land.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Zuerst hatten wir eine EnBW.

(Abg. Capezzuto SPD: Herr Mappus!)

Da gab es eine Mehrheit der OEW mit dem Land, mit Ministern, die von der CDU in dieses Aufsichtsgremium geschickt wurden. Dann hat man fast einen Mischkonzern aus dieser EnBW gemacht, bis die EnBW ein Sanierungsfall wurde. Man musste 1 Milliarde € abschreiben und viele wieder „herausbrechen“. Ein Drittel davon hat die Belegschaft getragen. Das war Ihre Politik! Bis zu Baubeschlägen haben Sie alles unter das Dach der EnBW gebracht.

(Abg. Mappus CDU: Quatsch!)

Da war noch gar keine aktive Energiepolitik da.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deswegen haben wir immer wieder Angst, Herr Mappus, wenn Sie Ihre verdienten Politiker von der CDU in Betriebe schicken. Da denken wir immer an die EnBW und sagen: „Um Gottes willen! Schon wieder so was!“ Lassen Sie das bleiben, nehmen Sie Fachleute.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann verkauft Erwin Teufel 25,01 %, weil er sagt: Die EdF, der Atomkonzern, wird nie die Mehrheit übernehmen. Jetzt haben wir bemerkt: Die EdF will die Mehrheit offensichtlich übernehmen und kauft langsam zu. Dann hat man – das haben wir mitgetragen, weil wir gesagt haben, bei einer aktiven Energiepolitik braucht das Land Einfluss – 20 Millionen € genommen, um Zinszuschüsse zu zahlen, damit die OEW die gleiche Augenhöhe hält. Gut so! Die FDP/DVP war massiv dagegen und hat einen Aufstand provoziert. Dieser ist dann sehr schnell wieder zusammengebrochen, weil sie etwas anderes dafür bekommen hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Olle Kamellen! Schauen Sie mal nach vorn!)

So wird Industriepolitik in diesem Land gemacht.

Aber was bedeuten jetzt diese 20 Millionen €? Bisher merke ich in der Regierungserklärung nicht, dass eine aktive Energiepolitik gemacht wird. Wo denn? Wo ist denn eine Aussage in dieser Regierungserklärung darüber, was sich jetzt in diesem Bereich aus diesem Zuschuss des Landes in Höhe von 20 Millionen € ergibt?

Herr Oettinger, Sie haben für die Frage der Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze den wahrscheinlich schlimmsten Fehler gemacht, indem Sie laufend das fatale Signal mit der Forderung nach längeren Laufzeiten von Kernkraftwerken aussenden. Ich sage Ihnen auch, weshalb. Die EnBW wird natürlich abwarten, bis die Bundestagswahl vorbei ist. Da wird nichts investiert. Warum sollten sie auch? Auf Nachfolgeinvestitionen können sie verzichten, wenn sie ihre Kernkraftwerke zehn Jahre oder länger weiterlaufen lassen können. Diese Aussage ist das größte Investitionshindernis auch für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Insofern brauchen wir eine andere Politik. Man muss sich eine Nachfolgenutzung überlegen. Wo ist die Nachfolgenutzung? Sie wird überhaupt nicht stattfinden. Herr Mappus hat vorhin dargelegt, was mit dem Atomausstieg alles kaputtgemacht werde. Wir produzieren aber doch in Baden-Württemberg nur noch 75 % unseres eigenen Energiebedarfs. 25 % sind doch schon weggegangen. Wer regiert denn in diesem Land und hat 25 % der Energieleistung weggehen lassen? 1 % Stromerzeugung bringt uns 150 qualifizierte Arbeitsplätze. Multiplizieren Sie diese Zahl mit 25; dann kommen Sie zu dem Ergebnis, dass in Baden-Württemberg allein aufgrund dieser Politik weit über 3 000 Arbeitsplätze weggefallen sind.

(Beifall bei der SPD)

(Drexler)

Außerdem gibt es Stadtwerke – wir hatten gestern die Debatte darüber –, die bauen wollen und keine Antwort bekommen. Jetzt gibt es – den Brief haben wir vorgelesen; er ist sogar von einem Parteifreund von Ihnen – endlich ein Angebot vom Minister, sich einmal zusammzusetzen, um über die Investitionspläne zu reden.

Das Zweite hat Herr Mappus selber veranlasst. Sie haben doch im Ministerium seit 2001 ein Urteil über den Wasserpfeffing aufgrund einer Klage des Großkraftwerks Mannheim liegen. Die Betreiber warten noch immer auf eine Reaktion. Es gibt sogar eine neue Festsetzung des Wasserpfeffings von der unteren Wasserbehörde, die nur 60 % verlangen will. Seit vier Jahren gibt es also ein rechtskräftiges Urteil, und die Landesregierung reagiert nicht darauf. Das ist eine Investitionsverhinderungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Die baden-württembergischen Stadtwerke sind bei Ihnen gar nicht vorgekommen, Herr Ministerpräsident. Sie haben nur über die EnBW gesprochen. Die baden-württembergischen Stadtwerke investieren jetzt Hunderte von Millionen in Nordrhein-Westfalen. Dieses Geld hätten sie auch hier investieren können. Damit sind wir doch noch stärker von Energieimporten abhängig. Die Landespolitik ist also gefordert: Die geplanten Investitionen müssen in Baden-Württemberg möglich gemacht werden. Auch das gibt eine größere Versorgungssicherheit und mehr Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mappus, nebenbei bemerkt: Wenn man als Umwelt- und Verkehrsminister einen Bundesumweltminister als „durchgeknallten Altachtundsechziger“ bezeichnet, ist das kein Ausweis für eine vernünftige Zusammenarbeit mit dem Bund – selbst wenn man unterschiedliche Auffassungen hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dass Sie das ausgewiesenermaßen mit Absicht gemacht haben – das war kein Ausrutscher –, damit Sie sich bei Ihrer innerfraktionellen Auseinandersetzung mit dem Kollegen Hauk in Position bringen können, ist noch viel schlimmer. Ein Staatsamt dafür zu missbrauchen, finde ich ganz besonders schlimm.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zurück zum eigentlichen Thema: Wir wollen erreichen, dass die Energieerzeugung ein Wachstumsmarkt ist. Über Kernenergie können wir uns dann immer noch unterhalten. Aber wir brauchen Nachfolgenutzungen und auch Ersatz. Wir bekennen uns dazu, dass das nicht alles mit erneuerbaren Energien möglich ist. Deswegen fragen wir erstens: Wo sind Investitionen von der EnBW? Wir gehen von 1 Milliarde € aus. Herr Claassen hat sie jetzt angekündigt, sie werden irgendwann kommen. Wo sind sie?

Zweitens müssen im Großkraftwerk Mannheim 750 Millionen € investiert werden. Das hängt mit dem Wasserpfeffing zusammen. Da brauchen wir nicht nur Gesprächsbereitschaft. Man muss erst einmal auf das Urteil reagieren, Herr Mappus – sofort!

Drittens muss man sich überlegen, wie man mit Neuinvestitionen umgeht. Das sagen wir schon seit Jahren. Wir haben gegen die Einführung des Wasserpfeffings gestimmt.

Zum Vierten müssen die Stadtwerke ihr Potenzial von 500 Millionen € hier investieren. Aber wie sieht das konkret aus? Zwei Stadtwerke investieren schon in andere Projekte, unter anderem in Nordrhein-Westfalen. Die Stadtwerke Schwäbisch Hall und Ulm beteiligen sich an einer 450-Millionen-€-Investition im westfälischen Hamm.

Die EnBW plant – der Herr Ministerpräsident macht sich gerade sachkundig – ein Jointventure mit der STEAG in Duisburg. Die EnBW übernimmt vertraglich 20 Jahre Strom von der STEAG. Toll! Es wird nicht in Baden-Württemberg, sondern in Nordrhein-Westfalen gebaut.

Da gibt es doch eine Menge Aufgaben, aber dazu kam kein Wort in der Regierungserklärung und kein Wort von Ihnen, Herr Mappus. Das muss in Baden-Württemberg stattfinden, das gibt Arbeitsplätze, und wir werden nicht so abhängig von anderen Ländern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das muss man machen, Herr Mappus. Das ist Sache der Regierung. Sie waren doch in der Regierung.

Jetzt komme ich zur Laufzeit.

Im Übrigen, Herr Mappus: Ich würde auch nicht herumlaufen und uns nach Kyoto als ganz tolles Energieeinspar- und CO₂-Einsparland verkaufen. Sie wissen, dass wir nach Ihrem eigenen Plan jetzt nur noch 70 Millionen Tonnen CO₂ jährlich emittieren dürften; wir emittieren aber 79 Millionen Tonnen, also 9 Millionen Tonnen zu viel. Genau das ist der Erfolg Ihrer Arbeit. Sie haben nicht alles möglich gemacht, was – von der Altbausanierung bis zum Verkehr – möglich gewesen wäre, um den Ausstoß von CO₂ zu verringern, sondern Sie haben mehr CO₂ produziert. Sie können sich hier in der Frage der erneuerbaren Energien und der Frage der Einsparung von CO₂ überhaupt mit niemandem messen, weder bundesweit noch anderweitig.

(Abg. Mappus CDU: Das stimmt doch nicht!)

Sonst wären Sie bei 70 Millionen Tonnen, Herr Mappus.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hillebrand CDU: Wir sind bundesweit am besten dran!)

Jetzt kommen wir zur Kernenergie. Was sagen Sie eigentlich, wenn man Ihnen entgegenhält, dass wir nur noch 40 Jahre lang Uran haben?

(Abg. Mappus CDU: Dass das nicht stimmt!)

– Das stimmt. Die Internationale Energieagentur sagt das. Es sind nur noch 40 Jahre. – Das heißt, Sie müssten in den Schnellen Brüter einsteigen. Ich habe noch nicht gehört, dass Sie das wollen. Derzeit gibt es auf der Welt überhaupt noch keinen funktionierenden Schnellen Brüter. Wollen Sie wieder hinein in die hochgefährliche Technik, für deren Abschaffung sich alle Parteien ausgesprochen haben? Erklären Sie das mal! 40 Jahre!

(Drexler)

Wir haben möglicherweise nur noch 60 bis 70 Jahre lang billiges Öl. Also müssen wir doch etwas machen. Das eine ist kein Ausweg, unabhängig von der Gefährdung.

Im Übrigen gibt es einen sehr schönen Spruch von Ihrem sehr „geschätzten“ Kollegen, Herrn Trittin. Er hat gesagt: Wären die Neandertaler in die Atomtechnik eingestiegen, müssten wir uns noch heute mit ihrem Atommüll beschäftigen. Das muss sich jeder einmal überlegen. Den Vergleich zwischen den Neandertalern und den heutigen Menschen halte ich für einen sehr schönen Vergleich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deswegen müssen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber nachdenken. Das A und O sind Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Die Sonne schickt in jedem Jahr das Fünfzehntausendfache der Energie auf die Erde, die die Menschheit pro Jahr verbraucht. Das müssen wir technisch nutzen und dürfen das nicht mit Blockaden beantworten, Herr Kollege Mappus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Vom Wind will ich gar nicht reden.

(Abg. Hillebrand CDU: Wind machen Sie selber!)

Auch das ist ein wichtiger Bereich. Aber wenn Sie vom Energiemix sprechen, können Sie die Windenergie nicht aus ideologischen Gründen abkoppeln.

(Abg. Wieser CDU: Wind machen Sie selber!)

Bei uns gibt es genauso gute Windbereiche wie in anderen Ländern. Wir nehmen Ihnen das alles nicht ab.

Im Übrigen, Herr Kollege Oettinger, nehmen wir Ihnen das deswegen nicht ab, weil Sie jetzt eine Umweltministerin berufen haben, die im Bundestag gegen alle acht Erneuerbare-Energien-Gesetze gestimmt hat. Besonders schlimm ist, dass die neue Umweltministerin im Bundestag sogar gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz gestimmt hat, mit welchem die Große Wasserkraft in die Förderung aufgenommen wurde, was Baden-Württemberg ausschließlich genutzt hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD: Oi!)

Es gab keine einzige Jastimme aus Ihrer Bundestagsfraktion, als es um die Interessen von Baden-Württemberg ging. Keine einzige!

(Abg. Capezzuto SPD: Ach du liebe Zeit! Wo ist sie denn? – Heiterkeit)

Deshalb warten wir einmal ab.

Gestern haben Sie den Antrag abgelehnt, einen Energiemix in diesem Bereich zu machen. Gestern Mittag! Alle, CDU und FDP/DVP. Wo ist denn das neue Denken, dass Sie das jetzt aufnehmen? Sie haben das gestern abgelehnt. Alles, was der Ministerpräsident gestern in seiner Regierungserklärung zu diesem Thema gesagt hat, haben Sie mittags so-

fort abgelehnt. Sie müssen doch einmal darüber nachdenken, was Sie damit für einen Eindruck erwecken – unabhängig von der Ganztagschule, auf die ich nachher noch zu sprechen komme.

Zuwanderungsland. Sehr schön, Herr Mappus; auch eine gute Sache. Herr Oettinger hat überhaupt nicht über den Wohnungsbau gesprochen, was mich auch wundert, weil wir ein Land sind, in dem die Wohnungsnot immer größer wird, weil wir eine Zuwanderung haben und diejenigen, die zuwandern, überhaupt nicht alle mit Wohnungen versorgen können. Das hat eine Untersuchung – –

(Widerspruch bei der CDU)

– Ja natürlich! Dazu gab es eine Expertenanhörung im Landtag. Da kam das heraus. Das stand sogar in der Presse.

Also: Wenn das so ist, müssen wir mehr für den Wohnungsbau tun. Das betrifft nicht nur die Eigenheimzulage, sondern auch den Landeswohnungsbau. Jetzt nenne ich Ihnen einfach einmal drei Zahlen, damit das, was Sie in diesem Land machen, deutlich wird: Pro Kopf seiner Bevölkerung bezuschusst das Land Nordrhein-Westfalen den Landeswohnungsbau mit 50,50 €; in Bayern beträgt die Pro-Kopf-Bezuschussung des Wohnungsbaus 12,60 €, und das Land Baden-Württemberg mit seinem „Schaffe, schaffe, Häusle baue“ fördert ihn mit 2,60 € pro Kopf.

(Unruhe bei der SPD)

Das muss man sich einmal vorstellen. Insofern kommen unsere Eigenheimzulagenwünsche in Berlin nicht gut an. Denn die sagen mir: Ihr macht in eurem Landeswohnungsbauprogramm fast nichts; da könnt ihr nicht mit der Eigenheimzulage kommen.

Im Übrigen stellen wir ja fest, dass Sie, Herr Oettinger, bei der Eigenheimzulage auf unsere Haltung eingeschwenkt sind.

(Abg. Capezzuto SPD: Vernünftig!)

Wir haben uns immer für eine Regionalisierung der Eigenheimzulage ausgesprochen. Wir haben immer gesagt: Wer Geld für den Abbruch will, der soll es für den Abbruch nehmen. Wir brauchen die Mittel für den Neubau.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ja!)

– Sie haben es aber nicht gemacht. Sie haben unter Herrn Teufel immer mit voller Mehrheit dafür gekämpft. Jetzt ist es möglicherweise zu spät. Wenn ich das Interview mit Herrn Oettinger im „Handelsblatt“ richtig gelesen habe, haben Sie die Kurve noch gekriegt. Willkommen im Klub! Dann lasst uns eine Bundesratsinitiative machen!

(Beifall bei der SPD)

Aber dass wir jetzt noch eine Chance haben, wage ich zu bezweifeln.

Jetzt kommen wir zum „Kinderland Baden-Württemberg“.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sonntagsreden!)

(Drexler)

Das fände ich schön. Diese Bezeichnung finde ich schön. Daraus kann man etwas machen. Nur muss tatsächlich auch etwas passieren.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat am 21. Dezember 2004 eine Vergleichsstatistik veröffentlicht. Das Ergebnis fällt für Baden-Württemberg niederschmetternd aus.

(Abg. Wieser CDU: Die Kinderarmut ist unter Ihrer Regierung erbärmlich geworden! – Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Lachen des Abg. Birzele SPD)

– Welche Bundesregierung hat ein Urteil – –

(Abg. Wieser CDU: Sie haben die schlimmste Armut in diesem Land erzeugt! Schämen Sie sich doch mal!)

– Kollege, ich finde es gut, dass Sie diesen Zwischenruf machen. Auf den habe ich gewartet.

(Abg. Wieser CDU: Ja!)

In meinem Manuskript steht bei diesem Thema: „Wieser-Zwischenruf“.

(Heiterkeit)

Sie haben ihn nämlich schon einmal gemacht. 1998 haben die CDU/FDP-Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen ein Bundesverfassungsgerichtsurteil kassiert, bei dem die verfassungswidrige Besteuerung der Familien festgestellt worden ist. Das war die CDU!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie fallen immer wieder herein.

Der Schluss aus dieser Geschichte war: Rot-Grün hat in Berlin innerhalb kurzer Zeit das Kindergeld um 37 % erhöht. Um 37 %! Es gab sonst keine Regierung, die das Kindergeld in dieser Größenordnung erhöht hätte.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: So ist es! – Abg. Capezzuto SPD: Wieser! – Glocke des Präsidenten)

Das bloß einmal zu der Frage Kinder.

Präsident Straub: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

Abg. Drexler SPD: Ich habe freie Redezeit. Jeder kann fragen. Ich bin dafür dankbar. Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Wieser.

(Abg. Capezzuto SPD: Der macht es ja noch schlimmer!)

Abg. Wieser CDU: Herr Kollege Drexler, haben Sie den Armutsbericht Ihrer Bundesregierung gelesen?

(Abg. Capezzuto SPD: Der stammt von 1997!)

Abg. Drexler SPD: Ich habe ihn gelesen.

(Abg. Wieser CDU: Dann würden Sie anders reden!)

– Nein. Den Armutsbericht gibt es erst, seit wir im Bund an die Regierung gekommen sind, weil wir sagen, dass das veröffentlicht werden muss. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Wieser CDU: Schämt ihr euch nicht?)

Herr Kollege Wieser, haben Sie noch eine Zwischenfrage? Her damit! – Also gut.

(Abg. Capezzuto SPD: Oje, oje!)

Ich komme jetzt zu der erwähnten Veröffentlichung der „Süddeutschen Zeitung“. Das Ergebnis fällt für Baden-Württemberg niederschmetternd aus: 2,8 % der Gesamtausgaben des Landes und der Kommunen entfallen auf Kinderbetreuung, Herr Wieser. 2,8 %! In Nordrhein-Westfalen beträgt der Anteil 4,6 %.

(Abg. Wieser CDU: Ich habe über die Armut gesprochen, nicht über Ihre Statistik!)

In Hessen beträgt der Anteil immerhin 3,4%. Dass der Anteil in Baden-Württemberg so gering ist, liegt nicht daran, Herr Kollege Wieser, dass die Kommunen zu wenig täten, sondern daran, dass das Land seit Jahren zu wenig tut.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Zuruf des Abg. Röhm CDU – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Oh Jesses!)

Wenn wir nicht mehr machen, Herr Kollege, braucht Baden-Württemberg 160 Jahre, um den Stand der Betreuung in Kinderbetreuungseinrichtungen, wie er in den neuen Bundesländern besteht, zu erreichen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Guten Morgen, Baden-Württemberg!)

und wir würden 304 Jahre brauchen, um das Niveau von Dänemark zu erreichen – damit Sie einmal sehen, wie weit dieses tolle Land Baden-Württemberg in diesem Bereich zurück ist.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich nenne Ihnen nur noch ein paar Zahlen: Die Erhöhung des Kindergelds durch die Bundesregierung um 37 % habe ich schon genannt.

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, wir müssten uns jetzt darum kümmern, dass Familie und Beruf vereinbart werden könnten.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Toller Satz! Er hätte aus unserem Programm abgeschrieben sein können.

(Abg. Capezzuto SPD: Hat er ja! Hat er doch!)

(Drexler)

Das sind alles ganz tolle Sätze. Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie es aussieht: Im Kleinkinderbereich haben wir pro 1 000 Kinder 23 Betreuungsplätze.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Klasse! Wunderbar!)

Bundesweit sind es 85 Betreuungsplätze.

(Zurufe von der SPD: Oi!)

23 in Baden-Württemberg, 85 im Bund.

Für die 6- bis 14-Jährigen gibt es in Baden-Württemberg gerade einmal 23 Betreuungsplätze pro 1 000 Kinder, und bundesweit sind es 58.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Bundesweit sind fast drei Viertel der Kinderkrippen – 71 % – ganztags geöffnet, in Baden-Württemberg sind es gerade einmal 44 %.

Das zur Familienfreundlichkeit Ihrer Politik!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Noch eine Zahl, die veröffentlicht wurde: Nicht einmal ein Zehntel der Kindergärten in Baden-Württemberg – 7,1 % – bieten eine Ganztagsbetreuung mit Mittagessen an. Bundesweit sind es immerhin 36 %, also etwa ein Drittel.

Ich will jetzt nur einmal deutlich machen,

(Abg. Kiefl CDU: Gott sei Dank haben wir das noch nicht!)

wie weit wir hintendran stehen. Deswegen ist es ja gut, dass man das jetzt einmal formal anspricht. Auch der Ministerpräsident hat es angesprochen. Aber daraus muss doch etwas folgen. Es gibt kein konkretes Angebot. Seit Jahren machen wir konkrete, auch finanzielle Angebote, zusammen mit den Kommunen etwas zu machen. Da brauchen wir zusätzliche Plätze. Denn das Familienbild, das Sie vorhin gezeichnet haben, Herr Mappus, ist schon eigenartig. Was haben Sie gesagt? Intakte Familie bedeutet, dass die Mutter zu Hause ist.

(Abg. Mappus CDU: Das habe ich nicht gesagt! – Abg. Wieser CDU: Sie sind doch ein Falschmünzer! Sie sind ein politischer Falschmünzer! Das ist ein Lügenbeutel! – Abg. Mappus CDU: Das habe ich nicht gesagt, das wissen Sie ganz genau! – Lebhaftige Zurufe von der SPD)

– Dass die Mutter zu Hause ist und sich um die Kinder kümmert. Wir lesen das nachher nach. Aber Sie haben gesagt, dass die Mutter zu Hause ist und sich um das Kind kümmert.

(Abg. Wieser CDU: Das ist doch auch wahr! – Lebhaftige Unruhe)

Unser Familienbild – um das einmal deutlich zu sagen, Herr Mappus – ist: Es ist sehr schön, wenn die Mutter zu Hause

ist und sich um ihr Kind kümmern kann. Das ist unser Familienbild.

(Zuruf von der CDU: Was?)

– Es ist sehr schön, wenn die Mutter zu Hause ist und die Kinder betreut. Das sage ich doch.

(Abg. Wieser CDU: Bei Ihrer Bundesregierung müssen die Frauen arbeiten!)

Aber für uns ist eine Familie genauso intakt und ist die Familienmutter genauso gut, wenn sie, weil sie arbeiten muss, versucht, ihr Kind halbtags unterzubringen, und sich den restlichen Halbtag um das Kind kümmert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Mappus CDU: Voll vertreten! – Zurufe von der SPD)

Im Übrigen, Herr Kollege: Den Auftrag für Bildung und Erziehung haben unsere Schulen. Sie haben vorhin gesagt, Sie wollten den Erziehungsauftrag nicht delegieren.

(Abg. Mappus CDU: Sie wollen ihn delegieren!)

Das steht selbstverständlich im Schulgesetz drin. Sie sind meilenweit im Mittelalter.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen des Abg. Mappus CDU)

Im Schulgesetz steht drin: Bildung und Erziehung. Das steht im baden-württembergischen Schulgesetz drin. Der Erziehungsauftrag muss doch an der Schule mit erfolgen, wenn ein Kind sechs, sieben oder acht Stunden am Tag in der Schule ist.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Und Sie erzählen, Sie wollten den Erziehungsauftrag nicht delegieren! Er ist bereits delegiert, und wir wollen, dass in der Schule erzogen wird.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD – Zuruf von der SPD: So ist es! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Mayer-Vorfelder: Mut zur Erziehung! – Unruhe)

Ihnen fehlt der Mut zur Erziehung. Danke für diesen Zwischenruf. Der Mut zur Erziehung fehlt Ihnen.

Deswegen, lieber Kollege, brauchen wir Spracherziehung. Dafür gab es einen Vorschlag. Aber, Herr Kollege Oettinger, wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung davon sprechen, dass man hier Deutsch lernen müsse, dann halten wir das schon für ein tolles Stück. Sie haben seit Jahren immer abgelehnt, dass in baden-württembergischen Kindergärten Deutsch gelehrt wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Was?)

Das haben Sie abgelehnt, und zwar seit Jahren. Willkommen im Klub! Wir haben schon seit Jahren gefordert, dass Sprachförderung stattfindet. Vor zwei Monaten haben Sie abgelehnt, dass wir die für die Werbung „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ bestimmten 6 Millionen € nehmen,

(Drexler)

um sie in den Kindergarten zu stecken, damit dort Sprachförderung stattfindet. Das haben Sie vor zwei Monaten abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

In Ihrem Konzept ist eines nicht ausgereift: Sie müssen natürlich die Kindergärtnerinnen schulen. Sie können die Sprachschulung nicht nur von außen machen. Das fehlt in Ihrem Konzept. Das haben wir kritisiert; das hat der Städtetag kritisiert. Deswegen sind wir auch der Meinung, dass diese 650 000 € zur Verfügung gestellt werden sollen, weil die Kindergärtnerinnen, die Erzieherinnen eigentlich der Maßstab vom ersten Kindergartenjahr an sind und nicht nur Leute, die von außen kommen. Insofern müssen Sie über diese Sache noch einmal nachdenken.

Jetzt kommen wir zur Ganztagsbetreuung an den Schulen. Wir hatten schon gestern die Debatte darüber.

Übrigens, Herr Ministerpräsident: Wenn wir gestern in der Debatte einen Antrag gestellt und darin nichts anderes verlangt haben, als die Landesregierung zu beauftragen, ein Investitionsprogramm für die Gemeinden aufzulegen – für 349 Schulen, die jetzt ausgebaut werden sollen –, die kein Geld mehr bekommen – mehr haben wir nicht verlangt; das ist das, was Sie ja möglicherweise irgendwann selbst im Hinterkopf haben –, und Sie gegen diesen Antrag gestimmt haben, obwohl Sie vorher erklärt haben, Baden-Württemberg müsse flächendeckend Ganztagschulen nach Bedarf bekommen, dann haben Sie schon Ihre ganze Regierungserklärung ad absurdum geführt, wenn Sie nachmittags einem solchen Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben gestern Nachmittag diskutiert. Ich kann dazu nur noch einmal sagen: Es war enttäuschend. Ich finde es eigenartig, dass der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg drei Bedingungen für die Städte stellt, die zu kurz gekommen sind. Wir haben gestern kritisiert, dass man das Windhundverfahren gemacht hat. Das war für uns gar nicht einsichtig. Warum hat man das nicht so gemacht wie andere Länder und statt 90 % nur 70 % genommen? Das hätten Sie doch regeln können. Das haben Sie nicht gemacht. Gestern ist herausgekommen, dass man das aus Angst vor der SPD nicht gemacht hat.

(Lachen bei der SPD)

Das ist ja toll. Wenn etwas falsch gemacht wird, dann waren wir es, und wenn etwas gut ist, dann sind Sie es vielleicht selbst, und was sehr gut ist, kommt von der Landesregierung, oder wie? So kann man keine Politik machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Kiefl und Röhm CDU)

Sie müssen schon zu Ihrer eigenen Verantwortung stehen. Hätten wir ein anderes Verfahren gewählt, wäre der badische Landesteil – Nordbaden – nicht eklatant benachteiligt worden. Er ist eklatant benachteiligt worden.

(Abg. Schebesta CDU: Dann soll man wohl alles so lassen, wie es ist?)

Das zeigen auch die Zahlen. Andere Bundesländer haben gesagt, wir machen es pädagogisch, also nur die Grundschulen. Das wäre ja vernünftig gewesen.

(Abg. Mappus CDU: Das hätte ich mal sehen wollen!)

– Sie stellen doch die Kernkraft nicht zur Disposition. Dann hätten Sie eben einmal etwas anderes zur Disposition stellen können. Bezüglich der Kernkraft streiten Sie doch mit dem Bund. Aber über die Frage, wie 528 Millionen € verteilt werden sollen, haben Sie hier nicht diskutiert.

(Abg. Schebesta CDU: Haben Sie das einmal gefordert?)

– Wir haben mehrere Debatten darüber geführt. Sie sind öfters nicht da; aber das ist eine andere Frage.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Wir hätten natürlich auch 70 % nehmen können, Herr Kollege. Warum haben Sie das nicht gemacht? Weil Sie keinen Bedarf für Ganztagschulen gesehen haben. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Aus ideologischen Gründen sind Sie durch das Land gelaufen und haben dem Parlament und der Öffentlichkeit erzählt, dass es keinen Bedarf für Ganztagschulen gäbe. Deswegen hat man das wuselige Windhundverfahren gemacht. Das Windhundverfahren kann man aber nur machen, wenn alle in diesem Land die gleichen Voraussetzungen haben. Das war jedoch nicht so. Die großen Städte haben alle ihre Schulen zusammenfassen und nicht einzelne Anträge abgeben wollen. Die Privatschulen hatten die Baupläne schon in der Schublade, weil sie bereits Ganztagschulen waren. Und in dieser Situation macht ihr ein Windhundverfahren!

Was sagt der Ministerpräsident Oettinger beim Jahresempfang der CDU Karlsruhe? Ganztagschulen würden flächendeckend im Südwesten kommen; ein Bedarf bestehe überall. Und was hat gestern der neue Fraktionsvorsitzende gesagt? „Wir wollen keine automatische, flächendeckende Ausrüstung mit Ganztagschulen.“ Das war die Überschrift im SWR-Kommentar. Das verlangt doch auch niemand, sondern wir verlangen, dass dem Bedarf Rechnung getragen wird.

(Abg. Mappus CDU: Bedarfsorientiert! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Warum betonen Sie das dann? Sie haben offensichtlich eine andere Auffassung.

(Abg. Mappus CDU: Nein! Bedarfsorientiert!)

Das hat doch der Ministerpräsident auch verlangt. Warum haben Sie dann gestern Nachmittag unserem Antrag nicht zugestimmt? Wir stellen nachmittags den entsprechenden Antrag, und Sie stimmen nicht zu.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Was ist das für ein Verständnis von Parlamentarismus?

(Drexler)

Was macht der Ministerpräsident? Er sagt erstens: Wir fordern den Bund auf, uns die Mittel zur Verfügung zu stellen. – Der Bund hat überhaupt keine Zuständigkeit. Hinterher verlangt der gleiche Ministerpräsident, der Bund solle sich aus der Bildung heraushalten. Wie passt denn das zusammen? Hier muss ich dem ehemaligen Ministerpräsidenten ein Lob aussprechen. Der hätte als Föderalist so etwas nicht gemacht. Der hätte gesagt, das gehe den Bund nichts an. Herr Oettinger, willkommen in der Föderalismusdiskussion! Wenn Sie dort so auftreten, ist Baden-Württemberg mit einer eigenständigen Föderalismuspolitik gleich verloren.

Zweitens sagt der Ministerpräsident, wenn wir es vom Bund nicht bekommen, dann soll das Geld, das zurückfließt – wir haben die Auskunft, es fließt kein Geld zurück –, nach Baden-Württemberg gehen. Das geht gar nicht. Das wissen alle, die sich auskennen. Dann müsste der Bund wieder neu verhandeln und für diejenigen, die etwas wollen, vielleicht 10 oder 15 Länder, wieder ein neues Programm auflegen. Das wird er nicht machen. Der zweite Vorschlag ist überhaupt nicht praktikabel.

Drittens heißt es: Wenn uns der Bund im Stich lassen sollte, sind wir grundsätzlich bereit, mit den Kommunen über andere Lösungswege zu verhandeln. Also, Herr Oettinger: Wir haben gestern einen Vorschlag gemacht. Wir haben gesagt, die Umschichtung der KIF-Mittel, die durch das Abwassermoratorium kommen, vier Jahre lang jeweils 25 Millionen €, könnten wir vornehmen. Ferner könnten wir uns vorstellen, dass von den aus Immobilienverkäufen erlösten 300 Millionen € 100 Millionen € innerhalb von vier Jahren in die Ganztagschulen mit einem Fördersatz von 50 : 50 fließen. Das wollen wir Ihnen aber nicht vorschreiben. Aber das könnte man tun, ohne den Haushalt zu verändern. Wir haben lediglich die Aufforderung an die Landesregierung gerichtet, ein solches Programm zu machen. Seit gestern können Sie nicht mehr im Land herumlaufen und sagen, Sie wollten eine Lösung suchen. Gestern haben Sie sich vom Parlament nicht beauftragen lassen wollen, eine Lösung zu suchen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer
GRÜNE)

Wenn Sie dauernd Dialogbereitschaft und Gesprächsbereitschaft signalisieren, dann kommt mir langsam ein Verdacht. Wenn ein Konservativer in Baden-Württemberg Dialogbereitschaft signalisiert, dann können zwei Gründe dahinterstecken: Entweder er ist ratlos, oder er verschiebt die Entscheidung bis nach der Wahl.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie können sich nun aussuchen, was auf Sie zutrifft. Es geht doch nicht, dass Sie bei allem nur Gesprächsbereitschaft signalisieren. Wer 14 Jahre lang die Landespolitik maßgeblich mitgestaltet hat und jetzt einen Dialog und Gespräche sucht, der hat keine Lernbereitschaft, sondern er ist entweder ratlos, oder er will nicht, Herr Ministerpräsident. Nur diese beiden Möglichkeiten gibt es.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann zu den Privatschulen, Herr Ministerpräsident. Da kommt die alte Leier, ein Evergreen:

Wir werden bei den Privatschulen das bisherige Zuschussmodell durch ein Bruttokostenmodell ablösen. Dabei strebe ich an, in den nächsten Haushalten die Landeszuschüsse in Stufen auf 80 % anzuheben.

Das hatten Sie eigentlich schon 2001 versprochen. Ich will Ihnen einmal erklären: Wir waren – Herr Pfister war dabei; da war er noch Fraktionsvorsitzender – im Herbst 2003 bei einer großen Debatte über die Privatschulen. Das ganze Hotel war voll besetzt. Da haben die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP/DVP – und auch ich – versprochen: Im März 2004 wird der Gesetzentwurf eingebracht, auch wenn die Verabschiedung natürlich länger dauern wird. Der Gesetzentwurf ist nicht im März 2004 eingebracht worden. Er ist auch später nicht eingebracht worden. Die SPD hat den von Ihnen ausgearbeiteten Gesetzentwurf eingebracht. Diesen haben Sie selbst abgelehnt, und jetzt kommen Sie wieder mit der alten Leier. Glauben Sie, dass Ihnen im Privatschulbereich das irgendjemand abnimmt, der weiß, wie Sie die behandelt haben? Sie können doch nicht ständig eine Forderung erheben, die Sie selbst dauernd ablehnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

In der Regierungserklärung steht: Modellversuch in Stuttgart bei den Schülern mit Notebooks und drahtlosem Internetzugang, damit sie auf eine elektronische Lernplattform zurückgreifen können. Tolle Geschichte! Wir warten immer noch auf die Umsetzung des CDU-Beschlusses, alle Schüler in Baden-Württemberg mit Laptops auszustatten. Dieser Beschluss ist vor sechs Jahren erfolgt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Also nur Sprüche und keine Folgen. Auch hier geht das so weiter.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Auch gab es kein einziges Wort dazu, wie der gigantische Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen abgebaut werden soll. Kein einziges Wort in dieser Regierungserklärung!

(Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Zimmermann CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einiges zum Arbeitsmarkt angesprochen.

(Abg. Röhm CDU: Keine Inhalte, nur Gebäude!)

– Ich komme noch darauf. Es ist gut, dass Sie den Zwischenruf machen. Der Ministerpräsident sprach zum Thema Ganztagschulen über drei Seiten hinweg ausschließlich über „Jugendbegleiter“, Jugendverbände usw. Er sprach kein einziges Mal über Pädagogik.

(Abg. Röhm CDU: Nur Ganztagschulen, nur Gebäude! Was darin läuft, ist das Entscheidende!)

Einem solchen Ministerpräsidenten muss man auch sagen, dass er das Thema verfehlt hat.

(Drexler)

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Wir brauchen doch die Ganztagschule wegen der Pädagogik. Wir müssen doch etwas ändern.

(Abg. Röhm CDU: Inhalte! Sagen Sie einmal etwas zu G 8!)

– Ich setze mich hier mit der Regierungserklärung auseinander. Zu diesem Punkt hat der Ministerpräsident auch nichts gesagt. Wenn ich zu allem etwas sagen wollte, müsste ich nicht zwei, sondern vier Stunden reden.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

– Nein, überhaupt nicht; sonst rede ich vier Stunden. Ich rede über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Sie haben einen schönen Zwischenruf gemacht.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Wenn man über Ganztagschulen redet und dort fördern will, braucht man Pädagogik. Das kann man nicht mit ehrenamtlichen Kräften machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Röhm CDU: Sehr gute Lehrerversorgung!)

Sie gestalten eine Ganztagschule, die so aussieht: vormittags Schule, dann Essen und anschließend Vereine. Wo bleibt denn da das Fördern? Wir brauchen doch eine Förderung, wenn man sieht, dass die soziale Herkunft in Baden-Württemberg wie in anderen Bundesländern den Schulabschluss, die Bildung bestimmt.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Dies kann man nur durch Förderung ändern. Das tun Sie aber nicht, denn Sie stellen keine einzige Lehrerstelle für Ganztagschulen zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Röhm CDU: Inhalte!)

– Ja, das war ein Inhalt.

Nun zu den Hochschulen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Drexler SPD: Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Drexler, sind Sie nicht auch der Auffassung, dass die entscheidende Schwäche des IZBB-Programms der Bundesregierung darin lag, dass es nur Zuschüsse für Bauvorhaben und nicht für Personal enthielt?

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Abg. Drexler SPD: Ich wundere mich schon. Gott sei Dank hat Altministerpräsident Teufel diese Frage nicht gehört.

(Abg. Fischer SPD: Doch, er ist da!)

Er wäre dabei richtig umgefallen. Die Frage, ob die Bundesregierung Zuschüsse für Inhalte gibt, hätte ich mir vielleicht in Sachsen-Anhalt oder in Brandenburg vorstellen können. Aber es ist beschämend, wenn sie im Landtag von Baden-Württemberg gestellt wird. Da hat der Bund nichts zu sagen. Wir wollen auch nicht, dass der Bund da etwas zu sagen hat. Sie dagegen fordern Zuschüsse für Inhalte – völlig irre!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Lieber Kollege, man kann nicht Föderalist oder Nichtföderalist sein, je nachdem, woher das Geld kommt. Föderalismus bedeutet, dass wir eigene hoheitliche Zuständigkeiten haben, und diese wollen wir ausweiten und nicht hergeben. Das ist der Unterschied.

(Glocke des Präsidenten)

– Noch einmal? Sie verlängern bloß die Rededauer.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Theurer.

(Abg. Birzele SPD: Jeder blamiert sich, wie er kann!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sie haben damit aber eindeutig eingeräumt, dass der Bund schon mit der Zurverfügungstellung der Baumittel in die Bildungshoheit der Länder massiv eingegriffen hat.

Abg. Drexler SPD: Nein, er hat ein Angebot gemacht, indem er gesagt hat, er stelle fest, dass wir im Gegensatz zum europäischen und internationalen Durchschnitt sehr schlecht mit Ganztagschulen – auch nach PISA noch – versorgt seien.

(Abg. Zeller SPD: Eigentor!)

Und das hat sich doch gezeigt. Über 914 Anträge gab es innerhalb von zwei Jahren in Baden-Württemberg. Das ist eine gigantische Nachfrage.

(Abg. Zeller SPD: Der Bedarf ist riesengroß!)

Der Bund hätte das Geld auch in andere Bereiche stecken können. Das wäre Ihnen vielleicht lieber gewesen, weil sich dadurch der Bedarf und damit der Fehler in Ihrer Schulpolitik nicht so deutlich gezeigt hätte.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Aber er hat es eben gemacht. Er hätte das Geld auch in die Rente oder in andere Dinge stecken können. Er hat aber gesagt: „Das ist uns für unsere Jugend so wichtig, dass wir das Geld da reinstecken.“ Und das war richtig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fischer SPD: Für die Zukunft, ja!)

Ich möchte kurz noch etwas zu den Hochschulen sagen.

(Drexler)

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sie haben aber keine Anträge dazu gestellt, wie man die Lehrer finanzieren kann!)

– Doch, das haben wir auch.

(Abg. Zeller SPD: Die Zurufe von Theurer werden immer billiger!)

Zur Substanz der Hochschulen: Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen nur raten, nicht immer nur mit neuen Sachen zu beginnen, sondern sich auch einmal um die Substanz unserer Hochschulen zu kümmern. Laut Rechnungshofbericht besteht hier ein Sanierungsrückstand von 2,4 Milliarden €. Das heißt, wenn wir so weitermachen, dann brauchen wir 80 Jahre, um den jetzigen Sanierungsrückstand an unseren Hochschulen aufzuholen. Wir haben vorletztes Mal über Ulm gesprochen und letztes Mal über Mannheim. Jetzt sprechen wir zum Beispiel einmal über Konstanz.

Ich bringe hier einmal ein Beispiel, damit Sie nicht dauernd lachen, wenn wir über die Hochschulen sprechen. Der Rückstand ist katastrophal. In der Universität Konstanz sitzt einer der berühmtesten Philosophen der Gegenwart, Herr Professor Jürgen Mittelstraß, neben einer Chromwanne, die das Wasser aus den Baufugen auffängt, damit seine Bücher nicht nass werden. Das berichtet die „Stuttgarter Zeitung“ vom 15. April 2005. Das Flachdach ist undicht, und zwar schon seit Monaten.

(Abg. Reichardt CDU: Bei euch auch! – Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Das wollte ich nur sagen.

Wir sind Spitze, aber was man jetzt machen muss, ist, vielleicht auch einmal an die Substanz zu gehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Nachhaltigkeit ist hier gefragt, und deshalb muss man jetzt handeln.

Jetzt komme ich zu den Studiengebühren.

(Abg. Röhm CDU: Sind Sie dafür oder dagegen?)

– Ja, das ist natürlich genau diese verkürzte Haltung: „Dafür oder dagegen?“

Ich habe in dem von Ihnen zitierten Interview – Sie haben mich ja nicht vollständig zitiert – in den „Stuttgarter Nachrichten“ Folgendes gesagt:

Es gibt aber nach wie vor begründete Bedenken. Ich halte nachlaufende Studiengebühren für sinnvoll, wenn das Geld tatsächlich den Hochschulen zur Verfügung steht.

Das haben Sie vorgelesen, aber den nächsten Satz natürlich nicht mehr:

Aber die soziale Abfederung bleibt ein Problem.

Genau darum geht es. Wir haben uns um die soziale Abfederung gekümmert,

(Abg. Fischer SPD zur CDU: Aber Sie noch nicht!)

aber Sie offensichtlich nicht. Wir haben das australische Modell angeschaut. Dort wurde mit 350 australischen Dollar begonnen, und jetzt sind sie bei 3 500 australischen Dollar pro Semester angelangt. Sie haben im Übrigen vor zwei Jahren allen Hochschulen Geld in Höhe von 120 Millionen € weggenommen, das Sie jetzt über Studiengebühren wieder hereinholen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Schmiedel SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wir haben uns einmal angeschaut, was denn mit den Leuten geschieht, die nach Abschluss ihres Studiums eigentlich eine Familie gründen möchten und im Grunde genommen gerade zu diesem Zeitpunkt Geld hierfür haben müssten, die Kinder bekommen wollen und die sich ehrenamtlich engagieren sollen. All das verlangt man von den jungen Leuten, die sich zurzeit nur noch im Rahmen von Zeitverträgen realisieren können. Wir bekommen ja eine Generation von in Zeitverträgen Tätigen. Da haben wir gesagt: Zu allem dem, was diejenigen, die aus sozial schwierigen Schichten kommen, anschließend ohnehin zu tragen haben – die schleppen ja noch sonstige Belastungen mit sich herum, die sie abtragen müssen; das Studium kostet ja nicht nur die Studiengebühr –, noch Studiengebühren draufzupacken, das halten wir auch angesichts der demografischen Entwicklung für falsch.

(Abg. Mappus CDU: Der finanzpolitische Sprecher Ihrer Fraktion ist dafür! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

– Ja und?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Seimetz CDU: Der Schmid hat es auf den Punkt gebracht!)

Er ist dafür. Das ist aber doch nicht schlimm. In so einer Sache kann man doch streiten. Aber die Fraktion war immer dagegen. Ich habe mir das angeschaut, und ich bekenne hier: Ich halte es im Zusammenhang mit der sozialen Frage in der Bundesrepublik Deutschland für falsch, Studiengebühren einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Oettinger, Sie haben noch angesprochen – es tut mir Leid, ich würde es gerne schneller machen, werde aber immer unterbrochen –: Reformen im Arbeitsmarkt. Sie haben den Kündigungsschutz angesprochen, und Sie haben Mitbestimmung und Tarifrecht angesprochen. Hierzu muss ich einmal sagen: Ich habe immer gedacht, Sie würden sich in diesen Bereichen auskennen. Da fordern Sie im GEA für jeden neu Einstellenden die Abschaffung des Kündigungsschutzes. Sie fordern jetzt als Neuestes für Berufseinsteiger eine Probezeit von drei Jahren. Wissen Sie eigentlich, was Sie zurzeit in der Wirtschaft machen können? Die Bundesregierung hat auf verschiedene Anwürfe aus der Industrie reagiert. Als Erstes war eingeführt worden, dass in kleinen Betrieben mit unter fünf Mitarbeitern kein allgemeiner Kündigungsschutz für alle mehr gilt, wenn sie noch jemanden zusätzlich einstellen und über die Fünfergrenze hinauskommen. Das wurde geändert. Wenn nun ein Betrieb jemanden einstellt, gilt der allgemeine Kündigungsschutz erst ab elf Mitarbeitern. Erstens.

(Drexler)

Zweitens: In der Bundesrepublik Deutschland kann jeder, egal, welchen Alters, auf zwei Jahre befristet eingestellt werden. Das ist schon jetzt möglich. Weshalb soll man diese Möglichkeit denn auf drei Jahre ausdehnen, wenn sie schon jetzt nicht wahrgenommen wird?

Drittens: Jeder Arbeitnehmer über 52 Jahre kann unbeschränkt nur noch befristet eingestellt werden. Demnach gibt es hier gar keinen Kündigungsschutz mehr, weil die Industrie gesagt hat: „Wir würden die Älteren ja gern einstellen, wissen aber nicht, wie das mit der Gesundheit ist und ob sie noch so flexibel sind.“ Deshalb wurde jetzt von der Bundesregierung beschlossen, dass die erleichterten Befristungen noch länger möglich sind als bislang. Leider hat die Industrie auf diese Maßnahmen nicht reagiert. Wir haben bei der Altersgruppe der Arbeitnehmer über 55 Jahre nach wie vor nur 40 % Beschäftigung.

Für Existenzgründer, die möglicherweise mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, gilt der Kündigungsschutz nun erst nach vier Jahren. Jeder kann Leute für vier Jahre ohne Kündigungsschutz einstellen.

Was soll dann das Geschwätz, jetzt noch weiter am Kündigungsschutz herumzuwerkeln? Der Kündigungsschutz ist in Deutschland überhaupt keine Barriere mehr. Die Industrie muss das wahrnehmen, was wir in Berlin an Änderungen vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann wollen Sie die Mitbestimmung schleifen. Ich muss Ihnen sagen: Bei Alstom demonstrieren die Kollegen schon seit vier Tagen; sie brauchen Aufträge im Kesselbau, im Kraftwerksbau. Die freuen sich über Ihre Aussage, Kernkraftwerke länger laufen zu lassen. Aber sie haben als einzige Chance gegen den ausländischen Konzern ihre Rechte auf Mitwirkung und Mitbestimmung, damit sie auf gleicher Augenhöhe versuchen können, ihre Arbeitsplätze noch zu erhalten. Diese Rechte wollen Sie den Baden-Württembergern und Baden-Württembergern nehmen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE)

Ich möchte nicht zu lange sprechen, aber eines will ich schon noch aufgreifen. Zur Steuerreform kommen wir vielleicht nachher noch. Alles, was Sie zur Steuerreform vorgeschlagen haben, machen wir gerade. Die Körperschaftsteuer wird gesenkt.

Dann kommen Sie auf das Optionsmodell; das ist auch so eine Geschichte. Dieses Optionsmodell hat die SPD im Jahr 2000 in die Debatte um die große Steuerreform eingebracht. Das Land Baden-Württemberg hat dieses Optionsmodell abgelehnt. Zitat Erwin Teufel im Bundesrat am 17. März 2000:

An dieser ... Ungleichbehandlung ändert auch das von Ihnen erfundene Optionsmodell nichts. Im Gegenteil: Es ist völlig unpraktikabel. Es ist vielmehr mit gefährlichen Fallstricken – insbesondere bezüglich der Erbschaftsteuer – versehen. Wenn überhaupt, dann ist dies allenfalls ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Steuerberater.

Sie sind Steuerberater, Herr Ministerpräsident. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie deswegen jetzt das Optionsmodell verfolgen wollen.

(Lachen des Ministerpräsidenten Oettinger)

Früher sagte das Land Baden-Württemberg: „Wir wollen das nicht“, und ein paar Jahre später wollen Sie es. Was ist das denn für eine abgestimmte Politik, Herr Ministerpräsident?

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Steuerhinterziehung ist für mich keinen Deut besser als Sozialmissbrauch. Wir werden beides energisch bekämpfen.

Das hört sich gut an. Aber seit Jahren lehnen Sie alle Anträge von uns ab, die Steuerüberprüfungen zu verstärken und neue Steuerbeamte einzustellen – alles abgelehnt!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie haben nichts zur Finanzierung des Haushalts gesagt – außer dass es Wachstum geben muss. Sie haben nichts über Privatisierung gesagt – außer dem tollen Satz: Wenn man etwas verkauft, kann man es nicht noch einmal verkaufen. Das ist, glaube ich, allen 128 Abgeordneten klar.

Zum Schluss: Was mich ebenfalls aufgeregt hat, ist, dass hier mit Behauptungen gearbeitet wird, die nicht stimmen. Beim Thema Polizei hören wir doch tatsächlich den Spruch:

Wir wollen die Polizeiarbeit künftig noch stärker operativ ausrichten. Das heißt konkret: Entlastung von Verwaltungsaufgaben, mehr Zeit für die Arbeit am Fall, mehr Präsenz vor Ort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Richtig dreist!)

Sie haben während der Verwaltungsreform beschlossen, 772 Stellen für Verwaltungskräfte abzuschaffen. Alle Polizeibeamten in Uniform müssen sich jetzt wieder hinsetzen und tippen – in ihren Büros.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die sind nicht „draußen“! Und jetzt kommen Sie mit diesen Sprüchen.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Mappus
CDU)

Das Zweite – das haben Konservative immer besonders gut drauf –:

Deshalb liegt ein Schwerpunkt der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Toll! Im März haben Sie die Mittel für Terrorismusbekämpfung im Haushalt um 90 % reduziert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

(Drexler)

Wir haben den Antrag gestellt, es bei 3 Millionen € zu belassen. Sie haben sie hier in diesem Haus gestrichen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deshalb bitte ich um mehr Wahrhaftigkeit in Regierungserklärungen – auch von jemandem, der vorher Fraktionspolitik gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir bieten Ihnen trotzdem an, in den Bereichen, in denen Sie das Land voranbringen wollen – Familien, Betreuungspolitik, Haushaltssanierung, kraftvolle Industriepolitik –, mitzuhelfen. Aber bitte nicht nur reden, sondern handeln! Wenn Sie handeln wollen, dann haben Sie unsere Unterstützung zugunsten des Landes Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn die letzten Wochen und Tage eines gezeigt haben, dann doch dies: Die bürgerlich-liberale Koalition steht fester denn je, die Opposition bröckelt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Offensichtlich sieht ein Teil der Opposition keine vernünftige Alternative zum derzeitigen Regierungsbündnis.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Lieber Kollege Drexler, wir reden gerade viel über Stilfragen. Mich hat schon gewundert, dass der Ministerpräsident einerseits die großen Linien aufgezeigt und andererseits auch sehr konkrete Details eines Arbeitsprogramms genannt hat,

(Abg. Drexler SPD: Wo, wo?)

während Sie in der Aussprache plötzlich dazu übergehen, uns Zahlenreihen, Berechnungen und Zahlenkolonnen vorzulegen. Das ist doch ganz interessant. Ministerpräsident Oettinger hat gestern meiner Meinung nach mit seiner Regierungserklärung ein ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgestellt, das eine deutlich liberale Handschrift trägt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich gehe davon aus, dass sich der Ministerpräsident nicht von ungefähr in seiner Rede auf zwei große Liberale dieses Landes, nämlich Theodor Heuss und Reinhold Maier, bezogen hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

In der Tat leben wir in einem lebenswerten, weil liberal geprägten Land. Auch in Zukunft lassen wir uns von den Grundüberzeugungen des Liberalismus leiten. Wir setzen nicht auf Freiheit von, sondern auf Freiheit zur Verantwortung. Wir setzen auf die Bürger, die nicht alles Heil vom

Staat erwarten, sondern selbst zu- und anpacken. Wir setzen auf Leistung und Wettbewerb, und – das ist besonders wichtig – wir sind uns gleichwohl der Verpflichtung und Verantwortung für die, die schwächer sind, die im Wettbewerb gehandicapt sind, bewusst. Und wir stehen für die solidarische Hilfe für die Schwachen in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, Sie sind ein bekennender Sport- und Fußballfan. Von daher hoffe ich, dass Sie mir das Bild vom neuen Teamchef nicht übel nehmen – ich sehe es nämlich so. Wenn Trainerwechsel stattfinden, setzt dies manchmal in Mannschaften und Teams neue Kräfte frei.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich denke, wir werden alle Kraft und Anstrengung brauchen, um unseren nationalen Spitzenplatz zu verteidigen, auszubauen und international in der Champions League weiter mitspielen zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um beim Bild zu bleiben: Wenn ein roter Faden die Regierungserklärung des neuen Teamchefs durchzogen hat, dann ist es doch das Angebot zu Dialog und Kooperationsbereitschaft – im Kabinett, mit den Fraktionen, mit dem Landtag, mit allen gesellschaftlichen Gruppierungen dieses Landes. Dass dieses Angebot kein Lippenbekenntnis ist, konnten gerade wir Liberale bei der Vorbereitung der Regierungserklärung erfreulich konkret erfahren.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Besonders wichtig scheint mir dieser Stil des Dialogs und der Kooperation für die beiden ganz großen Schwerpunkte, die Günther Oettinger genannt hat und die auch wir als die Schwerpunkte für die Landespolitik in den nächsten Jahren ansehen, nämlich den Schwerpunkt „Wirtschaft und Arbeitsplatzproblematik“ – die hängen eng zusammen – und den Schwerpunkt „Familie, Bildung, Erziehung, Betreuung“, was auch zusammenhängt und letztendlich ein Thema ist.

Beim ersten Schwerpunkt ist klar, dass für Günther Oettinger und für uns Liberale das gilt, was unser Bundespräsident gesagt hat: Vorfahrt für Arbeits- und Ausbildungsplätze! Bei allem, was wir tun, hat im Vordergrund zu stehen, dass der die sozialste Politik macht, der die Menschen befähigt, aus eigenem Einkommen ihren Unterhalt und den der ihnen Anvertrauten zu bestreiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Arbeitsmarktpolitik ist klassische Sozialpolitik.

Ganz klar ist auch: Nicht die Politik schafft Arbeitsplätze, sondern nur die Wirtschaft. Auch da besteht eine enge Verzahnung. Deswegen müssen wir insbesondere unseren mittelständischen Betrieben, den Handwerkern, den Dienstleistern, den freien Berufen in diesem Land die Luft zum Atmen lassen, und zwar erstens durch eine Vereinfachung des Steuersystems. Viel wichtiger noch als das Thema Steuer-

(Dr. Noll)

sätze ist doch das Thema „Vereinfachung des Steuersystems“.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Es beschäftigt doch gerade die kleinen Unternehmen am allermeisten, dass sie überhaupt nicht mehr überblicken können, was ihnen da bevorsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Deregulierung!)

Das Zweite ist natürlich das Thema Bürokratieabbau.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dies ist wirklich eine Daueraufgabe, denn die überbordende Reglementierungswut stranguliert doch jede Lust, etwas zu unternehmen. Wir brauchen nun einmal mehr Unternehmer statt Unterlasser.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von an klassenkämpferische Neidinstinkte appellierenden Parolen mag man sich zwar kurzfristig Stimmengewinne erhoffen, aber einen Ruck durch diese Gesellschaft werden Sie damit gewiss nicht auslösen.

Wir begrüßen, Herr Ministerpräsident, ausdrücklich alle Modelle, die zu mehr Beschäftigung, vor allem bei den Geringqualifizierten, beitragen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass es allemal besser ist, Beschäftigung zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Wichtig ist für uns, dabei das Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren, diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Mit dem Einstiegsmodell, das wir in Baden-Württemberg begonnen und erprobt haben, haben wir ja durch die Befristung ein deutliches Signal gesetzt, dass es nicht um eine Dauersubvention gehen kann, sondern darum, den Einstieg zu erleichtern. Ich denke, wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, und zwar insbesondere im Dialog mit den Akteuren des ersten Arbeitsmarkts, also den Arbeitgebern und den Gewerkschaften, inwieweit das vom Ministerpräsidenten vorgeschlagene Magdeburger Modell dem Ziel gerecht wird, Menschen in Arbeit zu bringen, ohne sie definitiv vom ersten Arbeitsmarkt auszuschließen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch den gerade eben massiv kritisierten Vorschlag von Günther Oettinger zum Thema Kündigungsschutz – wobei ich manchmal wirklich den Eindruck habe, dass manches nicht so umgesetzt wird, möglicherweise weil es auch nicht so bekannt ist; vielleicht will man es auch gar nicht –

(Abg. Drexler SPD: Wir sagen es doch!)

der darauf abzielt, einmal modellhaft

(Abg. Drexler SPD: Das gibt es doch!)

Barrieren, die zum Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gedacht waren, für einige Jahre befristet auszusetzen, um den Schutzzaun nicht als Barriere für die, die außen vor sind, wirken zu lassen, könnten wir, denke ich, durchaus miteinander umzusetzen versuchen.

(Abg. Zeller SPD: Wenn Sie Beschäftigter wären, dann wüssten Sie, wovon Sie reden!)

Lassen Sie mich zum zweiten Schwerpunkt kommen: Familie, Erziehung, Bildung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben leider wieder in einer Negativstunde erlebt, dass man sich angeblich bestehende unterschiedliche Familienbilder um die Ohren schlug. Natürlich bestehen schon über die Frage, was man unter Familie versteht, unterschiedliche Auffassungen. Wir verstehen unter Familie, dass Kinder und auch ältere Menschen, also Großeltern, und zwar sowohl als Hilfen als auch als Pflegebedürftige, vorhanden sind. Die Familien werden hier immer so stark auf die Mütter konzentriert. Das ist ja richtig. Aber die Väter gehören auch zur Familie. Wir sollten bei all dem, was wir machen, fast „gegendert“ immer daran denken, welche Auswirkungen es bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf Mütter und Väter hat. Denn beide entscheiden letztendlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie haben von Familienarmut geredet, Herr Kollege Mapus. Es ist in der Tat ein Skandal. Da hat sich einiges sehr stark verschoben. Altersarmut ist nicht zuletzt dank Pflegeversicherung usw. tendenziell deutlich gesunken; Familienarmut ist gestiegen. Das ist in der Tat ein Thema, bei dem der Bund die Rahmenbedingungen im Steuer- und Transfersystem ändern muss, um dies endlich zu beseitigen. Ich bin ziemlich optimistisch, wenn man das glauben darf, was alle Parteien im Jahr vor der Bundestagswahl ankündigen, nämlich dass sie eine wesentliche Besserstellung der Familien mit Kindern planen – bei unserem Modell über den hohen Steuerfreibetrag und analog erhöhtes Kindergeld, beim Merz-Modell genauso.

Dann ist es meiner Meinung nach wirklich richtig, dass wir als Land uns nicht im Steuer- und Transfersystem engagieren, sondern uns darauf konzentrieren, was wir den Familien anders – nicht weniger – geben können, und zwar besser und zielgenauer, als wir es vielleicht in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dabei gilt für uns, dass wir alles, was mit Bildung, Betreuung und Erziehung zusammenhängt, nicht wie in der Vergangenheit stark segmentiert – auch nach Ressorts – betrachten wollen. Wir müssen es vielmehr ganzheitlich als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten. Ein kinderfreundliches Land zu schaffen ist in der Tat eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich alle – Land, Kommunen, Betriebe, Universitäten, Forschungseinrichtungen usw. – stellen müssen.

Lassen Sie uns über die Frage der Finanzierung – es wurde kritisiert, dass bisher zur Finanzierung nicht allzu viel Kon-

(Dr. Noll)

krete gesagt wurde – in einen breiten Diskurs mit allen Beteiligten eintreten.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist Grundlage jeder Politik!)

– Natürlich. – Wir haben ein Konzept, mit dem wir in diesen Diskurs gehen wollen, mit einer Umschichtung von Programmen, die möglicherweise früher zielgenau waren, aber heute den Familien nicht mehr das geben, was sie brauchen, und zwar über alle Berufs- und Einkommensschichten hinweg.

Auch für eine Geringqualifizierte ist es wichtiger, ein Betreuungsangebot zu haben, wenn sie nach Hartz IV verpflichtet ist, eine Arbeit zu suchen. Es ist also besser, für Betreuungsmöglichkeiten zu sorgen, damit sie eine Arbeit aufnehmen kann, als ihr 200 € Landeserziehungsgeld zu geben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist ein erheblicher Brocken – über 83 Millionen € pro Jahr –, der zur Finanzierung des Ausbaus in allen Bereichen von Betreuung, Bildung und Erziehung beitragen könnte. Ich weiß wohl, dass es bei diesem Thema noch eines offenen Dialogs und eines zeitlichen Vorlaufs bedarf. Es stimmt mich schon ein bisschen optimistisch, dass alle kommunalen Vertreter, der Landesfrauenrat und vor wenigen Tagen Verbände wie die Caritas, die nicht im Rufe stehen, soziale Schiefagen akzeptieren zu wollen, unsere Argumentation teilen.

Lassen Sie uns gemeinsam darangehen, Modelle zu einem sozial abgefederten Umstieg zu entwerfen – selbstverständlich müssen wir dabei die besonders Schwachen schützen –, um gemeinsam mit allen Beteiligten eine früher richtige Fördermaßnahme zu ändern. Es geht darum, den Familien das Richtige zu geben und ihnen nichts wegzunehmen. All diese Angebote mit Schulden zu finanzieren, Herr Kollege Drexler, wird Ihnen mit uns nicht gelingen. Deswegen fragen wir immer wieder nach der Finanzierung, wenn Sie mehr und mehr fordern.

(Abg. Drexler SPD: Wir wollen doch privatisieren und das Geld einsetzen!)

Denn auf Schuldenbergen können Kinder nun einmal nicht spielen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ausdruck liberalen Staatsverständnisses ist es, für den Vorrang von privater vor staatlicher Aufgabenerledigung einzutreten, wo immer dies sinnvoll möglich und machbar ist. Ministerpräsident Oettinger hat eine Fülle von konkreten Maßnahmen genannt, mit denen dieses Ziel in praktische Politik umgesetzt werden kann.

Im Zuge der ersten Schritte der Justizreform, die zeitgleich mit der Verwaltungsreform umgesetzt wurde, haben wir die Bewährungs- und Gerichtshilfe in einem ersten Schritt modellhaft in zwei Landgerichtsbezirken auf einen freien Träger übertragen. Wir haben uns darauf verständigt, das Amt

des Gerichtsvollziehers in einen privaten Beruf zu überführen. Das ist übrigens gerade für unsere mittelständische Wirtschaft ein wichtiges Thema, weil diese Betriebe darauf angewiesen sind, dass sie nicht nur einen Rechtsanspruch auf die ihnen zustehenden Mittel haben, sondern dieser auch umgesetzt wird. Wir setzen sehr stark auf diese Entwicklung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nächstes konkretes Thema: Wir reden nicht nur über „Privat vor Staat“, sondern haben uns auch darauf verständigt, die neue Justizvollzugsanstalt Offenburg in Teilen – jedenfalls da, wo es nicht um strikt hoheitliche Funktionen geht – von einem privaten Dienstleister betreiben zu lassen. Es steht zu erwarten, dass die zu vergebenden Leistungen ohne jegliche Abstriche bei der Qualität durch einen privaten Betreiber um 10 bis 15 % kostengünstiger erbracht werden können. Auch das ist also ein wenn auch kleiner Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Privatisierung ist kein Selbstzweck, sondern auch ein Beitrag zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Dasselbe Motiv „Vorrang für private Aufgabenerledigung“ wird auch in einer ganzen Reihe weiterer Bereiche verstärkt zur Geltung kommen. Für uns Liberale und auch für meine Fraktion – ich schaue hier die ganze Fraktion einschließlich Wirtschaftsminister an – zentral ist die verabredete Änderung des Gemeindefinanzrechts. Für die Zukunft wird gelten, dass eine kommunale Betätigung im wirtschaftlichen Bereich außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge – gleich, in welcher Rechtsform – nur noch unter den Bedingungen verschärfter Subsidiarität aufgenommen werden darf, also nur dann, wenn ein Privater die Aufgabe nicht gleich gut oder besser erledigen kann.

Vorrang für den örtlichen Mittelstand, für Handwerk und private Dienstleister – das ist ein Riesenschritt voran.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass die Linien natürlich auch innerhalb der einzelnen Fraktionen teilweise unterschiedlich laufen. Manchmal hat man auch den Eindruck, als ginge es hier um eine Auseinandersetzung zwischen den Freunden der Kommunen und den Freunden der Wirtschaft. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer auf kommunaler Ebene das Thema Subsidiarität ernst nimmt – und wir müssen es auf allen Ebenen ernst nehmen –, wer sich klar bewusst ist, dass nicht der Staat wachsen soll, sondern die Wirtschaft wachsen soll, und wer sich bewusst ist, dass man, wenn man dem örtlichen Handwerk und dem Mittelstand direkt Konkurrenz macht, unter der sie leiden müssen, die Basis der Finanzierung des ganzen kommunalen Angebots kaputtmacht, der wird auch als Kommunalfreund verstanden, dass die verstärkte Durchsetzung des Subsidiaritätsgebots durchaus auch im wohlverstandenen kommunalen Interesse liegt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Noll)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir setzen in Zukunft vermehrt auf Public Private Partnership. Wir wollen damit einen Beitrag leisten, die Infrastruktur zügig und kostengünstig zu modernisieren und die Kostenvorteile zu nutzen, die mit privater Erstellung und privatem Betrieb geeigneter Einrichtungen verbunden sind. Wir sorgen damit zugleich für mehr Aufträge für die Bauwirtschaft und das Handwerk; denn die öffentlichen Haushalte werden diese Rückstände in den Investitionen auf Dauer nicht aufholen können. Es geht also nur, indem wir privates Kapital mit ins Boot holen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Deswegen ist PPP für uns zwar ein Fremdwort im direkten Sinne, aber nicht im übertragenen Sinne. Es ist aber auch kein Allheilmittel; auch das muss man einmal ganz klar sagen. Deswegen sollten wir, denke ich, die Chancen in jedem Einzelfall prüfen. Wir werden jetzt gemeinsam – das ist schon eingebracht – ein großes Projekt in Heidelberg angehen. Wir wollen weitere Projekte angehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch einmal den Vorschlag, den ja unser Justizminister erneut in die Debatte gebracht hat, aufgreifen, einmal zu prüfen, ob wir völlig unabhängig von irgendwelchen Vorfestlegungen und irgendwelchen Standortfragen unsere Ministerien und unsere Landesbehörden mit einem solchen Modell vielleicht nachhaltig und dauerhaft günstiger unterbringen könnten, als es derzeit hier in Stuttgart der Fall ist.

Auch deshalb denke ich, dass dieses PPP-Projekt tabulos, sachlich und ohne Schaum vor dem Mund weiter geprüft werden sollte, und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es nicht um Selbstzweck geht, sondern – auch um den Haushalt zu entlasten – eine nachhaltige Lösung gefunden werden muss.

Schließlich: Wir sind uns erfreulicherweise einig darüber, dass wir mittel- und langfristige – Kollege Mappus als ehemaliger Verkehrsminister hat das hier ja auch ganz klar benannt – gar nicht um eine grundsätzlich neue Basis bei Bau und Betrieb von Bundesfernstraßen herumkommen werden. Wir werden die Finanzierung auf ein nutzerbezogenes Modell umstellen müssen – längerfristig die Maut –, und wir werden private Betreibergesellschaften – Blick nach Österreich – brauchen. Nur dieser Weg wird den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zeitnah leisten können.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das ist für unsere Wirtschaft und nicht nur für die Privatleute, die in den Urlaub oder zu Freizeitaktivitäten fahren, ein zentrales Thema.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Klar ist: Wenn wir eine Nutzungsgebühr einführen, muss der, der eine Nutzungsgebühr zahlt, an anderer Stelle entlastet werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ganz klar – das war schon immer unsere Forderung –: Die Kfz-Steuer muss weg!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist übrigens auch ein Beispiel für Entbürokratisierung und einen schlanken Staat.

Auch Herr Leibing hat bei seiner Verabschiedung vor wenigen Tagen dieses als eines der Beispiele genannt, als wäre es neu. Wir fordern das schon sehr lange.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Hört er zu? – Er ist noch ganz im Dienst. Er hört noch zu.

(Heiterkeit)

Natürlich müssen wir auch bei der Mineralölsteuer den Autofahrer entlasten. Denn nur so wird dieser Weg auch Akzeptanz finden. Für mich gilt generell: Wenn wir den Nutzern mehr Geld abverlangen, werden sie dies verstehen, sofern das Geld wirklich sicher zu ihrem Vorteil verwendet wird.

Es ist nachvollziehbar, dass bei dem, was Sie in Berlin ständig machen, nämlich im Verkehrshaushalt Haushaltslöcher zu stopfen – bis hin zum Stopfen von Rentenlöchern durch das Ökosteueraufkommen –, der Autofahrer wirklich verdrießlich wird und sagt: „Ich bin die Melkkuh der Nation.“

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir wollen dadurch, dass wir den Verkehrsbereich ein Stück weit staatsfern über Betreibergesellschaften finanzieren, sicherstellen, dass die notwendigen Investitionen durch den Nutzer finanziert werden und er sicher sein kann, dass er nicht abgezockt wird und dass nicht draufgesattelt wird. Vielmehr ist tatsächlich im Sinne des Nutzers eine Verbesserung zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, all dies – verschärftes Subsidiaritätsgebot im Gemeindefinanzierungsrecht, freiberufliche Gerichtsvollzieher, teilprivatisierter Betrieb einer Justizvollzugsanstalt, Nutzung der Chancen von Public Private Partnership, Neuordnung der Finanzierung des Betriebs des Bundesfernstraßennetzes – sind Bestandteile ein und desselben strategischen Ansatzes: Vorrang für private Aufgabenerledigung, wo immer es sinnvoll und möglich ist. Oder in Kurzform: weniger Staat, mehr privat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Gegenruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei allen Forderungen nach einem schlanken Staat bekennen wir uns zu einem starken Staat, der seine Kernaufgaben zu erledigen hat. Es ist doch eine Binsenweisheit: Nicht der fette Staat, der immer mehr an sich zieht, ist ein fitter Staat, sondern der Staat, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt werden Sie doch mal konkret!)

(Dr. Noll)

Zu einer solchen Kernaufgabe gehört für uns die Aufgabe des Staates, Bildungschancen zu eröffnen und dabei Chancengleichheit zu gewährleisten. In der Tat ist es ein wichtiges Motiv, dass die Chancen am Start nicht verbaut werden dürfen.

Wenn ich einmal im Vorgriff auf das Thema Studiengebühren kommen darf: Herr Kollege Drexler, Sie sollten schon einmal überlegen, wo der wahre soziale Numerus clausus derzeit liegt.

(Abg. Mappus CDU: So ist es!)

Der greift nämlich schon dann, wenn ein Kind, das eingeschult wird, dem Unterricht nicht folgen kann, weil es nicht ausreichend Deutsch versteht.

(Abg. Drexler SPD: Warum haben Sie denn fünf Jahre lang Deutschkurse abgelehnt? Das ist das Tollste! Seit fünf Jahren lehnen Sie das ab!)

Also hat es doch wesentlich mehr Sinn, uns diesen Aufgaben zuzuwenden.

Trotzdem gelten auch in der Bildung die Prinzipien der Pluralität, um ein Wahlrecht der Eltern zu gewährleisten, und die Prinzipien der Subsidiarität. Schulen in freier Trägerschaft sind für uns nicht nur eine willkommene Ergänzung des öffentlichen Schulwesens, sondern stellen zugleich auch eine Herausforderung und einen Innovationsanreiz an das staatliche System dar.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Geben Sie ihnen das Geld, das sie zu Recht bekommen müssen!)

Sie fördern den Wettbewerb im Schulwesen, sie tragen zur Wahlfreiheit bei. Schulen in freier Trägerschaft sind aber in der Tat auf eine faire und angemessene Finanzierung angewiesen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Deswegen haben Sie den Gesetzentwurf abgelehnt!)

Die Koalition hat schon im Laufe des letzten Jahres in Aussicht gestellt, das bisherige Zuschussmodell baldmöglichst durch das so genannte Bruttokostenmodell abzulösen

(Abg. Rust SPD: Vier Jahre!)

und die Landeszuschüsse nach dem neuen Modell schrittweise

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie abgelehnt!)

auf einen Wert von 80 % der Kosten eines Schülers einer öffentlichen Schule anzuheben.

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie abgelehnt! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Jedes Jahr versprechen Sie das, und das wird nicht gemacht!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die neue Regelung – lange versprochen, lange besprochen, von vielen, wie Ihnen, bisher immer wieder angezweifelt – kommt jetzt. Der Herr Ministerpräsident hat es gesagt: Noch in diesem Jahr werden wir das Bruttokostenmodell im Privatschulgesetz verankern. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie haben es abgelehnt! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ihren Antrag! Ja, natürlich!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Drexler, haben die Verbände, die Vertreter der privaten Schulen durchaus erkannt, welche wesentliche Brisanz unabhängig von der tatsächlichen Mittelausstattung des Haushalts die Einführung dieses Bruttokostenmodells beinhaltet. Ich glaube, Sie werden verstehen, dass wir damit einen Riesenschritt zugunsten einer verstärkten Förderung der Privatschulen hier in diesem Land machen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir haben doch einen Gesetzentwurf hier zur Abstimmung gestellt! Den haben Sie doch abgelehnt! – Abg. Fischer SPD: Sie waren doch auch dabei!)

Im Bereich der Kinderbetreuung verlangen die Grundsätze der Pluralität und der Subsidiarität die gleichberechtigte Beteiligung freier Träger, der großen wie der kleinen Träger: kirchliche Einrichtungen, Waldorfkindergärten, Elterninitiativen, Waldkindergärten, vor allem auch betriebliche Einrichtungen. Wir haben mit der letzten Novelle des Kindergartengesetzes unser Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung dokumentiert. Wir haben da Konnexität ernst genommen, denn wir haben Aufgabe und Geld in die Hand ein und derselben Ebene gegeben.

Wir erwarten in der Tat – wir haben das wiederholt gesagt – Fairness im Umgang mit den freien Trägern auch und gerade bei der Aufstellung von Bedarfsplanungen. Wir waren bisher der Meinung, dass die kommunale Selbstverwaltung es schaffen wird, auch bei der Finanzierung von Gemeindegrenzen überschreitenden Einrichtungen zu Lösungen zu kommen, die diese nicht krass benachteiligen. Wenn es nicht gelingt – ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er das, was Kollege Haas und ich als Mitglieder des Sozialausschusses immer wieder angedeutet haben, angesprochen hat –, dass die kommunale Familie, so sage ich jetzt einmal, untereinander zu Vereinbarungen kommt, die dieses Problem zufriedenstellend lösen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Ich schreibe gerade eine Petition!)

dann – so hat der Ministerpräsident angekündigt – wollen wir uns vorbehalten, auch gesetzlich nachzujustieren, etwa im Sinne eines Vorwegabzugs oder wie auch immer. Der Kollege Haas weist zu Recht darauf hin – das Papier ist fast noch so frisch, dass man sich die Finger tintig macht –:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Der schreibt mit Kugelschreiber, nicht mit Tinte!)

Zwischen den Trägern und den kommunalen Verbänden ist eine Vereinbarung getroffen worden, von der wir hoffen, dass unser Appell jetzt wirklich gefruchtet hat.

Aber wenn ein Stadtoberhaupt einer sehr großen Stadt sehr plakativ sagt: „Uns interessieren keine Kinder, die von außerhalb kommen, die ihren Wohnort nicht in Stuttgart haben, deren Eltern aber hier arbeiten“, dann ist das in einer solchen Diskussion nicht sonderlich hilfreich. Ich vermute

(Dr. Noll)

einmal, dass man überhaupt noch nicht mit den Entsendekommunen Kontakt aufgenommen und die Frage erörtert hat, ob man an dieser Stelle eventuell einen Finanzausgleich machen könnte, wie es die Vereinbarung vorsieht.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wer ist das? – Abg. Alfred Haas CDU: Der kriegt gerade eine passende Antwort!)

Von daher sind wir optimistisch, behalten uns aber vor, die Entwicklung selbstverständlich weiterzuverfolgen und entsprechend zu reagieren.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Bildung, Erziehung und Betreuung sowohl qualitativ als auch quantitativ auszubauen ist in der Tat eine unserer Hauptaufgaben, wenn nicht die Hauptaufgabe. Es ist vernünftig und richtig, den Bildungsauftrag der Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich zu stärken.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dies findet nun seinen Niederschlag in der gemeinsam verabredeten neuen Zuordnung der Kinderbetreuung in die Zuständigkeit des Kultusministeriums.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir begrüßen sehr, dass dieser Vorschlag jetzt umgesetzt wird. Ich weiß wohl, dass eine Umressortierung nicht zwingend alles besser macht. Aber ich glaube, damit setzen wir ein klares Signal: Der Kindergarten ist Ort der Erziehung, der Betreuung

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Und der Bildung!)

und der Bildung. Da setzen wir wissenschaftliche Erkenntnisse über die Plastizität des Gehirns, über die Lernfähigkeit und die Neugier kleiner Kinder auch und gerade im Vorschulalter konkret um. Dem wird auch dienen – dabei brauchen wir gar nicht Ihre Nachhilfe –,

(Zuruf des Abg. Sakellariou SPD)

dass wir gemeinsam einen Orientierungsplan entwickeln werden, der sich an diesen neuen Erkenntnissen orientiert.

(Abg. Drexler SPD: Wann denn?)

– Der Kollege Oettinger hat, glaube ich, für September die abschließende Vorlage dieses gemeinsamen Plans angekündigt.

(Abg. Wintruff SPD: Das hat lange gedauert! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Ich denke, wenn wir solche neuen Modelle diskutieren und neue Aufgaben definieren, dann sind wir als Land gut beraten, nicht schlechten Beispielen zu folgen, sich als Gesetzgeber in Dinge einzumischen und Vorgaben zu machen und zu sagen, wie es zu laufen hat, aber zur Finanzierung überhaupt nichts zu sagen. Deswegen glaube ich, dass es ein guter Vorschlag ist, dass wir an dieser Stelle zu einem Pakt mit den Kommunen kommen müssen. Ich unterstütze dieses

Vorhaben mit Nachdruck, denn es wäre auch beispielhaft für einen neuen Stil im Verhältnis des Landes zu den kommunalen Landesverbänden.

Ich denke, es lohnt sich, über die Vorschläge nachzudenken, die auf dem Tisch liegen. Es sind Vorschläge – ich sage dies, um kein Missverständnis zu provozieren –, die keine sachliche Entflechtung, sondern eine klarere finanzielle Zuordnung zwischen den unterschiedlichen Ebenen – Land und Kommunen – zum Ziel haben, um dieses ewige Schwarzer-Peter-Spiel – wer ist für was zuständig? – zu beenden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es geht darum, dieses ewige Warten zu beenden, wie der Landeshaushaltsgesetzgeber entscheidet, um zu erfahren, ob diese oder jene Maßnahme weitergeführt werden kann.

(Abg. Drexler SPD: Dann trennen Sie es doch!)

Wir wollen da zu einem Pakt kommen, in dem wir verlässlich festlegen, wer zuständig ist. Ich glaube, wir könnten das in der Tat an der Grenze ansetzen: Alles, was Vorschule ist, was also vor dem Schuleintritt ist, ist kommunale Sache, und alles, was ab dem Schuleintritt beginnt, ist Landessache.

(Abg. Drexler SPD: Das will der Ministerpräsident nicht!)

Von daher brauchen wir die Dialogbereitschaft mit allen Beteiligten. Das muss man natürlich einmal konkret überprüfen. Da ist auch unter den kommunalen Gremien zunächst einmal keine Einstimmigkeit vorhanden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Denn jeder rechnet natürlich nach. Das ist doch überhaupt keine Frage. Aber bevor wir rechnen, müssen wir uns erst einmal über die Prinzipien klar werden, damit man dann nachhaltig und klar nachvollziehbar sagen kann: So ist die Finanzierung geregelt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Flexibilisierung des Einschulungsalters ist ebenfalls nichts Neues. Frau Ministerin Schavan hat eine stärkere Vernetzung zwischen Kindergarten und Schule bereits weitgehend umgesetzt, um damit von der starren Sechs-Jahres-Grenze wegzukommen und ein Stück weit das Einschulungsalter zu senken. Dadurch werden übrigens die Kommunen, wenn sie durch die Betreuung von Kindern im Alter zwischen fünf und sechs Jahren quantitativ weniger belastet werden, natürlich für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren die Spielräume bekommen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

die es ihnen ermöglichen, den Ausbau der gewünschten Betreuungsmaßnahmen zu bewerkstelligen. Hinzu kommt natürlich der bedauerliche Rückgang der Kinderzahlen aufgrund demografischer Entwicklungen.

(Dr. Noll)

Ich meine deshalb, dass die Mittel, die wir als Land derzeit den Kommunen pauschal zur Verfügung stellen, die knapp 400 Millionen € pro Jahr, für diese Aufgabenerfüllung ausreichen werden.

Lassen Sie mich nun dazu kommen, wie wir nach unserer Vorstellung als Land vorgehen sollten. Ich habe ja bereits gesagt: Wir wollen nicht die sachliche Entflechtung zwischen kommunalem Schulträger und dem Land als der Institution, die gemeinsam Standards, Ziele festzusetzen hat, sondern der Weg, wie man dieses Ziel zu erreichen hat, soll subsidiär von unten wachsen. Das ist das Entscheidende. Meiner Meinung nach sollten wir in einem flexiblen, unbürokratischen Modell die Schulen statt mit Lehrerstellen mit Budgets ausstatten.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben den Antrag abgelehnt!
Das ist eine Binsenweisheit!)

Ich habe mit Freude vernommen, dass Frau Schavan gestern in der IZBB-Debatte genau darauf hingewiesen hat. Zurückgehende Schülerzahlen heißen nicht zwingend, dass wir die Ganztagschulen sozusagen über Deputate bedienen müssten, sondern wir könnten uns durchaus vorstellen, statt Deputaten Mittel zu geben. Das hätte mehrere Vorteile.

(Abg. Drexler SPD: Warum haben Sie das dann abgelehnt?)

Dann könnte vor Ort entschieden werden, was man benötigt. Selbstverständlich wird dann auch die Frage, ob tatsächlich pädagogisches Personal benötigt wird, vor dem Hintergrund des vorhandenen Budgets zu beantworten sein. Pädagogisches Personal wird in einigen Fällen notwendig sein.

(Abg. Drexler SPD: Vor drei Monaten abgelehnt!)

In den so genannten Brennpunktschulen haben wir das ja gemacht. Aber wir wollen beides. Wir wollen die gebundenen, die teilgebundenen und die offenen Ganztagschulen. An dieser Stelle bieten wir die Chance, dass Schule eigenverantwortlich handelt, dass sie sich auch gegenüber dem Ehrenamt öffnet. Herr Kollege Oettinger hat die Themen ja genannt. Ich möchte das noch erweitern, und zwar auch auf diejenigen, die nicht zwingend in einem der genannten Verbände oder Vereine engagiert sind. Denn wir wissen ganz genau, dass es gerade unter den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern viele gibt, die leider vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden, aber durchaus qualifiziert und in der Lage wären, Aufgaben in der Ganztagsbetreuung und Hausaufgabenbetreuung in bestimmten Bereichen zu übernehmen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Es gibt übrigens auch in der Opposition vernünftige Leute, die sagen:

(Abg. Fischer SPD: Da gibt es nur Vernünftige!)

Es macht durchaus Sinn, dass wir qualifizierte Ehrenamtliche in die neuen Modelle mit einbeziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Aber doch nicht nur! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, jetzt nicht. Ich möchte das Modell vollständig vorstellen.

Wenn wir zu einem solchen Modell kommen, bei dem die Kommune ein Kristallisationspunkt ist, der über das Bürgerbüro ehrenamtlich Engagierte über die Sportvereine, die Kirchen usw. zusammenführt, dann sind wir an dem Punkt, zu dem wir schon lange wollten. Wir brauchen nicht nur Pädagogen, sondern Schulmanager oder Schulassistenten, die mit diesem Budget so umgehen, dass es einerseits für qualitativ gute Angebote und andererseits wirtschaftlich genutzt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz
CDU)

Solche Budgets festzusetzen ist wiederum eine Aufgabe, die wir, Land und Kommunen, gemeinsam zu leisten haben. Das ist ganz klar. Die die Kosten nicht voll deckende Förderung des Landes für Betreuungsangebote vor und nach der verlässlichen Grundschule, für Nachmittagsbetreuung an den Hauptschulen und für die leider auslaufende Schulsozialarbeit

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie doch gestrichen! – Weitere Zurufe von der SPD)

muss sich in diesen Budgets wiederfinden. So könnte eine echte Entflechtung aussehen. Was spricht dagegen, dass wir genau das, was wir im Rahmen der Föderalismusdebatte für das Verhältnis von Bund und Ländern eingefordert haben, auch auf das Verhältnis von Land und Kommunen anwenden, nämlich das Prinzip der Konnexität – wer bestellt, bezahlt – einhalten? Es ist klar: Wer neue Leistungen will, muss auch neues Geld liefern.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Föderalismus sagen. Herr Kollege Drexler, wenn ich es richtig gehört habe, reden Sie immer von „Förderalismus“. Das ist eigentlich eine schöne Freud'sche Fehlleistung.

(Abg. Fischer SPD: Aber Sie wissen, was er meint!)

Wir verstehen unter Föderalismus nicht vorrangig die Frage „Wer fördert wen?“, sondern wir verstehen Föderalismus als Wettbewerbsföderalismus.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir werden also das Angebot an Ganztagschulen entgegen allen Behauptungen weiter ausbauen. Übrigens müsste die heutige Opposition schon wissen, dass unter ihrer Regierungsbeteiligung da überhaupt nichts passiert ist. Wir sind seit 1996 an der Regierung beteiligt.

(Abg. Drexler SPD: Gar nichts ist passiert! Sie haben es abgelehnt!)

Wir haben die Zahl der Ganztagschulen erhöht und zusätzliche Deputate geschaffen – übrigens nicht nur in Sonderschulen, wie Sie immer behaupten.

(Dr. Noll)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Für uns geht es in der Tat um einen anderen Typ. Wir brauchen alles: gebundene, teilgebundene, offene Formen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja! Macht es doch! Ihr seid doch an der Regierung! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir brauchen dazu die Kommunen, denn nur sie können letztlich zusammen mit uns dies auch finanziell nachhaltig umsetzen. Im Gegensatz dazu stehen die Strohfeuermodelle,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

bei denen man einmal irgendwo etwas gibt, sagt: „Das könnt ihr ja gar nicht verweigern, wenn irgendjemand Geld gibt“, aber sich dann überhaupt nicht darum kümmert, wie das Ganze anschließend weitergeht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie sind ein schöner Föderalist! Mein lieber Scholli! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Das Geld hätte der Bund den Kommunen auf anderem Weg nicht gezahlt.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Sie haben keine Ahnung von der Verfassung!)

Wenn Sie den Kommunen die erforderliche Finanzbasis geschaffen hätten – es ist ihre originäre Aufgabe, Bildung und Betreuung zu ermöglichen –, müssten Sie nicht mit solchen Strohfeuermodellen kommen, bei denen die Enttäuschung leider vorprogrammiert ist.

(Abg. Drexler SPD: Beim Zahnarzt auf die Verfassung hinweisen! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Lassen Sie mich einmal fortfahren, sonst wird es zu lang.

Investitionen in Bildung und Wissenschaft stehen für die Sicherung und Gestaltung der Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn die Dynamik der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und die Verschärfung des globalen Wettbewerbs erhöhen beständig die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft, Forschung und Entwicklung gerade auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und damit letztlich für die Zukunftschancen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Dass Baden-Württemberg im nationalen Bereich zu den führenden Forschungs- und Technologiestandorten gehört, das, glaube ich, bestreitet hier niemand.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

In Ihre Richtung sage ich übrigens auch einmal: Das von der Bundesregierung propagierte und von Verbänden sehr gelobte Ziel, mittelfristig anzustreben, dass 3 % des Inlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, haben wir in Baden-Württemberg längst übertroffen. Wirtschaft und öffentliche Hand gemeinsam liegen bei 3,9 %. Das ist Spitze, kann aber kein Ruhekitzel sein.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Warum sind Sie gegen das Modell der Eliteuniversität? – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Weil wir nur Eliteuniversitäten haben!)

Von Ihnen wird immer wieder die Landesstiftung stark kritisiert. Wir konnten mit den Zukunftsoffensiven knapp 1,6 Milliarden € im Wesentlichen für Bildung, Wissenschaft, Forschung investieren. Wir setzen dies mit der Zukunftsoffensive IV fort.

Ich komme zu dem, was Sie zu Recht angemahnt haben: Wir wollen auch die Substanz erhalten.

(Abg. Drexler SPD: Badewanne raus! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dusche rein!)

Deshalb komme ich auf den nächsten zentralen Punkt für uns zu sprechen: Als das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass die Bundesländer Studiengebühren erheben können und dass dies rechtmäßig ist, war hier in diesem hohen Haus nicht überall ganz klar, wie offensiv oder defensiv man mit diesem Thema umgehen sollte. Dass Sie von der Opposition hierbei einen Zickzackkurs – je nach Lage – fahren, ist uns seit langem bekannt.

(Abg. Drexler SPD: Sie gehen halt bloß von Ihrem Parteiprogramm aus! Sie lernen nichts!)

Aber wir sind gemeinsam der Meinung, dass wir – da bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er einen konkreten Zeitpunkt genannt hat – wohl im September dieses Jahres der Öffentlichkeit tatsächlich einmal im Detail präsentieren wollen, wie diese Studiengebühren aussehen sollen, damit das dumme Geschwätz vom sozialen Numerus clausus aufhört,

(Abg. Fischer SPD: Das hättet ihr doch schon lange machen können!)

damit die Menschen verstehen: Es ist nachvollziehbar, dass nicht eine Sekretärin über ihre Steuern und Abgaben die Ausbildung eines künftigen Chefarztes mitfinanziert.

(Zurufe der Abg. Kretschmann GRÜNE sowie Drexler und Fischer SPD)

Vielmehr werden die Akademiker, die statistisch tatsächlich eine bessere Einkommenssituation und übrigens auch geringere Arbeitslosigkeitsrisiken haben, ein Stück weit stärker beteiligt. Klare Maßgabe: nachlaufende Gebühren, damit niemand von einem Studium abgehalten wird.

(Abg. Drexler SPD: Darauf werden wir achten! Österreich lässt grüßen!)

(Dr. Noll)

Wir werden auch die konkreten Zahlen nennen, damit Sie einmal sehen, ob die Zahlen tatsächlich so aussehen, wie Sie sie immer an die Wand malen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch das wird Thema sein: Das Geld muss definitiv und nachvollziehbar zu Verbesserungen führen. Deswegen sind uns auch die Vertragsbeziehungen zwischen Studenten und Universitäten wichtig. Dieses wird klar sein. Das Geld muss sich auch für die Studentinnen und Studenten auszahlen, indem sie sehen, dass sie eine bessere Ausstattung und insbesondere bessere Lernbedingungen und eine bessere Lehre bekommen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dann, glaube ich, werden wir die Diskussionen mit Ihnen, die wir im Wahlkampf sicherlich zu erwarten haben,

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

glänzend bestehen. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Man muss das doch machen, bevor man den Vorschlag macht!)

Wir werden übrigens im Jahr 2006 den Nachfolgepakt des Solidarpakts verabschieden müssen. Auch da werden wir – jetzt ist Frau Bregenzer nicht da, die das immer hämisch infrage stellt –

(Abg. Fischer SPD: Was?)

beweisen, dass wir die Studiengebühren nicht dazu nutzen werden,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben sie ja schon vorher kassiert! Sie haben ja 120 Millionen € vorher kassiert! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

die staatliche Finanzierung zurückzufahren. Sie können also ganz gelassen abwarten.

Beim Thema Studiengebühren könnten Sie übrigens gerade im Zusammenhang mit dem Stichwort Föderalismus Ihre Kollegen in Berlin darauf hinweisen, dass man endlich einmal begreifen sollte, dass man es nicht immer erst auf Klagen, bis hin zum Länderfinanzausgleich, ankommen lassen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann würde man möglicherweise auch im Föderalismusstreit eher zu einer Einigung kommen.

(Abg. Drexler SPD: Der Bund ist doch gar nicht das Problem!)

Wir meinen zwar: Lieber kein Ergebnis als ein schlechtes Ergebnis, aber selbstverständlich sind wir zur Föderalismusreform bereit, wenn das Prinzip der klaren Aufgabentrennung und Finanzierungsverantwortung gewahrt bleibt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie wollten doch eine neue Kommission einsetzen!)

Ich will nicht alle Themen der Regierungserklärung ansprechen. Zu denjenigen, die ich nicht anspreche, gibt es überhaupt nichts weiter zu sagen, weil sie so richtig waren, dass wir hierzu überhaupt nicht Stellung nehmen müssen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sagen Sie doch einmal etwas zur Strafrechtsverschärfung! Wie beurteilen Sie dieses Thema? Das ist doch richtig liberal, Jugendliche wegzusperren!)

– Nein, nix „wegsperrern“. Wenn Sie wünschen, sage ich auch hierzu noch etwas.

Ich darf Ihnen auch noch sagen, dass wir natürlich mit großer Freude zur Kenntnis genommen haben, dass Günther Oettinger das Gewicht des Landes im Bund deutlich stärker zur Geltung bringen will.

(Abg. Drexler SPD: Wieso? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Soll das bedeuten, dass das von seinem Vorgänger nicht gemacht wurde?)

– Die Union tut, glaube ich, gut daran, dass sie in bestimmten Bereichen Köpfe hat, die klar erkennbar, auch im Blick auf das Jahr 2006, ordnungspolitische Linien vertreten,

(Abg. Drexler SPD: Das können Sie Herrn Teufel ja wohl nicht vorwerfen, dass er das nicht gemacht hätte!)

die im Wesentlichen 1 : 1 mit liberalen Vorstellungen übereinstimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen können wir uns da den Forderungen „Rahmenbedingungen durch Deregulierung und Entbürokratisierung“, „Abkopplung der sozialen Sicherungssysteme von den Kosten der Arbeit“, „Abmilderung der demografiebedingten Folgen durch Kapitaldeckung“, „Eigenverantwortung der Bürger und ihre Bereitschaft, selbst Vorsorge zu treffen, nachhaltig stärken“ anschließen, und übrigens – jetzt kommt der wichtige Nachsatz – auch der Forderung, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Eigenvorsorge dadurch überhaupt erst zu schaffen, dass wir ihnen netto mehr vom Bruttogehalt in der Tasche lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Irgendjemand muss es aber doch bezahlen!)

Ziel muss doch ein Steuersystem sein, bei dem im Endeffekt lieber geringere Sätze von einem höheren Volumen als hohe Sätze von praktisch nichts gezahlt werden. Das, glaube ich, wird der richtige Weg sein.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber das gibt nicht mehr netto! Da haben Sie etwas verwechselt! – Abg. Drexler SPD: Das gibt nicht mehr netto! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Da liegen die Konzepte von CDU und FDP/DVP auf dem Tisch, und ich bin sehr sicher, dass wir da gemeinsam einen Weg gehen werden, weil wir uns eben nicht auf eine Gesellschaft einlassen werden, die sich letztendlich im Verwalten und Verteilen des Mangels erschöpft.

(Unruhe)

(Dr. Noll)

Die Energiepolitik hat ja gestern hier einen breiten Raum eingenommen. Deswegen darf ich vielleicht einfach noch einmal wenige Sätze hierzu sagen. Klar verlaufen hier die Trennlinien – übrigens auch auf Bundesebene.

Der Kollege Hofer hat das gestern aus meiner Sicht auf den Punkt gebracht: Wenn man regenerative Energien will – und wir wollen dies;

(Abg. Drexler SPD: Wo denn? Wo machen Sie es denn? Lauter Sprüche!)

der Wirtschaftsminister hat das gestern doch lang und breit erklärt –, dann muss klar sein,

(Abg. Drexler SPD: Wo?)

dass die Investitionen von den Energieversorgungsunternehmen getätigt werden müssen.

Noch eine Klarstellung: Wenn man Volksvermögen in Milliardenhöhe durch diesen Ausstieg und die fehlende Bereitschaft, die Laufzeiten zu verlängern, vernichtet

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Volksvermögen? Sie meinen wohl VEBs! Wir sind aber doch nicht in der DDR, da gab es VEBs! Die EnBW ist kein VEB!)

– dann sage ich eben „volkswirtschaftliches Vermögen“, wenn Sie das so griffelspitzerisch sehen wollen –, wenn man diesen Unternehmen nicht finanziell und übrigens auch nicht zeitlich die Luft lässt, wird man die Umsetzung und die Finanzierung dieses neuen Verhältnisses in diesem Mix, bei dem wir die stärkere Nutzung der regenerativen Energien sehr wohl wollen,

(Abg. Drexler SPD: Das glauben aber auch bloß Sie!)

nicht hinbekommen. Deshalb sollte man da völlig unideologisch einfach einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Und Sie haben wohl gerade nicht ideologisch gesprochen! – Abg. Fischer SPD: Man muss es nur wollen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer von den Zukunftschancen des Landes, vor allem der jungen Generation, redet, darf beim Thema Haushalt nicht schweigen. Das ist in der Tat so.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt sind wir aber gespannt!)

Die grundlegende Konsolidierung des Haushalts ist ebenso Zukunftsgestaltung wie eine den Anforderungen der Zukunft Rechnung tragende Ausgestaltung von Bildung und Betreuung. Verantwortung für die junge Generation verlangt Investitionen in Bildung und Wissenschaft, verlangt aber genauso, dass wir der kommenden Generation einen Staatshaushalt hinterlassen, der ihr noch eigenständige Handlungsspielräume gibt und sie nicht nur mit dem Abarbeiten der Lasten der Vergangenheit beschäftigt. Wir bleiben – der Ministerpräsident hat es gesagt – bei dem Ziel einer Nettoneuverschuldung von null.

Auf der Einnahmeseite sind wir übrigens – das haben wir seit 2001 schmerzlich erfahren müssen – in hohem Maße von bundespolitischen Regelungen und von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Deswegen wäre es aus meiner Sicht im Moment nicht vernünftig, ein Datum dafür zu nennen, weil wir ja nicht wissen, ob wir 2006 durch eine neue Regierung in Berlin tatsächlich neuen Schwung hinbekommen und damit die Einnahmesituation verbessern.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass es ohne Wachstum nicht gehen wird, aber Wachstum ist nicht alles.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! Das ist richtig!)

Wir haben strukturelle Defizite, denen wir uns stellen müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! Das ist richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Okay! Das war's jetzt!)

Da gibt es selbstverständlich Beispiele – ein paar habe ich schon genannt –, wo wir uns als Staat bei der Aufgabenerfüllung zurücknehmen könnten – ganz konkret: Justizvollzugsanstalten, Gerichtsvollzieher und, und, und.

(Abg. Drexler SPD: Bei Gerichtsvollziehern sind wir nicht dafür! Staatliche Gewalt privatisieren wir nicht!)

– Okay, diese Diskussion müssen wir führen.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich! Wollen Sie auch noch die Polizei privatisieren?)

– Sehen Sie, genau so ist das: Jeder sagt, der Staat müsse auf die Erfüllung seiner Kernaufgaben zurückgebaut werden, und schon kommt der Erste und hat Einwände. So war das immer: „Wir lassen alles beim Alten.“ So wird das eben nicht gehen, sondern wir werden die angemahnte Aufgabenkritik in der Tat fortsetzen müssen. Einiges haben wir schon umgesetzt, aber wir werden sie fortsetzen müssen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich sage deutlich: Wir haben im Bereich der allgemeinen Verwaltung massiv Arbeitsplätze abgebaut. In prioritären Bereichen, nämlich Polizei, Justiz und Bildung, haben wir aber auch wieder Stellen draufgesattelt – im Konsens mit Ihnen, das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Drexler SPD: Bei der Polizei doch nicht! – Abg. Fischer SPD: Bei der Polizei? Wo denn?)

Eines ist für mich klar: Über die Frage, wie wir die Personalkosten und die damit verbundenen Pensionslasten in den Griff bekommen können, wird es weiterhin tabufreie Gespräche geben müssen, die aber wirklich nicht bedeuten können, dass man ständig mit Sonderopfern an irgendwelchen Stellen kommt. Man muss einmal ein klares Konzept vorlegen,

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie?)

(Dr. Noll)

das da heißt: Ein schlanker Staat braucht weniger Staatsdiener, und er braucht trotzdem und gerade dann gute. Das heißt, wir müssen einmal das Einkommen über das gesamte Leben hinweg betrachten. Erste positive Schritte wurden in den Verhandlungen zwischen dem Beamtenbund, ver.di und dem Innenminister schon gemacht.

(Abg. Drexler SPD: Die Landesregierung in Baden-Württemberg will das aber nicht!)

Ich glaube, wir sind gut beraten – nach der Maßgabe, die auch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung als Voraussetzung genannt hat –, im Dialog mit den Betroffenen zu bleiben. Die Betroffenen bleiben übrigens auch diejenigen, die die Aufgaben zu erledigen haben, und sie wissen, was die Aufgabenkritik betrifft, normalerweise am besten, welche Aufgaben vielleicht verzichtbar sind.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie sind dem Abschluss aber nicht beigetreten!)

Dann muss ständig geprüft werden, ob die erbrachten Leistungen nicht effizienter, kostengünstiger und bürgernäher erbracht werden können – selbstverständlich immer mit angemessener Finanzausstattung, wenn man nach unten delegiert.

Auch muss bei etlichen Leistungen geprüft werden, ob ihnen noch die Bedeutung zukommt, die man ihnen bei ihrer Einführung beigemessen hat, oder ob manche Leistungen nicht einfach entfallen können. Ich darf hier angesichts der vorhin angesprochenen Altersarmut und Kinderarmut auch noch einmal darauf hinweisen: Wir haben ein Pflegeheiminvestitionsförderprogramm,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

von dem uns alle Akteure am Markt sagen – auch die kommunalen; die Mittel kommen ja aus dem KIF –:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

„Dieses Programm ist mittelfristig verzichtbar. Der Markt hat das geregelt und wird das regeln.“ Von daher wird das keine originäre Aufgabe mehr sein. Nur so geht es: alte Programme, die einmal ihre Berechtigung hatten, tabulos auf den Prüfstand zu stellen und nicht immer mehr zu fordern, sondern bereit zu sein, auch ein Stück weit umzuschichten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Selbstverständlich ist es – übrigens in allen Bereichen – allemal besser, wenn Aufgaben privat erledigt werden können, weil das für den Staat immer kostengünstiger stattfindet.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist auch eine reine Ideologie und Marktradikalismus!)

Bei manchem, was wir mit der Verwaltungsreform auf den Weg gebracht haben, sind wir noch lange nicht am Ende; da wird man möglicherweise nachregulieren müssen. Aber es war ein erster Schritt. Ich denke, wir müssen uns auch beim Haushaltswirtschaftsrecht überlegen, ob wir nicht generell

zu einer Lösung kommen können. In der Ferne steht das Ziel, eine Generationenbilanz aufstellen zu können,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

in der Lasten der Zukunft auftauchen, in der aber auch Vermögen, das geschaffen worden ist, auftaucht. Mit einer solchen Generationenbilanz könnte ein Zwang zum Betreiben einer nachhaltigen Finanzpolitik ausgeübt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ministerpräsident Oettinger hat das Bild einer aktiven Bürgergesellschaft skizziert, das im Wesentlichen der liberalen Sicht einer aktiven liberalen Bürgergesellschaft entspricht, die von der aktiven Teilnahme, dem Einmischen der Menschen lebt, und zwar auf allen Ebenen.

Ich darf schon noch einmal daran erinnern, dass das Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften derzeit im Geschäftsgang ist. Das heißt, wer mehr Mitwirkung einfordert, muss auch mehr Mitsprache ermöglichen. Darum bin ich sehr froh – das war noch vor der Regierungsumbildung –, dass wir übereingekommen sind, die Quoren abzusenken.

(Abg. Fischer SPD: Das hat aber auch Zeit gebraucht!)

Es gibt ein jüngstes Beispiel – Landesgartenschau –, bei dem es wieder am Quorum gescheitert ist. Wir werden den Positivkatalog streichen.

Lassen Sie mich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu dem Thema „Innere Sicherheit, Polizei und Justiz“ nur wenig sagen, weil es nichts hinzuzufügen gibt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Am besten schweigen Sie darüber! Da haben Sie ja die CDU rechts überholt!)

Das sind die zwei Seiten derselben Medaille: Polizei und Justiz sind diejenigen, die für die innere Sicherheit, für die Freiheit vom Staat, aber auch für die Freiheit durch den Staat zu sorgen haben. Das möchte ich mit Hilfe zweier Beispiele konkretisieren.

Selbstverständlich kann man neuere wissenschaftliche Methoden, Erkenntnisse nicht einfach ignorieren. So sind wir der Meinung, dass wir die Möglichkeiten der DNA-Datensätze ausweiten und nutzen müssen, insbesondere wenn es sich um Mehrfachtäter handelt. Es gibt kriminologische Untersuchungen, die zeigen, dass mehreren leichteren Taten, nicht so schweren Taten, irgendwann dann doch die schwere Tat folgt.

Warum ist dann Rot-Grün in Berlin so zögerlich – uns haben Sie an Ihrer Seite –, wenn es darum geht, dazu einen Gesetzentwurf vorzulegen, der auch Mehrfachtäter erfasst?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: DNA-Test für Steuerehinterzieher, oder was?)

Die völlige Gleichstellung mit dem Fingerabdruck lehnen wir ab, weil das letztendlich der Sache nicht dient. Wir möchten jetzt konkret ein Stück weiterkommen.

(Dr. Noll)

Das zweite Beispiel – da dürfen sich die Grünen als die Hüter der persönlichen Freiheitsrechte und der Informationsfreiheit sehr wohl angesprochen fühlen –:

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Man kann eine schöne Liste darüber aufstellen, welchen Gesetzen Sie auf Bundesebene in der Vergangenheit als angebliche Bürgerrechtspartei, als die Sie sich profilieren wollten, zugestimmt haben. Es wäre für Sie beschämend, wenn man die Zeit hätte, das einmal vorzulegen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kretschmann
GRÜNE: Zählen Sie sie auf! Aufzählen! – Zuruf
des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich möchte das zweite Beispiel, die Vorratsdatenspeicherung, nennen. Mit unseren Vorstellungen von einem liberalen Rechtsstaat sind die Pläne auf europäischer Ebene, ist das, was von manchen Ländern gefordert wird, nicht vereinbar.

Wenn wir uns vorstellen, dass man die Telefonverbindungsdaten aller Bürgerinnen und Bürger 12 bis 36 Monate speichert, dann müssen wir uns vor Augen halten, dass wir über ein Datenvolumen reden, das ungefähr 4 Millionen Kilometern Aktenordnern entspricht. Man kann sich auch selber lahm legen.

(Zurufe von der SPD und der FDP/DVP)

Wenn wir das zulassen, haben wir endgültig den unter Generalverdacht stehenden „gläsernen Bürger“.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris
Palmer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, einige wenige konkrete Detailthemen: Beim Thema Landesnaturschutzgesetz vertreten wir eindeutig die Meinung, dass es nicht um das Thema „Nutzer gegen Schützer“ geht, sondern wir wollen für Eigentümer, Nutzer und diejenigen, denen der Schutz am Herzen liegt, eine gemeinsame Grundlage legen.

Wir werden bei der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes auch die Grundlage dafür legen, dass das Biosphärengebiet auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen realisiert werden kann und Akzeptanz finden wird. Sie verstehen schon, warum ich mit diesem Detail etwas verdeutlichen möchte. Wir stehen da in einer Kontinuität. Viele Liberale, zuvörderst unser leider verstorbener Kollege Glück, haben sich von Anbeginn an darum gekümmert. Professor Bauer, Herr Weng, Birgit Homburger, alle sind wir nach den Gesprächen zu der Überzeugung gekommen, dass die Ausweisung als Biosphärengebiet von den rechtlichen Voraussetzungen her die Möglichkeit ist, die – unter Mitbestimmung der Kommunen, der Nutzer vor Ort – eine sanfte Nutzung gewährleistet und die Gegebenheiten realistisch einschätzt, auch was die Räumungsarbeiten angeht. Ich bin sehr froh, dass wir für die Schaffung dieses Biosphärengebiets gemeinsam mit den Kommunen vor Ort eine klare Aussage getroffen haben.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich freue mich auch, um noch ein Detail zu nennen, dass wir übereingekommen sind, die Frage, wie wir als Land die Fußballweltmeisterschaft nutzen wollen, sehr viel offensiver in der touristischen Vermarktung anzugehen, dass wir – das wurde unter anderem gefordert – den Menschen zeigen: Wir sind ein liberales, weltoffenes, fröhliches Land. Wir sind übrigens übereingekommen – das ist nicht gesagt worden –, zumindest für diese Zeit die Sperrzeiten völlig aufzuheben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat angekündigt, den Landtag stärker „in die Rechtsetzung einzubeziehen“. Den Ball, den Günther Oettinger uns als Fraktionen zugespielt hat, nehmen wir gerne auf. Alle Punkte des verabredeten Arbeitsprogramms – ich habe viele genannt – müssen ja letztendlich in parlamentarische Beschlüsse und Gesetze münden. Die FDP/DVP-Fraktion freut sich darauf, gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU und gerne auch immer wieder einmal mit zwei, drei, vier Leuten aus der Opposition dieses Arbeitsprogramm in konkrete Beschlüsse und Gesetze zu fassen. Ich bin sicher, dass wir damit nicht nur bis 2006, sondern über 2006 hinaus einen Weg aufgezeigt haben, bei dem wir jetzt noch einmal die Schlagzahl erhöhen. Die großen Linien sind klar, und im Detail ist schon vieles angelaufen. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Oettinger, Ihr Vorgänger hat vor wenigen Tagen gesagt, ihm sei keine Begründung dafür genannt worden, warum er sein Amt aufgeben solle. Sie hätten gestern die Gelegenheit gehabt, diese Begründung nachzuliefern. Ich muss leider sagen: Sie haben Ihre Chance nicht genutzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sicher, es war ein ganz anderer, problemorientierter, offener Stil. In der Sache aber bleibt Ihre Regierungserklärung über weite Strecken vage und wolkig, Bekenntnis statt Programm.

Sie haben die großen Probleme des Landes ausgespart, allen voran die katastrophale Haushaltslage des Landes. Sie haben nicht erkennen lassen, was Sie wesentlich anders machen wollen als Ihr Vorgänger. Offensichtlich fehlt der Mut zur Erneuerung.

(Beifall bei den Grünen)

Sie schielen offenbar auf die Interessengruppen Ihrer Partei und Wählerschaft. Deswegen lautet das Motto Ihrer Regierungserklärung eher: „Allen wohl und niemand wehe.“ Keine Aussagen darüber, was wir jetzt konkret mit ausgereiften, finanzierbaren Konzepten machen. Nach anderthalb Jahren Stillstand in der Landespolitik wegen des Kampfes um das Amt des Ministerpräsidenten wollen Sie offensicht-

(Kretschmann)

lich noch ein weiteres Jahr tatenlos verstreichen lassen. Doch Stillstand ist Rückschritt. Sie setzen mit diesem Zögern und Taktieren das aufs Spiel, worüber wir ja alle recht froh sind: dass dieses Land in vielen Bereichen einen Spitzenplatz einnimmt.

Schon der Start mit Ihrer Ministerriege war eine Enttäuschung. Sie haben sich von der Macht und nicht von der Sache leiten lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die dringend gebotene Verkleinerung des Kabinetts vermischen wir. Sie wollten niemandem auf die Füße treten. Sie trennen, was zusammengehört: Umwelt und Verkehr. Man hat den Eindruck, dass Sie Frau Ministerin Gönner regelrecht abgeschoben haben. Sie soll nun ein Rumpfministerium verwalten, dessen Haushaltsplan kaum dicker ist als der des Landtags.

(Beifall bei den Grünen)

Durch Ihre gestrige Rede zog sich wie ein schwarzer Faden das Fehlen von Mut.

(Beifall der Abg. Boris Palmer und Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie haben auf das gute Ergebnis bei Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten verwiesen. Dazu möchte ich Sie ausdrücklich beglückwünschen, soweit Sie alle Stimmen der Koalition bekommen haben und nach den Verwerfungen der Teufel-Ablösung die eigenen Reihen geschlossen haben. Die zwei Stimmen aus der Opposition kamen von Quertreibern und werden Ihnen nichts nutzen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Trotzdem haben sie genutzt!)

Trotz dieses Rückenwinds gehen Sie mit dieser Regierungserklärung nicht mutig voran. Sie haben eine Sicherheitsrede gehalten mit vielen „wir müssen“, „wir können“, „wir wollen“, „wir sollen“. Aber wo steht: „Wir tun, wir machen“? Um als Politiker die Zukunft mitzugestalten, müssen wir die heutigen Trends voraussehen und ihnen voraus sein, damit Baden-Württemberg auch in Zukunft an der Spitze steht. Wir stehen auch in diesem Land vor großen Herausforderungen – durch den demografischen Wandel, durch die Globalisierung, durch den technologischen Wandel, durch die ökologische Krise und durch eine hoch verschuldete öffentliche Hand, die ihren Haushalt bei geringem Wachstum konsolidieren muss.

Herr Oettinger, Ihnen fehlt der Mut, Vorhaben Ihres Vorgängers infrage zu stellen oder zu korrigieren – zum Beispiel das Landeserziehungsgeld –, klare Schwerpunkte zu setzen und neben den Prioritäten auch Posterioritäten zu formulieren, also zu sagen, wo gestrichen werden soll, unbequeme Entscheidungen zu treffen, die auch für die eigene Klientel unangenehm sind – zum Beispiel die Streichung der 13. Monatspension für den höheren und den gehobenen Dienst –, neue Wege in der Energiepolitik zu gehen, alle politischen Vorhaben auch seriös zu finanzieren und zu beginnen, den Haushalt zu sanieren.

Auf Ihre bundespolitischen Einlassungen möchte ich nicht eingehen, nicht weil sie nicht wichtig gewesen wären, sondern weil mir die Zeit dazu fehlt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir haben freie Redezeit!)

So viel sei gesagt: Wenn Sie eine andere Steuerreform wollen, muss sie auch gegenfinanziert werden. Das gilt zum Beispiel für eine Unternehmensteuerreform, bei der die Unternehmensteuern gesenkt werden. Wir haben einen Vorschlag gemacht, wonach die Investitionen im Ausland nicht mehr voll abgeschrieben werden können. Damit finanzieren Sie diese Senkung fast schon zur Hälfte.

Sie haben an der Ökosteuer herumkritisiert, gleichzeitig aber gefordert, die Lohnnebenkosten zu senken. Wie soll das zusammengehen?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Im System!)

Wenn Sie die Ökosteuer abschaffen, knallen die Lohnnebenkosten noch einmal um 1,7 % nach oben. Das ist also eine völlig unsinnige Forderung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Außerdem haben Sie ein neues Modell zum Kündigungsschutz aufgestellt. Herr Oettinger, ich bitte Sie! Gerade vor einem Jahr wurde der Kündigungsschutz liberalisiert. Jetzt müssen wir abwarten, ob das neue Arbeitsplätze bringt oder nicht. Wir müssen doch nichts Neues draufsatteln, wenn die Reformen noch gar nicht greifen können. Das ist nicht seriös, und so kommen wir nicht weiter.

Also: Wenn Sie sich bundespolitisch äußern, verlangen wir klare finanzpolitische Konzepte. Es genügt uns nicht, dass Sie etwas in den Raum stellen, was hinterher nicht gegenfinanziert ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das, was Sie gesagt haben, möchte ich an drei exemplarischen Bereichen – der Umwelt-, der Bildungs- sowie der Haushalts- und Finanzpolitik – auf den Prüfstand stellen und kritisch würdigen.

Die Beschäftigungszahlen brechen drastisch ein. Seit 2002 haben wir allein im mittleren Neckarraum einen Abbau von 35 000 Stellen. Hinzu kommt, dass Baden-Württemberg seinen Spitzenplatz in der wirtschaftlichen Entwicklung eingebüßt hat. Wie das Statistische Landesamt erst im vorletzten Monat bekannt gab, lag Baden-Württemberg mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % nur noch an sechster Stelle aller Bundesländer. An der Spitze lagen mit 2,4 % die Bundesländer Bayern und Sachsen.

Was heißt das? Die Frage ist, welche Branchen, welche Produkte in den kommenden 10 bis 15 Jahren einen hohen Weltmarktanteil haben werden. Das ist die Frage: Wo haben wir nachhaltige Wachstumsfelder? Meine Antwort ist eindeutig: Es werden umweltverträgliche Produkte, Verfahren und Technologien sein.

(Beifall bei den Grünen)

(Kretschmann)

Dies kann die Politik nicht allein; denn wir haben ja bekanntlich eine Marktwirtschaft. Aber Ihre Politik sollte die alten Weltbilder abräumen und sich wie früher Bosch und Daimler auch heute eine wichtige neue Perspektive zu Eigen machen, und die heißt, eine Umweltfreundlichkeit praktisch aller Produkte anzustreben. Umwelttechnologien und Energieeffizienztechnologien sind keine Wirtschaftsbremse, sondern ein entscheidendes ökonomisches Standbein unseres Wirtschaftsstandorts im 21. Jahrhundert und somit auch Exportartikel Nummer 1.

Ich erwarte in den nächsten Jahren einen gigantischen Nachfrageschub bei modernen Umwelttechnologien.

Das hat kein Arbeitskreis der Grünen behauptet, sondern der CSU-Minister Schnappauf. Wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen und Schadstoffen, den Energieverbrauch, den Ölverbrauch und den Verbrauch von Rohstoffen und insbesondere von Wasser global betrachten, wird deutlich, dass wir ihn um eine Größenordnung, also um den Faktor 10, verringern müssen, sonst wird die Welt in eine Katastrophe hineinschlittern. Sie, Kollege Mappus, haben das ja selber angeführt.

(Zustimmung des Abg. Mappus CDU)

Ökologische Modernisierung ist deswegen eine industriepolitische Revolution, vergleichbar mit der digitalen Revolution. Deshalb – und das ist meine Grundthese – ist ökologische Modernisierung das nachhaltige Wachstumsfeld der Zukunft. Herr Oettinger, haben Sie endlich den Mut, diese Erkenntnis in Ihrer Partei durchzusetzen! Wenn Sie auf den Oppositionspolitiker Kretschmann nicht hören wollen, dann reden Sie mit dem Fachmann Töpfer, Ihrem Parteifreund. Vielleicht öffnet er Ihnen die Ohren in diese Richtung.

Was heißt das nun heruntergebrochen auf unser Land Baden-Württemberg? Der Ministerpräsident hat sich bisher nur um die EnBW gekümmert. Aber die EnBW braucht die Hilfe des Landes nicht; sie kann sich selber helfen. Das hoch verschuldete Land Baden-Württemberg hat kein Geld, um über noch mehr Schulden der EnBW mit 20 Millionen € unter die Arme zu greifen. Wir brauchen uns nicht um ehemalige Monopolisten zu kümmern, sondern wir müssen – das ist das Erste, Herr Oettinger – die Denkstrukturen aus dieser Monopolzeit überwinden. Das sollte Ihnen ja deshalb leicht fallen, weil wettbewerbsfähiger Strom, eines Ihrer Hauptargumente, bei der EnBW am allerwenigsten zu sehen ist. Die EnBW hat einen der höchsten Strompreise in der ganzen Republik, trotz oder gerade wegen des hohen Atomstromanteils. Das müsste Ihnen doch zu denken geben.

Nun ist meine These, Herr Ministerpräsident,

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

dass Ihr Vorhaben, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, keine verlockende Idee ist, auch wenn Sie sagen, damit solle dann der Einsatz regenerativer Energien finanziert werden.

Ich will Sie einmal in Parenthese fragen: Wie wollen Sie eigentlich in einem liberalisierten Energiemarkt ein Unternehmen dazu zwingen, irgendetwas, was Sie wollen, kon-

kret zu machen? Das geht ja nur mit europäischen und bundespolitischen Vorgaben.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Herr Oettinger und Herr Mappus, ich glaube, Sie haben sich da selber eine industriepolitische Falle aufgestellt. Wer auf die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke setzt, muss den Energiestandort Baden-Württemberg schlechtmachen, und das tun Sie; wir haben es wieder gehört. Sie kümmern sich nicht um Investoren – Sie setzen ja immer auf die Verlängerung –, sondern Sie treiben sie aus dem Land. Ein Stadtwerkeverbund wollte in Obrigheim ein modernes 400-Megawatt-Gaskraftwerk bauen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Mappus CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Die EnBW wollte nicht, die Landesregierung hat es nicht gekümmert,

(Abg. Mappus CDU: Stimmt nicht!)

und jetzt bauen diese Stadtwerke dieses Kraftwerk in Nordrhein-Westfalen. Unglaublich, aber wahr! Und da wagen Sie es, sich hier über unser Umschaltfest zu Obrigheim zu ereifern!

Hinter dieser Forderung nach dem Ausstieg – das sage ich jetzt ganz ernst – standen Werte, so, wie gute Politik immer auf einem Wertefundament beruht: dass nämlich der Mensch nicht alles darf, was er kann. Es entspricht nicht unserer Vorstellung von dem, was Politik darf, der Menschheit unvorstellbare Gefahren aufzubürden und strahlenden Müll für Jahrtausende zu hinterlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Vor 25 Jahren war dies die Grundlage unseres Kampfes gegen die Atomkraft, und daran hat sich nichts geändert. Darum haben wir uns zu Recht darüber gefreut, dass jetzt ein atomarer Gefahrenherd stillgelegt wird.

Die hohen Abrisskosten, die Sie genannt haben, sind übrigens auch ein Grund, dass wir gegen Atomenergie waren, denn wir wussten das.

(Abg. Drexler SPD: Alles Rückstellungen! Unversteuert!)

Wenn schon die Abrisskosten eines Atomkraftwerks so hoch sind, dann können wir einmal gespannt darauf warten, wie hoch die Kosten für die Endlagerung sein werden.

(Abg. Drexler SPD: Für die Sicherung!)

Da werden wir uns noch alle sehr, sehr wundern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh ja! – Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Wer Werte hat, hat auch Visionen, nämlich die einer Sonnenenergiewirtschaft. Engagierte und pragmatische Menschen wie wir Grünen haben daraus realistische Konzepte entwickelt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz kupfert heute die ganze Welt von uns ab.

(Kretschmann)

(Lachen des Abg. Schneider CDU – Abg. Zimmermann CDU: Spekulanten!)

Die Folge davon ist: Der Einsatz regenerativer Energien nähert sich immer schneller der Marktreife. Das ist ein großer Verdienst der rot-grünen Regierung und von Bundesumweltminister Trittin.

Was brauchen wir energiepolitisch, Herr Oettinger? Wir brauchen ein Bündnis mit unseren 80 verbrauchernahen Stadtwerken, mit dem Mittelstand, mit den Bauern, mit den Handwerkern. Nur so erzeugen wir nachhaltige Wertschöpfung im Land. Lassen Sie es mich an drei Beispielen deutlich machen.

„Ja zu Holz aus baden-württembergischen Wäldern“ ist eine Plattitüde, Herr Oettinger.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

70 Biomassekraftwerke dagegen würden nicht nur das stillgelegte AKW Obrigheim von der Leistung her ersetzen, sondern doppelt so viele Arbeitsplätze schaffen. Darum geht es, Herr Mappus: nicht um nur ein Biomassekraftwerk in Obrigheim, sondern um 70 im ganzen Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Mappus CDU: Und wer zahlt Ihnen das?)

Zweitens: Wo, Herr Oettinger, bleibt Ihre Erklärung, dass die bürokratische Behinderung der Windkraft endlich aufgehört?

Drittens: Wir setzen auf die Innovationskraft unserer Forscher und Betriebe. Eine neue Entwicklung steht vor der Haustür: Kleinkraftwerke werden künftig die klassische Heizung ablösen und zugleich Strom erzeugen. Dazu wird gerade in Sindelfingen ein Sterling-Motor gebaut und angeboten. Wenn in den nächsten zehn Jahren von den 3 Millionen Haushalten in Baden-Württemberg 250 000 derartige kleine Blockheizkraftwerke mit einer mittleren Leistung von fünf Kilowatt und, Herr Mappus, einem Wirkungsgrad von 92 bis 94 % installiert werden, bedeutet dies eine Leistung von insgesamt 1 250 Megawatt. Das entspräche der Leistung des Atomkraftwerks Neckarwestheim 2. Solche Ideen, Herr Oettinger, machen Zukunft. Wo bleibt Ihr Mut für das Neue?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Fehler wie der, dass führende Automobilhersteller des Landes bei den Dieselrußfiltern versagt haben, obwohl zwei der größten Rußpartikelfilterhersteller sich im Land befinden, dürfen nie wieder vorkommen. Wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen wir die Autos mit den höchsten ökologischen Standards bauen. Deswegen ist der Ressortneuzuschnitt, bei dem der Bereich Verkehr aus dem Umweltministerium in das Innenministerium überführt wurde, ein völlig unbegreiflicher Rückschritt.

(Beifall bei den Grünen)

Eine Ressortierung des Verkehrsbereichs im Innenministerium stammt doch aus Zeiten, in denen Ökologie noch gar kein politisches Thema war und sichergestellt werden muss-

te, dass auch auf die Alb geteerte Straßen führen, und in denen man das Bußgeld erfunden hat.

(Vereinzelt Heiterkeit)

In Zeiten wie heute – das hat die Feinstaubproblematik gezeigt – gehören die Bereiche Umwelt und Verkehr zusammen. Ich finde, wer das nicht begriffen hat, ist nicht auf der Höhe der Zeit.

Aber nicht nur der Ressortzuschnitt ist von gestern, sondern auch inhaltlich, finde ich, haben Sie alte Hüte präsentiert. Sie plädieren für eine Verkehrspolitik, zu der Ihnen nichts anderes einfällt als zusätzlicher Straßenbau, zu der Sie in eleganter Weise immer nur Geld vom Bund einfordern. Sie, Herr Mappus, haben das jetzt überraschenderweise einmal modifiziert.

(Abg. Sakellariou SPD: Sehr überraschend! – Zuruf des Abg. Mappus CDU)

– Es ist schön, dass es auch noch Überraschungen gibt. – Jedenfalls beträgt die Differenz zwischen dem, was wir an Mitteln vom Bund bekommen, und dem, was Sie, Herr Ministerpräsident, für die planfestgestellten Straßen bekommen wollen, 156 Millionen €. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Woher sollen diese Gelder denn kommen? Es ist doch inzwischen einfach nur ein Aberglaube, dass dann, wenn man nur immer mehr Straßen baut, auch die Wirtschaft boomt. Sie sehen im Osten, dass das nicht stimmt. Aber Sie sehen auch bei uns, dass wir nicht wenige Gewerbegebiete, die leer stehen, direkt an Autobahnen haben. Verabschieden wir uns also von dieser Denkweise. Natürlich müssen wir noch Straßen bauen. Aber vor allem müssen wir die Straßen, die wir haben, erhalten. Schon dafür ist doch überhaupt nicht genug Geld vorhanden. Das heißt, wir brauchen umweltfreundliche Mobilitätslösungen, um Spitzentechnologie zu fördern, und müssen einfach runter von der reinen Asphaltmentalität.

Sie sprechen sich für eine Pkw-Maut aus, die es zu Ihren Bedingungen bundesweit natürlich gar nicht geben kann. Wenn Sie sie aber einführen wollen, dann müssen Sie dem Autofahrer klipp und klar sagen – wenn Sie die Erhebungskosten noch abziehen

(Abg. Mappus CDU: 8 %!)

und Sie das jetzige System von den Lkws auf die Pkws übertragen, würden sich ja für den Pkw-Fahrer ganz gigantische Summen ergeben, allein schon durch den Einbau der erforderlichen Geräte –

(Abg. Drexler SPD: Für 50 Kilometer Pendlerstrecke 2 000 € im Jahr!)

dass er da ganz andere Beträge bezahlen muss als bisher, und dürfen nicht, Herr Oettinger,

(Abg. Drexler SPD: Bleibt gleich!)

so tun, als würde das dann durch den Wegfall der Kfz-Steuer und durch das Herunterfahren der Mineralölsteuer kompensiert. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Wir hätten es begrüßt, wenn Sie das sehr klar gesagt hätten.

(Kretschmann)

Wir hätten es aber auch begrüßt, Herr Oettinger, wenn Sie gesagt hätten: In Zukunft wird mit dem Schattenhaushalt im Landesstraßenbau bei der L-Bank Schluss gemacht, das kommt wieder in den Haushalt zurück. Aufhören zu müssen mit den Schattenschulden im Straßenverkehr wäre die erste bittere Medizin für Sie, damit Ihre Politik wieder auf die Realitäten des Möglichen zurückgeführt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der ländliche Raum in Baden-Württemberg hat unserer Ansicht nach Zukunft, wenn er vom Verbraucher her gedacht wird. Der Schlüsselbegriff lautet auch hier Qualität. Es ist völlig ausgeschlossen, Herr Oettinger, dass unsere schwäbischen und badischen Bauern bei den naturräumlichen und strukturellen Bedingungen, die wir hier in Baden-Württemberg haben, mit ihren Produkten mit den Massenprodukten aus den USA, aus Kanada, Neuseeland, Australien oder Osteuropa konkurrieren können. Wer das einleiten will, führt unsere Bauern zur Schlachtbank.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kein Mensch!)

Wir müssen Baden-Württemberg zum Feinkostladen Deutschlands machen. Unsere Strategie heißt: Nur das Beste ist für uns gut genug. Unsere Verbraucher wollen gesunde, umweltfreundliche und artgerecht erzeugte Lebensmittel, und sie wollen kein Genfood.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Teßmer SPD)

Bekennen Sie sich endlich zu einer Strategie einer gentechnikfreien Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Das ist genau das richtige Signal für eine Strategie in Baden-Württemberg für regionale Wirtschaftskreisläufe,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

für Klasse statt Masse und für eine gesunde Ernährung.

(Beifall bei den Grünen)

Denn wir alle wissen: Unsere Kinder bei den sich dramatisch verändernden Essgewohnheiten und der Fast-Food-Welle gesund zu ernähren ist eine ebenso große Herausforderung wie die, sie gut zu bilden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Also: offensive Vermarktung von regionalen und biologischen Produkten in unseren Ganztageeinrichtungen, in den Heimen, in den Kantinen und in der Gastronomie; neue Standbeine für die Landwirte als Energiewirte. Die Bundesregierung ermöglicht den Bauern schwarze Dächer durch Photovoltaik. Otto Bauer hat mir letztens gesagt: Das Schönste ist, dass man dafür Geld bekommt und nichts schaffen muss.

(Heiterkeit)

Wir tun also etwas für Bauern mit schwarzen Dächern. Was tun die Schwarzen hier im Land, um den Bauern zu einem neuen Standbein zu verhelfen?

(Abg. Teßmer SPD: Nichts, aber auch gar nichts! – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Ich komme zum Naturschutz. Herr Mappus, Sie haben den Flächenverbrauch angesprochen. Das ist genau das, was wir kritisieren. Sie sind seit fast 50 Jahren an der Regierung, und jetzt kommen Sie mit einem Appell gegen den Flächenverbrauch. Wo sind die mit den Kommunen abgestimmten, umsetzbaren Konzepte, um den Flächenverbrauch einzudämmen? Fehlanzeige!

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Herr Oettinger, für Naturschutz benötigt man ein Wertegerüst. Das Ihre ist falsch. Sie sagen, Natur- und Umweltschutz seien kein Selbstzweck. Ich aber sage: Wir haben die Natur nicht gemacht, wir finden sie vor. Für Juden, Christen und Muslime ist sie Gottes Schöpfung. Wir können keine Art schaffen, wir können sie vielleicht ausrotten. Der Reichtum der Arten, die Vielfalt der Ökosysteme und Biotope, das wunderbare ökologische Wirkungsgefüge, das alles ist eben nicht nur Lebensgrundlage, sondern auch der Grund, warum fast 100 % der Menschen Natur schön finden. Das ist ein Hinweis darauf, dass die Wahrung der Schöpfung zunächst einmal auch eine Pflicht für die Christliche Union ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber sie ist auch Kür. Weil Menschen die Natur schön finden, ist sie die Grundlage des Tourismus. Die Einrichtung eines Biosphärenreservats Mittlere Schwäbische Alb ist deswegen ein echter Lichtblick in Ihrer Regierungserklärung, Herr Oettinger. Wir betrachten es als Erfolg unserer zähen Arbeit in der Naturschutzpolitik, dass der neue Ministerpräsident offenbar einen Kurswechsel einleitet. Herzlichen Glückwunsch! Mehr davon, denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

(Beifall bei den Grünen)

Denken Sie daran: Der Tourismus ist eine Dienstleistungsbranche. Hier können wir mehr Arbeitsplätze schaffen als bisher.

Ich komme nun zum wichtigen Bereich der Bildung. Als Gründe für Bildung nennen Sie, Herr Oettinger, nur: Bildung ist Voraussetzung für Arbeit, Innovation, Qualität, Forschung und Zukunftsinvestitionen. Auch das ist eine Reduzierung der Bildung auf ökonomische Kategorien. Wir brauchen aber Bildung um der Kinder willen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es geht darum, ihnen zu ermöglichen, sich zu Persönlichkeiten zu entwickeln, mündige Menschen zu werden, die ihr Leben selbst gestalten können, Verantwortung für sich, für ihre Angehörigen, für die Gesellschaft und die Umwelt zu übernehmen. Dazu gehören soziale Fähigkeiten, Neugier auf Neues, Kreativität, Urteilskraft, ein Wertegerüst und Toleranz. Ich bin überzeugt: Wenn wir Menschen diese Bildung um ihrer selbst willen zukommen lassen, dann ist das auch das Beste für die Wirtschaft, denn auch die Wirtschaft braucht kluge, sozial orientierte, kreative, wertbewusste und tolerante Menschen. Wertevermittlung muss deshalb im gesamten Unterricht stattfinden, denn im Kindergarten und in

(Kretschmann)

der Schule sind alle zusammen. Schule ist deswegen der Ort, wo der Kitt für den Zusammenhalt einer pluralistischen Gesellschaft gebildet wird.

Der Religionsunterricht in der Verantwortung der Religionsgemeinschaften ist der richtige Weg. Nur jemand, der den Glauben, um den es geht, selbst glaubt, kann in den Kindern – um Habermas zu zitieren – „religiöse Musikalität“ entwickeln. Das hat nichts mit Konfessionalismus zu tun. Ich freue mich deswegen über erste Ansätze eines ökumenischen Religionsunterrichts durch die Kirchen.

Es war auch längst überfällig, dass endlich mit islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache begonnen wird. Wenn er Zukunft haben soll – das muss ich allerdings deutlich dazusagen, Frau Schavan, Herr Frankenberg, Herr Oettinger –, brauchen wir eine islamische Fakultät, die Geistliche und Religionslehrer ausbildet.

Es ist natürlich richtig, was Sie zu den Hasspredigern sagen: Wir dulden das nicht und nehmen das nicht hin. Aber zugleich müssen wir dafür sorgen, dass auch für die islamische Religionsgemeinschaft Menschen hier ausgebildet werden, an unseren Universitäten, in unserer Sprache und mit unserem Wertefundament.

(Beifall bei den Grünen)

Aber auch den Kindern, die nicht religiös gebunden sind – und es werden mehr –, müssen unsere humanistischen Werte und Kenntnisse von Religion vermittelt werden. Es ist deshalb absurd, dass es Ethikunterricht erst ab Klasse 8 gibt. Wir brauchen ihn ab Klasse 1.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD)

Denn die Wertebildung prägt sich gerade in der Phase vom Kind zum Jugendlichen aus.

Wir wollen mehr Kinder, sagen wir immer im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. Aber wir müssen uns zunächst einmal auch um die kümmern, die da sind, und dies tun wir nicht in ausreichendem Maß. Wenn keine Motivation besteht, Kinder zu kriegen, wird dies natürlich verstärkt, wenn die Ausbildung der Kinder den Eltern als mühseliger Weg erscheint, der zu Sorgen Anlass gibt und bei dem sie sich fragen müssen: Wird mein Kind einmal in der Schule scheitern? Schafft es den Abschluss? Kann ich ihm bei den Hausaufgaben helfen? Kann ich Nachhilfe finanzieren? Bekommt das Kind nach der Schule einen Arbeitsplatz?

Deswegen, Herr Oettinger, sind Chancengleichheit und Zugangsgerechtigkeit der zentrale Ausgangspunkt der Bildungspolitik, weil wir diese Chancengleichheit und Zugangsgerechtigkeit in Baden-Württemberg eben nicht haben.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wintruff SPD)

Sie wollen nun zum wiederholten Mal die Hauptschule stärken. Die Sorge um die Hauptschule ist richtig. Aber seit 30 Jahren redet die CDU davon, dass sie die Hauptschule stärken wolle. Wenn man dies seit 30 Jahren immer wieder be-

schwört, sollte man sich doch einmal überlegen, warum es mit der Stärkung nicht klappt. Das ist deshalb der Fall, weil natürlich die, die für die Stärkung der Hauptschule sind, ihre Kinder immer auf die Gymnasien schicken wollen. So einfach ist das.

(Beifall bei den Grünen)

Es muss Sie doch nachdenklich stimmen, dass sich der Baden-Württembergische Handwerkstag für ein neues Schulkonzept ausspricht. Handwerker, die traditionell Jugendliche aus Hauptschulen ausbilden und weiterhin Jugendliche ausbilden wollen, wollen einen anderen Weg einschlagen. Sie fordern wie wir die neunjährige Basisschule als Schule gemeinsamen Lernens und individueller Förderung. Wir teilen diese Auffassung. Das ist der richtige Weg, Herr Oettinger, auch angesichts der demografischen Entwicklung mit sinkenden Schülerzahlen auch im ländlichen Raum.

Bei 400 Minihauptschulen mit je 60 Schülern wird die Entwicklung zu der Frage führen: Schließen wir Standorte, oder bauen wir Schulen zu integrativen Schulen aus, Schulen, die alle Abschlüsse anbieten, alle Kinder eines Ortes fördern und so erhalten bleiben?

(Beifall bei den Grünen)

Warum, Herr Oettinger, fehlt Ihnen der Mut, um erste Schritte zu veranlassen, aus der Dreigliedrigkeit des Schulsystems herauszugehen und einfach neue, integrative Modelle zuzulassen?

Ihre Initiative zu Schulassistenten begrüßen wir sehr. Die Einführung von Schulassistenten ist der richtige Schritt für eine selbstständige Schule.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Die berufliche Bildung und das duale System werden mit einem Satz erwähnt. Das ist lediglich ein dürres Bekenntnis zum dualen System. Doch wir haben in den nächsten Jahren eine steigende Zahl von Schulabgängern, für die nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Viele sind nicht ausbildungsreif und können die Ausbildung nicht bestehen. Unser Ziel muss es aber sein, alle Jugendlichen in Ausbildung zu bringen.

Wir müssen ein regionales Ausbildungsmanagement mit neuen Formen der Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben fördern, und wir müssen die Attraktivität des dualen Systems auch dadurch erhöhen, indem die Perspektiven verbessert werden. Deshalb schließen wir uns dem gestrigen Appell vonseiten der IHKs an, den Hochschulzugang für Meister und qualifizierte Berufstätige, wie zum Beispiel für einen ehemaligen Ministerpräsidenten, zu erleichtern.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben bei den Beschäftigten in Baden-Württemberg den höchsten Anteil Un- und Angelernter im Vergleich der Bundesländer. Es ist die größte arbeitsmarktpolitische Herausforderung für das Land und die neue Landesregierung, die drohende Arbeitslosigkeit dieser Menschen zu verhindern. Die Politik kann letzten Endes nicht verhindern, dass die Produktion dahin verlagert wird, wo die Lohnkosten deutlich geringer sind als bei uns. Aber wir müssen dafür

(Kretschmann)

sorgen, dass in die Menschen investiert wird, die danach nur noch in einem technologisch anspruchsvollen Bereich oder im Dienstleistungsbereich die Chance auf einen Job haben. Wir brauchen eine vorsorgende Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik des Landes, und wir wollen deswegen – das ist unsere zentrale Forderung in diesem Bereich –, dass Weiterbildung und Qualifizierung zu einer Gewährleistungsaufgabe des Landes werden.

Jetzt komme ich zur Ganztagschule. Hierzu ist das meiste ja schon gesagt worden. Ich möchte aber noch einmal betonen: Sie, Herr Oettinger, sprachen von der „flächendeckenden Einführung der Ganztagschule“, Mappus sammelt dies einen Tag später jedoch wieder ein und spricht von „Ganztagschulen nach Bedarf“. Sie haben es in Ihrer Erklärung natürlich schon angedeutet.

(Abg. Mappus CDU: Ja, das hat er doch auch gesagt! Lesen Sie es doch nach! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, genau das ist es. Er sagt beides, und dann gibt es hier eine Arbeitsteilung, bei der sich jeder das herausuchen kann, was er will.

(Abg. Mappus CDU: Sie suchen etwas, was es nicht gibt! Vergessen Sie es!)

Ich glaube, so kommt man wirklich nicht weiter. Ihre Ankündigung, ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen anzustreben, war für uns wirklich ein klarer Bruch mit der bisherigen Politik, Ganztagschulen nur in Brennpunktbereichen vorzusehen. Es ist völlig klar, warum das so sein muss: Nur, wenn wir Ganztagschulen angebotsorientiert einführen, hat das die Wirkung, die wir erwarten. Denn nur dann, wenn das Angebot da ist, kann dies in diesem Bereich zu einer Entscheidung junger Eltern für Kinder beitragen, weil sie die Möglichkeit der Kinderbetreuung im Rahmen des Ganztagsunterrichts haben. Wenn dieses Angebot nicht da ist und man Ganztagschulen nur nachfrageorientiert einführt, rennt man sozusagen dem, was man beklagt, nämlich dass es zu wenige Kinder gibt, nur hinterher. Deswegen ist es eine ganz richtige Weichenstellung, zu sagen: Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen.

(Beifall bei den Grünen)

Das, was Sie über den Bund gesagt haben, ist wirklich abenteuerlich. Der Bund hat hier eine Anschubfinanzierung gegeben, weil vor allem die unionsregierten Länder geschlafen und den Bedarf nicht rechtzeitig erkannt haben – Sie haben die Ganztagschule ja vor kurzem selbst noch als „Freiheitsberaubung“ bezeichnet. Mehr Geld konnte es natürlich nicht sein, denn auch der Bund steht unter dem Diktat knapper Kassen. An sich handelt es sich in diesem Zusammenhang aber um eine originäre landespolitische Aufgabe, und wir fordern Sie dazu auf, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat Finanzierungsvorschläge gemacht, und wir haben vorgeschlagen, aus dem Zukunftsprogramm „Erwin 4“ 100 Millionen € herauszunehmen und damit die Ganztagschulen zu finanzieren. Sie müssten dann nicht das machen, was Ihr Vorgänger Ihnen noch als Ei ins Nest gelegt hat. Hier haben Sie die Möglichkeit, das umzusetzen, was Sie angekündigt haben.

(Abg. Schmid SPD: Das geht rechtlich gar nicht! Das ist gemeinnützig in der Landesstiftung gebunden!)

Zu den Schulen in freier Trägerschaft kann ich nur sagen: Jedes Jahr machen Sie Versprechungen, die Sie nicht einhalten, Herr Kollege Mappus. Jedes Jahr hören wir das Gleiche. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, dem Sie nicht zugestimmt haben.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Jetzt machen Sie wieder Versprechungen. Da haben Sie sich schon ganz zentral widersprochen. Sie haben die Versprechungen bisher nicht eingehalten, und wir reden immer nur darüber. Wir wissen, dass die Schulen in freier Trägerschaft teilweise unter schwerstem ökonomischem Druck stehen oder sogar in ihrer Existenz gefährdet sind. Es geht nicht, dass wir es auch nur noch ein halbes Jahr weiter hinausschieben, sie besser zu fördern. Wir haben bei den Haushaltsberatungen klare Anträge dazu gestellt: 5 Millionen € mehr im Jahr 2005 und 10 Millionen € mehr im Jahr 2006 als Stufenplan. Das haben Sie natürlich wieder klipp und klar abgelehnt. Das geht nicht!

Hochschulen: Der Ministerpräsident hebt die Qualität des Hochschulsystems hervor. Zustimmung! Das ist das Entscheidende für den Standort Baden-Württemberg. Den Weg zu mehr Autonomie und Eigenverantwortung haben wir Grüne mit angestoßen. Wir haben gefordert, dass die landesweite Hochschulentwicklung nun als neue Aufgabe der Politik ansteht. Deshalb begrüßen wir Ihre Ankündigung in dieser Hinsicht. Lassen Sie ihr auch Taten folgen! Wir brauchen einen neuen Solidarpakt II; das ist das Gebot der Stunde im Interesse der Planungssicherheit an den Hochschulen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben ein Studien-Credit-Modell vorgelegt, das übrigens nach und nach auch von anderen kopiert wird. Wir sagen: Das Studium sollte bis zum Bachelorabschluss für Studierende kostenfrei sein, denn wir wollen niemand abschrecken. Wir wollen die Hochschulen ja für mehr Studierende öffnen, gerade auch für Studierende aus sozial schwächeren Schichten. Allerdings wollen wir die Studierenden im Masterstudiengang finanziell beteiligen: in einer Weise, die es dem Studierenden ermöglicht, flexibel zu studieren und die Beiträge nach dem Studium zurückzuzahlen.

Das Wichtigste aber ist: Wir verstehen die Beteiligung im doppelten Sinn. Die Studierenden müssen einen Beitrag leisten, aber sie haben nach unserem Modell eben auch Einfluss auf den Gang der Dinge. Der Fachbereich, in dem der Studierende Lehrveranstaltungen besucht, erhält auch Einnahmen aus Studiengebühren. Das heißt, nach unserem Modell entscheiden die Studierenden durch die Wahl der Lehrveranstaltungen mit, wohin das Geld kommt. Das ist der Anreiz für die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich komme zum Thema „Kinderland Baden-Württemberg“. Es ist sehr schön, dass Sie diesen Begriff von uns abkupfern.

(Kretschmann)

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU, u. a.: Hören Sie doch auf! – Abg. Drexler SPD: Ja, das haben die Grünen einmal verteilt!)

Es gibt eine Broschüre der grünen Landtagsfraktion aus dem Jahr 2000 mit dem Titel: „Kinderland – unser Land wird Zukunftsland“.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Wieser CDU: Wann haben Sie das abgeschrieben?)

Prima, dann übernehmen Sie doch einfach auch noch unsere Vorschläge,

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kretschmann, Sie sind unsere neue Agentur! – Abg. Fleischer CDU: Sie können sich bei Dr. Birk bewerben!)

dann wird die Politik richtig. Für die Zukunft unseres Landes ist die Kinder- und Familienpolitik besonders wichtig, und daher ist es erfreulich, dass der Ministerpräsident die gewandelten Familienrealitäten in den Blick nimmt, auch wenn Herr Mappus sie gleich wieder eingesammelt hat.

(Abg. Mappus CDU: Ich habe nichts eingesammelt!)

Herr Ministerpräsident, Sie wollen Familienleistungen bündeln und die Familien entlasten. Konkret kündigen Sie den Ausbau von Betreuungsstrukturen vor allem für Kinder unter drei Jahren an. Das fordern wir nun seit Jahren. Aber das Entscheidende ist, Herr Oettinger: Wie wird diese Kleinkindbetreuung finanziert? Dafür haben Sie kein Konzept.

Unserer Ansicht nach gibt es dafür ein klares und – auch nach dem, was Sie sagen – logisches Konzept: Wir müssen das Landeserziehungsgeld für die Kleinkindbetreuung umwidmen, anders ist dieser Bereich nicht zu finanzieren. Auch da zeigen Sie wieder nicht den Mut, klare und verbindliche Aussagen zu treffen und sich zu entscheiden, damit dieser Wunsch auch seriös finanziert wird. Handeln Sie nun endlich! Wir müssen das Landeserziehungsgeld aufgeben. Dazu haben wir einen Ausstiegsvorschlag gemacht. Damit können wir die Betreuung der Kinder unter drei Jahren finanzieren.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Ich sage noch ein paar Sätze zu Ihrem interessantesten Projekt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nämlich?)

dem Projekt Schulreife.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ah ja!)

Ich sehe das so: Sie haben gemerkt, dass die von Ihnen vorgeschlagene Kindergartenpflicht in dem Maße wahrscheinlich gar nicht sinnvoll ist, vor allem aber ist sie gar nicht finanzierbar. Das, was Sie jetzt mit diesem achttündigen Kurs vorgeschlagen haben, ist so etwas wie eine „Kindergartenpflicht light“. Es ist aber kein ausgereiftes Konzept und kein großer Wurf.

Zunächst erkennen wir an, dass Sie sehen, dass die frühkindliche Bildung im Kindergarten verbessert werden muss und dass dafür auch Geld bereitgestellt werden muss. Allerdings wollen Sie das Geld aus dem Schuletat nehmen. Ich möchte gerne wissen, woher genau aus dem Schuletat. Da klemmt es schon jetzt an allen Ecken und Enden.

Sie haben dieses Modell von Ihrem Freund Koch aus Hessen übernommen. Es ist aber nicht ausgereift. Wie passt das jetzt in den Orientierungsplan, der umgesetzt werden soll und bei dem es darum geht, die Kinder von vornherein sprachlich zu fördern und integrativ zu erziehen,

(Abg. Drexler SPD: Ab drei! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Drei Jahre!)

und zwar in allen Bereichen, nicht nur in einem solchen Kurs?

Die Erfahrungen aus Hessen aber zeigen zum Beispiel, dass viele Kinder aus sozial schwachen Familien dann nur noch in diese acht Stunden geschickt werden, weil diese eben nichts kosten, und nicht mehr in den Kindergarten. Das kann man nun wirklich nicht wollen. Legen Sie erst einmal ein ausgereiftes Konzept vor! Das war erst einmal ein Diskussionsvorschlag von Ihnen. Wir sehen noch nicht, dass er wirklich passt.

Jetzt komme ich zum letzten und wichtigsten Teil,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Haushalt!)

dem Haushalt: die Schuldenbremse ziehen, und zwar jetzt. Es ist schon beachtlich, was Sie da geboten haben, alle. Das war wohl die „neue Bürgerlichkeit“. Früher hat man gesagt: Man redet nicht vom Geld, man hat es. In der „neuen Bürgerlichkeit“ heißt es offensichtlich: Wir reden nicht über Geld, weil wir keines haben.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

In der Regierungszeit von Herrn Teufel hat sich die Verschuldung nur noch verdoppelt, während sie sich in der Regierungszeit von Herrn Späth verdreifacht hatte. Jetzt wäre es an der Zeit, dass wir zu einem Verschuldungsstopp kommen, Herr Oettinger. Aber für Ihre Regierungserklärung wäre die Bezeichnung „vage“ noch ein Euphemismus. Sie sagen zu der Frage, wie wir zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen können, schlichtweg nichts. „Nullverschuldung noch in meiner Generation“, das ist das ganze Angebot. Mit dem, was Sie mit Blick auf die Finanzpolitik ausgeführt haben, erreichen Sie das noch nicht einmal, wenn Sie sich an Joseph Ratzingers Karriere orientieren.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Das wäre nicht schlecht!)

Eines ist klar: Wer langfristige Verbesserungen will, muss sofort mit Veränderungen und einer harten Therapie anfangen. Das verlange ich von einer neuen Landesregierung. Dazu fehlt Ihnen der Mut.

(Abg. Mappus CDU: Den bräuchten Sie aber auch einmal!)

Nachhaltigkeit ist ein Projekt mit langem Atem und kein politisches Fast Food. Wieder setzt diese neue Landesregie-

(Kretschmann)

rung die Politik der Haushaltsnotmaßnahmen mit der Ankündigung von Haushaltssperren fort. Für den Weg einer nachhaltigen Finanzpolitik gibt es demgegenüber klare Leitplanken. Die Leitplanke ist der Anteil der Zinsbelastung am Gesamthaushalt. Er darf mittelfristig nicht weiter steigen und muss langfristig reduziert werden. Das ist ein ganz klarer und nachvollziehbarer Indikator.

Herr Ministerpräsident, wir haben Ihre Vorschläge für eine harte Therapie vermisst.

Ich möchte noch einmal klar machen, wo unsere Veränderungen ganz konkret ansetzen müssen:

Personalkosten reduzieren: Das Land gibt die Hälfte seiner Haushaltsmittel für Personal aus. Bei dieser Haushaltsstruktur ist klar, dass eine Konsolidierung ohne Einsparung von Personal nicht gelingen kann. Ein schlanker, starker Staat erfordert eine Strukturreform des öffentlichen Dienstes. Sie ist nach den Vorschlägen von Otto Schily jetzt möglich.

Um die strukturelle Haushaltslücke von 3 bis 4 Milliarden € zu schließen, müssen wir 300 bis 400 Millionen € einsparen. Umgerechnet heißt das: Von den 260 000 Stellen des Landes sind das 20 000. Sie haben in Ihrem Kandidatenwahlkampf diese Zahl noch getoppt. Die 20 000 bis 30 000 kommen in Ihrer Regierungserklärung überhaupt nicht mehr vor. So kann das nicht weitergehen.

Aufgabenabbau ist das Zweite. Diesen Punkt haben Sie zwar genannt, aber nicht angedeutet, wo der Abbau stattfinden soll. Wir haben dazu klare Aussagen gemacht. Die Schulverwaltung können wir durch die selbstständige Schule mit Schulassistenten stark reduzieren.

Die Flurneuordnung betrifft natürlich Ihre Klientel. Es ist nicht Aufgabe des Staates, den Bauern ihre Äcker zu sortieren.

(Abg. Fleischer CDU: Sie haben aber ein seltsames Verständnis von Strukturpolitik!)

Die Beratung in der Agrarförderung sollte an die Bauernverbände zurückgegeben werden. Weitere Stellen können eingespart werden bei der länderübergreifenden Kooperation im Bereich der Agrarforschung und durch den Verzicht auf eine mittlere Verwaltungsebene beim Verwaltungsaufbau.

Natürlich kann auch durch den Rückgang der Schülerzahlen ein Teil der Lehrerstellen eingespart werden,

(Abg. Dr. Birk CDU: Sicherlich auch die Abschaffung von Bauernregeln!)

wobei wir natürlich einen großen Teil auch für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung brauchen.

Wo sind die Vorschläge von Ihnen, wie man zu dieser Steleneinsparung kommt? Welche Stellen sollen in welchen Sparten in welchem Zeitraum gestrichen werden? Welche Verwaltungsaufgaben sollen abgebaut werden? Wie viele Lehrerstellen wollen Sie tatsächlich abbauen?

Nächster Punkt: Reduzierung der Pensionslasten. Ich hätte von einem neuen Regierungschef erwartet, dass er dieses dramatische Problem anspricht und sagt, wie wir diese Pen-

sionslawine in ersten Schritten mildern können. Wir sagen klar: Streichung der 13. Monatspension bei Beamten des höheren und des gehobenen Dienstes. Das wäre schon ein nachhaltiger Beitrag, um zu einer Reduktion zu kommen. Was machen Sie stattdessen? Nicht den Pensionären, sondern den Berufseinsteigern wird das Weihnachtsgeld gestrichen. Also wirklich ran an diese Probleme! Das tut natürlich den Betroffenen weh, aber jeder muss einsehen, dass wir sonst in Zukunft die Bezahlung der Pension in der bisherigen Höhe insgesamt infrage stellen müssen.

Wir haben auch vorgeschlagen, keine Lehrer mehr als Beamte einzustellen. Nach unserer Schulreform können Sie dann bei allen Gymnasiallehrern für den Sekundarstufenbereich I das Gehalt um eine Stufe absenken. Damit kann man schon einen Teil der Mehrkosten von Angestellten finanzieren.

Schluss mit den Schattenhaushalten! Schluss mit dem Verkauf von Einnahmen, die wir noch gar nicht haben, wie den Verkauf von Zinsforderungen der LBBW! Schluss mit dem Substanzverfall des Landesvermögens, wie wir ihn bei den Universitätsbauten haben! Kollege Drexler hat schon die Summe genannt: 2,4 Milliarden €. Sie aber wollen neue Löcher aufmachen – Herr Mappus, Sie haben es noch einmal betont – mit Stuttgart 21 und der Vorfinanzierung der Neubaustrecke mit 80 Millionen €, für die Sie überhaupt keine Deckungsvorschläge haben. So kann es nicht weitergehen.

Wenn wir als kleine Oppositionsfraktion schon sehr präzise Vorschläge zu Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion machen können, dann können wir das von Ihnen erst recht erwarten. Solche Vorschläge haben wir in Ihrer ganzen Rede leider vollständig vermisst.

Ich darf zum Schluss kommen. Herr Wiedeking sagte am 5. April 2005 bei seiner Rede im Landtag, an Sie, Herr Oettinger, gewandt:

Gemeinsam müssen wir – Sie als Politiker und wir als Unternehmer – definieren und sagen, wohin die Reise gehen soll, wo wir in zehn Jahren im internationalen Wettbewerb stehen wollen.

Ich sage Ihnen, was wir in Baden-Württemberg nach unserer Perspektive in zehn Jahren erreichen wollen.

Erstens: Wir sind bei PISA gleichauf mit den skandinavischen Ländern.

Zweitens: Die Zahl der Schulabbrecher liegt unter 1 %. Die Jugendarbeitslosigkeit ist unter 2,5 % gesunken.

Drittens: 50 % jedes Jahrgangs finden einen Studienplatz an unseren Hochschulen, die zu den führenden Zukunftswerkstätten Europas gehören.

Viertens: Wir sind die Nummer 1 beim Export von Umwelttechnologien in Europa, und wir sind Weltmarktführer bei den umweltfreundlichsten Autos.

Fünftens: Wir erreichen einen Anteil von 20 % bei den regenerativen Energiequellen.

Sechstens: Wir sind ein Land ohne Nettoneuverschuldung. Der öffentliche Dienst des Landes erfüllt seine Aufgaben mit 20 000 Stellen weniger genauso gut wie vorher.

(Kretschmann)

Siebtens: Die Hälfte der Führungspositionen in der Landesverwaltung ist mit Frauen besetzt; dies gilt auch für die Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen)

Zu solch ehrgeizigen Zielen, wie wir Grünen sie formuliert haben, braucht man Entschlossenheit und Mut. Wir haben ihn.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Oettinger.

Ministerpräsident Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Den Debattenbeiträgen der vier Herren Fraktionsvorsitzenden habe ich aufmerksam zugehört. Losgelöst vom Inhalt danke ich für einen fairen, kritischen, aber konstruktiven Stil. Ich nehme gerne das Angebot des Kollegen Drexler zu einer Mitarbeit bei allen Fragen um den besten Weg für Baden-Württemberg auf und sage meine Offenheit zu. Wir kennen uns seit vielen Jahren und haben diesen Stil im Parlament als Kollegen gepflegt. Die Reden der Kollegen Kretschmann und Drexler waren kritisch im Inhalt, aber fair und konstruktiv im Stil.

Die Beiträge der Kollegen Mappus und Dr. Noll zeigen: Diese Koalition ist intakt, hat einen großen Vorrat an Gemeinsamkeiten, zieht eine gute Zwischenbilanz, hat Ziele, an denen wir arbeiten. Ich baue darauf, dass die beiden Fraktionen von CDU und FDP/DVP weiter enge Mehrheitspartner für unsere Regierungsarbeit sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Kollege Drexler nahm mich in Mithaftung, hat mich mitverantwortlich für 14 Jahre Regierungsarbeit gemacht. Dies nehme ich gerne an. Ich bekenne mich dazu, dass in den letzten 14 Jahren die parlamentarische Umsetzung auch von mir mehrheitsfähig gemacht worden ist. Weil es 14 gute Jahre für Baden-Württemberg und die Bürger im Lande waren, weil Erwin Teufel gute Politik gemacht hat, habe ich mit dieser Mithaftung überhaupt kein Problem – ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sehe mich in der Fortführung dieser Arbeit von Erwin Teufel und seinen Regierungen. Kollege Drexler, dass die SPD vier Jahre dabei gewesen ist, müsste für Sie ein Grund sein, nicht alles schlechtzureden, was in diesen 14 Jahren für Baden-Württemberg gelaufen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezuto SPD: Das machen wir doch gar nicht!)

Nicht alles, was Sie vorschlagen, ist falsch. Sie werden es erleben: Es wird manchmal vorkommen, dass Sie übernehmen, was von uns vorgeschlagen wird – hoffe ich –, und ich habe keine Automatik in mir, alles abzulehnen – Klappe runter! –, nur weil die SPD oder die Grünen bei einem Thema mit Interesse und mit Kompetenz unterwegs sind.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Gibt es auch!)

Wir kämpfen um den besten Weg, und die CDU in Baden-Württemberg behauptet nicht, dass sie einen Alleinvertretungsanspruch für richtige Ideen hat. Wir greifen gute Ideen aus dem vopolitischen Raum und aus dem Parlament dann auf, wenn wir sie für gut halten. Das gilt auch für Arbeiten und Ideen von Ihrer und von der grünen Fraktion.

Aus Zeitgründen gehe ich nur auf vier Schwerpunktthemen ein, die auch in der Aussprache bei Ihnen Schwerpunkte gewesen sind: erstens Haushalt, zweitens Bildung und Betreuung in Baden-Württemberg, drittens Energiepolitik, viertens die Frage der Verkehrsinfrastruktur und wie deren Finanzierung in Zukunft laufen soll.

Der Haushalt ist das jüngste Gesetz, das hier im Landtag verabschiedet worden ist. Wir alle waren dabei. Mit dem Haushalt 2005/2006 haben wir zwei Ziele erreicht und ein Ziel verfehlt. Wir haben das Ziel erreicht, dass unser Haushalt im Gegensatz zu den Haushalten der Mehrzahl der Länder der Verfassung entspricht. Wir investieren mehr, als wir an neuen Schulden aufnehmen. Das schaffen die Grünen dort, wo sie mitregieren – es gibt kaum noch solche Länder in Deutschland –, in Nordrhein-Westfalen und im Bund, nicht. Sie schaffen es nicht, aber wir schaffen es. Auch in diesen beiden Jahren haben wir ein erstes zentrales Ziel unserer Haushaltspolitik erreicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch ein zweites Ziel erreichen wir Jahr für Jahr: Dass die Staatsverschuldung Deutschlands den Stabilitätskriterien der Europäischen Union und der Währungsunion zuwiderläuft, dass wir in Deutschland mehr Schulden machen als erlaubt, hat nichts mit dem Landeshaushalt von Baden-Württemberg zu tun. Gäbe es in anderen Ländern und beim Bund nur Haushalte mit der Struktur unseres Haushalts, ständen wir nicht in Brüssel am Pranger und müssten wir nicht zu Kreuze kriechen und die Währung aufweichen. Mit unserem Haushalt bleibt die europäische Währung stark. Auch dieses zweite Ziel wurde in Baden-Württemberg im Gegensatz zu anderen Ländern und zum Bund erreicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein drittes Ziel haben wir nicht erreicht: Die Neuverschuldung wird in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr auf der gleichen Höhe bleiben wie 2004. Insoweit ist das ein Haushalt, der nicht glänzend dasteht, und insoweit ist die mittelfristige Finanzplanung von steigendem Gewicht, die die Neuverschuldung in den Jahren 2007 und 2008 in Stufen nach unten führt. Daran will ich mich messen lassen.

Es macht, wenn man erst vor wenigen Wochen den Haushalt verabschiedet hat, in dem die Gehalts- und Pensionszahlungen verankert sind, in dem der Stellenplan enthalten ist, in dem Förderprogramme für Familien, für Frauen und Kinder enthalten sind, überhaupt keinen Sinn, jetzt nach sechs Wochen eine Kurskorrektur zu verlangen. Politik bedeutet auch Kontinuität. Deswegen ist die Haushaltspolitik ein Schwerpunkt im Nachtragshaushalt – wenn einer kommt – und in den Folgerungen aus der nächsten Steuerschätzung; in drei Wochen ist es so weit. Im Jahr 2006, wenn die Haushalte für die Jahre 2007 ff. aufzubauen sind, werde ich

(Ministerpräsident Oettinger)

mich an den Zielen messen lassen. Jetzt ist Ihre Kritik mit Sicherheit verfrüht, abwegig und falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, beim Thema „Schule, Bildung und Betreuung“ ist der behauptete Gegensatz zwischen dem Kollegen Mappus und mir überhaupt nicht vorhanden.

(Abg. Schmiedel SPD: Na! Schön wär's! – Abg. Seimetz CDU: Überhaupt nicht!)

Wir brauchen zuallererst Wahlfreiheit. Kollege Mappus hat zu Recht gesagt, dass er – wörtlich; ich habe das Protokoll hier – „Respekt vor all jenen Vätern und Müttern“ hat, denen er danken will, vor den Vätern und Müttern, schwerpunktmäßig den Müttern, weil das auch die Mehrzahl derer ist, die zu Hause bleiben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ob das auch so bleibt, wie Sie das machen? – Gegenrufe von der CDU)

– Herr Kollege Oelmayer, auch bei den Grünen sind im Regelfall Männer, die Väter sind, im Parlament, und Frauen, die keine Mütter sind, sind ebenfalls hier.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Das heißt doch im Grunde genommen: Wir haben eine allgemeine historische Entwicklung, in der die Mütter immer näher an der Kindererziehung waren, weswegen die Wahlfreiheit wichtiger wird. Der Dank des Kollegen Mappus an Mütter und Väter, die sich Zeit für die Erziehung zu Hause und zur Familienarbeit nehmen, ist richtig und weiterhin zeitgemäß.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich zitiere dazu zwei Absätze aus unserer Landesverfassung, die zwar 50 Jahre alt, aber noch immer sehr aktuell sind.

Artikel 12 Abs. 2 lautet:

Verantwortliche Träger der Erziehung sind in ihren Bereichen

– zuallererst –

die Eltern, der Staat, die Religionsgemeinschaften, die Gemeinden und die in ... Bündnen gegliederte Jugend.

Letzteres meint die Verbands- und Vereinsarbeit. Alle sind verantwortlich, und die Reihenfolge stimmt, glaube ich, ebenso.

In Artikel 15 Abs. 3 heißt es:

Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, muss bei der Gestaltung des Erziehungs- und Schulwesens berücksichtigt werden.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich glaube, dass beide sehr konkreten Aussagen – 50 Jahre alt – aktuell geblieben sind. An denen orientieren wir uns.

Deswegen spreche ich zuallererst – wie Kollege Mappus – meinen Respekt den Frauen und Männern aus, die Mütter und Väter werden und auf Jahre auf Erwerbsarbeit verzichten und Familienarbeit leisten,

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

weil Elternliebe noch immer die unmittelbarste und wohl auch die beste Form der Erziehung und der Entwicklung der Kinder ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kiefl CDU: Exakt!)

In diesem Zusammenhang will ich exemplarisch –

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Schmiedel SPD)

– Kollegin Haußmann, darf ich das ausführen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich will nur hören, ob berufstätige Eltern ihre Kinder nicht lieben! Das wollte ich von Ihnen hören! – Zuruf des Abg. Capuzzo SPD)

Wenn meine Ausführungen zur Ganztagschule zu Ende sind, können Sie prüfen, ob dazu eine konkrete Aussage gemacht worden ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Ich will meine Person stellvertretend für viele andere nehmen: Als ich aus der Halbtagschule um halb eins heimkam, war für mich immer jemand da.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Die Mutter war mitschaffende Ehefrau, hat die Buchhaltung zu Hause gemacht und war für die Erziehung meines Bruders und von mir verantwortlich. Oma und Opa waren mit uns unter einem Dach, oftmals kam der Papa mittags heim, und die Tante von der Nachbarschaft kam vorbei.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Kollegin Haußmann, wo dies heute noch möglich ist, wo dies heute noch stattfindet – und dies findet noch immer in vielen Haushalten statt –, sollte man es nicht verachten und nicht verbieten, sondern ehren und unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zurufe von der SPD – Abg. Schmiedel SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Herrmann CDU: Der Schmiedel würde gerne daheim bleiben! Das wäre besser für das Parlament und seine Kinder! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Ministerpräsident Oettinger: Sehr gerne, um seine Erregung zu mildern.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Schmiedel, bitte.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Ministerpräsident, sind Sie bereit, auch diejenigen Eltern zu achten und zu ehren, die durch ihre Berufstätigkeit zur Wertschöpfung in Baden-Württemberg beitragen,

(Lebhafte Unruhe bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sind Sie so dumm, oder tun Sie nur so?)

die Steuern entrichten und gleichzeitig Kinder erziehen und lieben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Si tacuisses!)

Ministerpräsident Oettinger: Darauf komme ich gerade jetzt, Kollege Schmiedel. Denn im Gegensatz zu Ihnen hören wir auf beiden Ohren zu,

(Abg. Drexler SPD: Stimmt ja nicht!)

sind nicht auf einem Ohr taub und auf einem Ohr blind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Göschel SPD: Er sieht auf beiden Ohren! – Abg. Drexler SPD: Sie haben doch die Wahlfreiheit bisher nicht gewollt!)

Noch einmal, um es abschließend festzuhalten: Wir wollen, dass so viel wie möglich Familienarbeit, Erziehung der Kinder durch Mütter und Väter und auch Pflege von Behinderten und Alten zu Hause in unserer Struktur in Baden-Württemberg möglich bleibt, geachtet wird. Daneben muss durch die Wahlfreiheit eine neue Aufgabe in Baden-Württemberg entsprechend entwickelt werden.

Damit zu dem, was Ihnen wichtig ist. Mir ist beides wichtig. Das Erste ist Ihnen egal

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

oder gar unangenehm.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Mappus CDU: Hervorragend! – Abg. Drexler SPD: Sie haben bisher nur das Erste im Blick gehabt! Das ist das Problem! Jetzt wird es interessant! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Ihr früherer Generalsekretär hat einmal zur Strategie Ihrer Partei gesagt, dass die SPD die Lufthoheit über den Kinderbetten anstreben will.

(Abg. Junginger SPD: Ach, deswegen! Jetzt kommt's heraus! – Zurufe der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP und Kiefl CDU)

Ich stelle mir allein einmal vor: Drexler von oben, das Kind wacht auf.

(Große Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie sehen auch nicht viel besser aus, vor allen Dingen nach Ihrer Regierungserklärung!)

Allein dieser Vorgang führt zum Kinderpsychiater.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber Mappus sieht noch schlechter aus über dem Kinderbett! Aber da erschrecken die Kinder! – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD)

– Der Kollege Mappus lacht deswegen nur die eigenen Kinder an und will nicht bei anderen Kindern in die Betten schauen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wer will in andere Kinderbetten schauen?)

Die eigenen Kinder betreut er.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Hast du ein Problem, mach Witze!)

Ich glaube, dass die Wahlfreiheit im Mittelpunkt steht.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Der Vater und die Mutter müssen die Möglichkeit haben, zu wählen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Das können sie hier nicht!)

ob eine, ob beide, ob Mutter oder Vater erwerbstätig sind,

(Abg. Drexler SPD: Ja, und das können sie hier nicht!)

und daraus entsteht ein Bedarf. Diesen Bedarf durch Angebote zu decken, die Nachfrage zu erkennen und daraus Folgerungen zu ziehen ist seit Jahren unsere Arbeit

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie doch nie erkannt!)

und wird jetzt verstärkt die Arbeit von Land, Kommunen und freien Trägern in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn ich von einem flächendeckenden Angebot spreche, dann meine ich nicht flächendeckenden Zwang und auch nicht ein Angebot von überall 100 %. Aber umgekehrt glaube ich, dass es in jeder Gemeinde, in jedem Kreis in Baden-Württemberg – unterschiedlich im Umfang – Bedarf und Nachfrage gibt. Deswegen flächendeckende Angebote nach Bedarf.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Das ist kein Gegensatz, sondern kompatibel und unser Weg. Ich bitte Sie, zu prüfen, ob das auch Ihr Weg – zumindest vonseiten der Grünen – sein kann.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ein weiterer Punkt: Diese Nachfrage wird im Norden – in Mannheim oder in Stuttgart-Zuffenhausen oder in Karlsruhe-Mitte – mit Sicherheit in allen Altersstufen und in jeder Schulart prozentual höher sein als in Blaufelden, im Hohenlohischen oder im Hochschwarzwald.

(Ministerpräsident Oettinger)

(Abg. Mappus CDU: So ist es! – Abg. Capezzuto SPD: Oi!)

Deswegen, weil es den Bedarf überall gibt, bauen wir flächendeckend aus, aber nicht überall gleich,

(Beifall der Abg. Fleischer CDU und Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

sondern entsprechend den unterschiedlichen Kräften des Ehrenamts, des Hauptamts und der Familienarbeit, die in Baden-Württemberg im ländlichen Raum in aller Regel noch mehr intakt ist als in der Großstadt im Brennpunkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Die Kollegen haben IZBB in die Debatte eingebracht. Entweder ist der Bund nicht zuständig,

(Abg. Drexler SPD: Ist er auch nicht!)

dann war das Geld nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es! Genau! – Abg. Drexler SPD: Was?)

Das müssen Sie entscheiden.

(Abg. Drexler SPD: Entschuldigung! Nach Artikel 104 kann er es machen, aber er ist nicht zuständig!)

Wenn er nicht zuständig ist, dann haben Sie ein Problem. Aber von uns zu verlangen, das Geld des Steuerzahlers und das Geld, das von Ihnen auf der Bank aufgenommen wird, weil Sie in Berlin Schulden machen wie die Sautreiber –

(Abg. Hillebrand CDU: Wie die Sautreiber!)

Das Geld, das auch von den Steuerzahlern in Baden-Württemberg kommt, abzulehnen würde mit unserem Amtseid nicht übereinstimmen.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Wir nehmen jedes Geld, das uns angeboten wird, wenn es um sinnvolle Zwecke geht.

(Zurufe der Abg. Oelmayer GRÜNE und Capezzuto SPD – Unruhe)

Deswegen war unsere Haltung in Baden-Württemberg völlig nachvollziehbar.

(Abg. Capezzuto SPD: Jedes Geld dürft ihr auch nicht nehmen! Das wäre auch nicht legal! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Bei einem Italiener muss man vorsichtig sein! – Unruhe)

– Aber noch ist die Regierung in Berlin legal im Amt. Deswegen kann man von dort Geld annehmen, sooft man will.

(Anhaltende Unruhe)

Jetzt fragen Sie, Kollege Drexler, zum zweiten oder zum dritten Mal: „Warum habt ihr denn 90 % ausgezahlt? Mit 70 % hätte es für alle gereicht.“

(Abg. Drexler SPD: Das haben andere Länder gemacht!)

Und dann sagen Sie, wir hätten das Projekt steuern müssen.

(Abg. Drexler SPD: Pädagogisch! – Weitere Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Wintruff SPD)

Wir hätten vorrangig dieses Projekt steuern müssen, das andere nicht in gleichem Maße. Diese 90 % und das Windhundverfahren waren Kernstücke der Richtlinie der Landesregierung; das wissen Sie.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Diese Richtlinie zu ändern hat Ihre Fraktion vor einem Jahr strikt abgelehnt.

(Abg. Drexler SPD: Das haben wir doch gestern schon besprochen!)

Im März 2004 – das muss man betonen und wiederholen – gab es einen Antrag Ihrer Fraktion, von einer Änderung der Richtlinie abzusehen.

(Abg. Drexler SPD: Da war aber die Hälfte schon verplempert! – Gegenruf des Abg. Mappus CDU: Darum geht es doch gar nicht! Es war etwas anderes jetzt!)

In der Begründung schreiben Sie noch weiter gehend, Kollege Drexler, wörtlich wie folgt:

Wesentliche Voraussetzung ... ist die Zusage, dass es für entsprechende Investitionen eine 90-prozentige Förderung ... gibt.

(Abg. Herrmann CDU: Aha! – Zurufe der Abg. Zeller und Drexler SPD)

Wir haben genau das gemacht, was Ihnen wesentlich war.

(Abg. Drexler SPD: Weil Sie das ausgemacht haben!)

Wir haben jetzt erkannt, dass der Bund zu wenig Geld bereitstellt, weswegen für manche Gemeinde der Antrag nach dem Windhundverfahren zu spät gestellt worden ist.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch Quatsch! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was ist da Quatsch? Das ist die Realität!)

Jetzt haben wir damit ein Problem. Ich glaube, die Reihenfolge ist klar: Zuerst muss derjenige, der das Fass aufgemacht hat, prüfen, ob er die Geister, die er ruft, auch bedienen kann. Die Bundesregierung hat das Fass aufgemacht und ist deswegen als Erste in der Pflicht, zu klären, was mit Anträgen, die nicht zum Zuge kommen, im nächsten und im übernächsten Jahr überhaupt gemacht werden soll.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Zweitens: Wir sind dazu bereit – wenn man weiß, was der Bund ergänzend macht oder nicht macht –,

(Abg. Wintruff SPD: Der macht gar nichts!)

(Ministerpräsident Oettinger)

zu beraten, ob und wie man die übrigen Anträge in den nächsten Jahren abarbeiten kann. Das hat mit dem KIF und Umschichtungen zu tun.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Vielleicht hat es im Nachtragshaushalt auch mit einer anderen Umschichtung zu tun. Aber das Ganze ist ja auch ein Verhandlungsauftrag den Kommunen gegenüber.

(Abg. Wintruff SPD: Es kommen aber weitere Anträge dazu!)

Ich meine – das gilt generell bei allen Aufgaben, die zwischen Land und Kommunen in der Trägerschaft und in Fragen der Finanzen zu behandeln sind –: Es wäre falsch, wenn die Regierung bei dem Pokerspiel mit den Kommunen alle ihre Karten auf den Tisch legen würde.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt „Pokerspiel“?)

Sie sind im Grunde genommen nur daran interessiert, gegen uns unterwegs zu sein. Wenn die Regierung alle Karten auf den Tisch legen würde, käme für den Landeshaushalt von Baden-Württemberg mit Sicherheit ein schlechteres Ergebnis heraus, als wenn die Verhandlungen ergebnisoffen beginnen und zielführend sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Bezüglich der Ganztagschule und der Trägerschaft von Kindergärten, Kollege Noll, will ich mit Ihnen die Frage besprechen, wie sich Trägerschaft und Aufgabentrennung entwickeln sollen. Ihr Vorschlag ist logisch, nämlich klare Vollverantwortung. Trotzdem sehe ich andere Argumente, die meines Erachtens weiterführend sind.

Was meine ich? Ihr Vorschlag stammt ja vom Kollegen Klotz, dem früheren hauptamtlichen Vorstandsmitglied des Städtetags; Herr Gönner aus Ulm hat ihn übernommen. Der Gemeindetag ist anderer Meinung. Ich halte Ihren Vorschlag für falsch. Vor dem Hintergrund, dass der Kindergarten für die Schulreife immer bedeutsamer wird, dass die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer in den Kindergärten gehen, dass die Schuleingangsprüfung ein Teil der Schulpflicht wird, meine ich, dass das Land zwar nicht Träger der Kindergärten sein muss, sich aber aus der fachlichen Entwicklung und der Bildung und Weiterbildung der Betreuungskräfte, der Kindergartenkräfte nicht zurückziehen darf, sondern sich einbringen, sich integrieren muss, und zwar bei der inhaltlichen Arbeit der Kindergärten in gemeinsamer Verantwortung von Kommunen, Kirchen und freien Trägern.

(Beifall des Abg. Wacker CDU)

Wir wollen die Ganztagschule nach Maß, nach Bedarf flächendeckend entwickeln. Die Schulaufsicht weiß aufgrund der Ortsnähe jedoch längst nicht so gut wie der Bürgermeister und sein kommunales Schulamt, wie sich in den Stadtteilen der Bedarf entwickelt und wie danach zu handeln ist. Da die Kommune der Schulträger ist und ihr die Gebäude gehören, halte ich den Rückzug der Kommune aus der Bildung und Erziehung der Schulkinder ebenfalls für weniger denn je sachgerecht. Gemeinsame Trägerschaft, gemeinsa-

me Verantwortung, gemeinsame Finanzierung zwischen Kommune, Kirche und Land wird unser Ziel sein. Wir reden hierüber ohne Streit, aber ich glaube, dass man entlang dieser zusammenwachsenden Aufgaben alle Hände, also Haupt- und Ehrenamt, braucht und dass der Bürgermeister und der Schulleiter in Zukunft ideale Moderatoren und Manager einer Schule nach Maß für den eigenen Ortsteil, Stadtteil, die Gemeinde werden können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Gedanke, das Ehrenamt zu qualifizieren und in der Schule das Hauptamt durch das Ehrenamt zu ergänzen, wurde ja bisher noch nicht generell kritisiert. Dafür danke ich. Ich bitte Sie, zu prüfen, ob nicht dort, wo Sie Autorität haben, mitgewirkt werden kann, damit daraus ein gutes Angebot wird. Ich setze für die Ganztagschulen, die wir brauchen, bedarfsgerecht und flächendeckend in Baden-Württemberg, auf mehr Hauptamt. Ein Teil der Mittel für Lehrerstellen, die in absehbaren Jahren durch Rückgang der Schülerzahlen und Stellenstreichungen frei werden, wird dem Ausbau des Schul- und Bildungswesens der Ganztagschule zu widmen sein. Wir brauchen mehr Hauptamt, wenn es um Ganztagschulen geht.

Ferner kann es sein, dass man von der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer, die mit Sicherheit erfüllt wird – die arbeiten ihre 41 Stunden in der Woche und manche noch mehr –, etwas mehr Zeitpräsenz in der Schule außerhalb des Unterrichts, den sie leisten, erbitten muss, um so den Rahmen, die Verantwortung der Schule als Ganztagsort durch hauptamtliche Kräfte stärker darstellen zu können.

Zum Ehrenamt: Ich rede nicht vom billigen Jakob, sondern von Qualifikation. Wir haben doch schon jetzt in der Bildung und Erziehung, in der Freizeitgestaltung unserer Kinder zu unterschiedlichen Tageszeiten und in der Ferienzeit ehrenamtliches qualifiziertes Angebot, „Jugendbegleiter“, Mentoren, Übungsleiter in allen Sparten. Die Frage ist, ob dies nicht auch in der Schule eine Option, eine Ergänzung – keine Allzweckwaffe, kein Wundermittel – sein kann.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Naturschutzbund Baden-Württemberg schreibt wörtlich in einer Presseerklärung:

Auch Oettingers Vorstoß

– von gestern –

zur Einführung von Jugendbegleitern an Ganztagschulen wird vom NABU begrüßt. „Das ist eine hervorragende Idee und ein Angebot, das wir sehr gerne annehmen“, betont Rösler

– der Vorsitzende des NABU Baden-Württemberg –

die Bereitschaft des NABU, an der Betreuung mitzuwirken. „Auf der einen Seite der Bedarf an Betreuung, auf der anderen Seite das Know-how der Verbände: Es ist sinnvoll,

– so Rösler –

beides zusammenzubringen.“ Der NABU sieht in diesem Angebot nicht nur eine Würdigung des qualifizier-

(Ministerpräsident Oettinger)

ten und langjährigen ehrenamtlichen Engagements der Umweltverbände, sondern auch eine Chance, der rasant wachsenden Naturentfremdung von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Diese Aussagen sind hundertprozentig korrekt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Was für den Naturschutz gilt – ich nehme den Schwäbischen Albverein, den Schwarzwaldverein, den BUND hinzu –, gilt genauso für Musik und bildende Kunst, gilt genauso für die moderne Arbeitswelt, für Betriebsräte, Handwerksmeister und Unternehmer und gilt für den Sport zuallererst. Im Sport wird das nämlich flächendeckend in Baden-Württemberg jeden Nachmittag und jeden Abend mit Ballsport, mit Turnen und anderen Sportarten erprobt.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Diesen Weg wollen wir jetzt mit allen besprechen. Ich lade Sie ein, an dem Gespräch teilzunehmen. Wenn Sie nicht mitmachen, schließen Sie sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung Baden-Württembergs automatisch aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Sie haben das Thema Privatschulen angemahnt. Auch dazu zwei konkrete Aussagen, die von uns beiden vereinbart sind: Wir werden, wie im Landtag beschlossen – das ist ein halbes Jahr her –, noch in dieser Legislaturperiode im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten als mittelfristiges Ziel das Bruttokostenmodell als ein objektives Rechenmodell zur Ermittlung der vollen Kosten eines Schülers, einer Schülerin an privaten Schulen im Privatschulgesetz verankern.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Was heißt „mittelfristig“?)

– Kurzfristig in das Gesetz, mittelfristig als Ziel.

(Abg. Zeller SPD: In zehn Jahren?)

– Sie wissen als erfahrener Parlamentarier, Kollege Zeller, dass „mittelfristig“ eher fünf als zehn Jahre bedeutet.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das haben Sie ja abgelehnt!)

Jetzt konkret zu der Höhe der prozentualen Förderung, die wir leisten. Wir haben mit diesem Haushalt die Mittel für einige Schularten etwas gekürzt. Wir haben bei den privaten Gymnasien, die nach dem alten Berechnungsmodell auf einen Fördersatz von 82 % kamen, die Förderung auf 80,5 % gekürzt. Dennoch liegen die privaten Gymnasien und damit auch die Waldorfschulen im Vergleich zu anderen Schulen bei der prozentualen Förderung noch immer ganz vorn.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir haben noch ein Zweites gemacht: Wir haben mit mehr Geld und über Umschichtungen den Fördersatz bei privaten Berufsschulen und anderen Schularten von unter 60 % auf

über 70 % erhöht. Damit haben wir erreicht, dass diese Träger eine Zukunft haben und nicht schließen müssen. Das gilt zum Beispiel für kirchliche Träger in Baden-Württemberg,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Genau!)

wenn es um Kinderbetreuungs-ausbildung geht. Diesen Weg setzen wir fort. Für jeden Schüler werden derzeit mindestens 70 % bezahlt. Für einige Schüler liegt der Fördersatz bei 78 und 80 %. Wir wollen im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen in Stufen erreichen, dass ein Satz von 80 % das Maß unserer Förderung ist. Ich möchte behaupten – das ist schon jetzt absehbar –, dass dann kein anderes Land den Privatschulen ein so guter Partner ist wie das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum Dritten: die Energiepolitik. Ich kämpfe bei der Energiepolitik um Arbeitsplätze, um Wertschöpfung, um Steuereinnahmen, um Sicherheit – egal, um welches Unternehmen in der Energiewirtschaft es sich handelt. Jeder Arbeitsplatz bei jedem Betrieb ist mir gleichermaßen lieb. Da aber die Energie Baden-Württemberg der deutlich größte Arbeitgeber ist, bestand hier Vorrang, damit die Entscheidung über alle künftigen Fragen im Grunde nicht in Paris getroffen wird. Das wissen Sie, oder Sie wissen es noch nicht.

Da besteht ein Dissens zwischen SPD und Grünen.

Ich halte es für richtig, dass mittel- und langfristig ein Börsengang erreicht wird, sodass die Energie Baden-Württemberg nicht allein durch die OEW und die EdF getragen wird, sondern ein lukratives Unternehmen wird, an dem sich der Aktionär beteiligt. Ich glaube, dass das Ziel, nämlich die Zahl von 30 % Privataktionären, wie es vor fünf Jahren beabsichtigt war, in fünf Jahren durch unsere Bemühungen erreicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Damit klar ist: Das geht, wenn die EdF auf Bezugsrechte verzichtet, damit nicht, über die Börse aufgekauft, eine Übernahme möglich wird.

Dann wird gesagt, die Kraftwerke in Baden-Württemberg seien nicht mehr auf dem aktuellen Stand der Technik. Man spricht von „Neandertalern“ und Ähnlichem. Wissen Sie, die Endlagerung von Restprodukten aus den Kernkraftwerken bleibt eine Aufgabe, egal, wie lange Kernkraftwerke in Deutschland noch Strom produzieren.

(Abg. Wieser CDU: So ist es! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das könnte gelöst sein!)

Wenn man die Kernkraftwerke morgen schließen würde, dann wäre das genauso schwierig, wie wenn man noch 20 oder 30 Jahre lang in Kernkraftwerken Strom erzeugen würde.

(Abg. Drexler SPD: Trotzdem!)

Deswegen ist die Entsorgung und die Endlagerung kein Argument dafür, jetzt dichtzumachen. Das wäre vor 40 Jahren

(Ministerpräsident Oettinger)

ein Argument gewesen, nämlich bei Willy Brandt, bei Ihrem Wirtschaftsminister Schwarz und bei uns in der CDU – damals gab es die Grünen noch nicht. Wer dieses Argument aber jetzt einführt, verkennt Ursache und Wirkung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Die Endlagerung bleibt in Deutschland, ob mit oder ohne Kernkraft, eine Aufgabe unserer und Ihrer Generation.

In wenigen Tagen geht Obrigheim vom Netz – abgehakt. Ich finde es blöd, wenn man Veitstänze darum herum auführt

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das macht ja auch niemand!)

und sich wie kleine Kinder darüber freut.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es waren nur erwachsene Leute dort!)

Damit trifft man nicht die Befindlichkeit der Arbeitnehmer und der Bevölkerung in der Region. Aber sei's drum, das ist Ihr Problem. In Ihrer Freizeit dürfen Sie machen, was Sie wollen.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Auch im Parlament? – Abg. Junginger SPD: Das ist aber großzügig! – Zurufe, u. a.: Veitstänze! – Abg. Fleischer CDU: Wenn man das so empfindet!)

Aber Obrigheim ist ja nur ein kleiner Teil der Entwicklung. Die beiden größeren Schritte stehen ja unmittelbar bevor. In vier Jahren wird Neckarwestheim vom Netz gehen. Da geht es um 900 Megawatt und nicht nur, wie jetzt in Obrigheim, um 230 Megawatt. In acht Jahren – das fällt also auch noch in unsere Verantwortung – wird der erste große Block des Kernkraftwerks Philippsburg vom Netz gehen, der noch einmal 900 oder mehr Megawatt liefert. Damit geht es also um 2 200 Megawatt, die in Baden-Württemberg fehlen werden. Wer die Planungs- und Bauzeit für neue Kraftwerke, egal, mit welcher Technik, kennt, der weiß, dass das, was hier verloren gehen wird, in Baden-Württemberg nicht zeitgleich ersetzt werden kann, sondern importiert werden muss. Dies ist allemal ein dummer und falscher Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Wenn man jetzt loslegte, dann würde es gehen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie haben ja nichts gemacht!)

Die EnBW nimmt jetzt kurzfristig – nach der Stilllegung von Obrigheim – zwei alte „Kisten“ erneut in Betrieb, nämlich die längst stillgelegten Kraftwerke in Heilbronn und in Walheim. Die CO₂-Emission feiert fröhliche Urständ; und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Weitere Zurufe von der CDU)

Dann wird gesagt, dass die EnBW zu gar nichts verpflichtet werden könne. Ich frage Sie: Wären Sie in dem Fall, dass wir eine entsprechende Zusicherung der EnBW bekämen,

bereit, ergebnisoffen über eine Alternative nachzudenken? Man kann die Ertragssteigerungen, die durch Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken möglich würden, errechnen. Wenn durch politische Entscheidungen im Deutschen Bundestag – egal, durch wen – und im deutschen Bundesrat bilanziell abgeschriebene, technisch neue Kernkraftwerke zehn Jahre länger laufen könnten, wenn die Abschaltung also nicht 2008 oder 2012, sondern zehn Jahre später erfolgte, dann entstünde eine Renditesteigerung, deren Höhe man durch unabhängige Gutachten errechnen kann. Wenn die EnBW bereit wäre, bis zu 50 % ihrer so erzielten Ertragssteigerung in Forschung, Entwicklung und Markteinführung von Geothermie, Biomasse und anderem in Baden-Württemberg zu investieren, wären Sie dann bereit, ergebnisoffen darüber nachzudenken, ob die Laufzeitverlängerung nicht die größte Schubkraft für die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg bringen kann, während Kohle und Gas – CO₂-schädlich, wie sie sind – der falsche Weg sind?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben in den letzten Wochen mehrfach den Popanz von anderen Kraftwerken in Obrigheim aufgebaut.

(Abg. Scheuermann CDU: Echter Popanz!)

Sie haben die Aussage gemacht, dass die Stadtwerke keine Partner beim Land fänden. Herr Kollege Pfister hat eingeladen – –

(Abg. Drexler SPD: Der Brief ist vom 12. Oktober! Jetzt haben wir langsam April! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Drexler ist für das Landesarchiv zuständig! – Zurufe der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU, Knapp und Schmiedel SPD)

Herr Kollege Pfister hat zu einem Gespräch eingeladen.

(Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Die Stadtwerke kommen zu ihm, um zu besprechen, wie das Land mithelfen kann, damit Produktionskapazitäten, die die Stadtwerke bauen wollen, in Baden-Württemberg technisch, rechtlich und finanziell möglich sind.

(Abg. Drexler SPD: Zwei sind schon weg! – Abg. Wieser CDU: Mit jeder Minute fällt Drexler weiter runter! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Aber bitte ohne Schmiedel! – Zurufe der Abg. Knapp und Schmiedel SPD)

Wir berichten gerne in wenigen Wochen darüber. Warten Sie es ab!

Zum Zweiten, Herr Kollege Schmiedel: Sie haben den Deal der Energie Baden-Württemberg mit der STEAG, also der Ruhrkohle AG, kritisiert. Ich weiß verlässlich, dass zu diesem Thema in zwei Zentralen Wut herrscht: bei Eon in Düsseldorf und bei RWE in Essen. Die Energie Baden-Württemberg hat einen strategischen Schachzug mit der STEAG und mit Herrn Müller, Ihrem früheren Wirtschaftsminister, erreicht, der die EnBW stärkt, die auf den deutschen Markt kommt, und umgekehrt. Das hat mit einer Abwanderung von Arbeitsplätzen gar nichts zu tun, hat aber mit einem Wachstum der Energie Baden-Württemberg im

(Ministerpräsident Oettinger)

deutschen Energiemarkt in strategischer Partnerschaft sehr viel zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Aber mit Arbeitsplätzen hier hat das sehr viel zu tun!)

Jetzt zum Standort Obrigheim ganz konkret: Was könnte man machen? Denkbar wäre dort ein Biomassekraftwerk. Dafür sind alle Gegebenheiten vorhanden. Aber die Vorschläge, die bei Ihnen im Gespräch sind, sind überhaupt nicht aktuell und auch nicht machbar. Kohlekraftwerk oder Gaskraftwerk sind in Obrigheim auf absehbare Zeit nicht möglich.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Warum? Wenn man Kohle verbrennen will, braucht man einen Hafen

(Abg. Wieser CDU: Was braucht man?)

oder Autos. Aber Lkw wollen Sie ja nicht – zu Recht. Ein Schiffshafen in Obrigheim, eine Entladestation ist nicht vorhanden. Woher soll die Kohle kommen, damit dort ein Kohlekraftwerk gebaut werden kann?

Zum Zweiten solltet ihr in Obrigheim nicht nur Fässer aufmachen und feiern, sondern euch umschaun und sachkundig machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD zu den Grünen: Habt ihr Fässer aufgemacht? Habt ihr aus Fässern gegessen?)

Zum Thema Gaskraftwerk: Auch eine Gasleitung nach Obrigheim besteht bisher nicht.

(Abg. Mappus CDU: So ist es!)

Es wird eine geplant, stimmt: von Wingas und Ruhrgas/Eon, die Süddeutsche Erdgasleitung (SEL). Aber sie wird erst geplant und ist nicht vorhanden. Das dauert noch Jahre, während Sie im Grunde genommen kritisieren, dass jetzt kein Gaskraftwerk gebaut wird. Mit Fässern kann man kein Gas transportieren. Das macht überhaupt keinen Sinn. Deshalb ist dieser Vorschlag oberflächlich und überhaupt nicht sachkundig geprüft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Schwätzer halt! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Letzter Punkt: Ich bin gerne bereit – wenn Sie das annehmen –, in den nächsten Wochen zu einem Fachgespräch einzuladen – mit Herrn Dr. Claassen und mit Ihrer Teilnahme –, um zu prüfen, welche Möglichkeiten der Grundstückseigentümer Energie Baden-Württemberg für den Erhalt und die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Stromgewinnung am Standort Obrigheim sieht.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wenn Sie dieses Angebot annehmen, bin ich zur Moderation des Gesprächs mit der Energie Baden-Württemberg sehr kurzfristig bereit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Wunderbar! Sehr gut! – Abg. Fleischer CDU: Sehr guter Stil! – Abg. Wieser CDU: Das schafft Arbeit!)

Ich komme zum vierten und letzten Punkt: Wie finanzieren wir Verkehrswege in Deutschland und Baden-Württemberg? Da geht es um Straßenbau – aber nicht nur. Sie wissen, dass der Schienenwegebau unserer Koalition genauso wichtig wie der Straßenbau ist, denn beides gewährleistet die Infrastruktur, die Baden-Württemberg braucht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Den Neckar nicht zu vergessen!)

– Schifffahrt ohne Frage ebenfalls, Mannheim, Stuttgart. Das ist von gleicher Bedeutung: längere Schleusen und anderes.

Bei einer nüchternen Betrachtung der Haushalte – des Landeshaushalts und des Bundeshaushalts –, der Staatsverschuldung, der Sozialausgaben und anderem glaube ich nicht, Herr Kollege Drexler und Herr Kollege Kretschmann, dass durch Umschichtungen im Haushalt in den nächsten Jahren auf Dauer das Notwendige an Mitteln erbracht werden kann, das unser Standort, unsere Volkswirtschaft braucht, damit wir im Straßen- und Schienenwegebau zukunftsfähig werden. Ich glaube nicht, dass eine Haushaltslösung allein die entsprechenden Aufgaben meistern kann.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens behaupte ich, dass die Kraftfahrzeugsteuer nicht mehr zeitgemäß ist. Denn Hubraum ist weder ein Faktor für Luftemissionen noch für Lärm, noch für Straßennutzung überhaupt. Ich sehe auch, dass die Kraftfahrzeugsteuer den Ländern zusteht. Bei gutem Willen muss es möglich sein, alte Steuereinnahmen und neue Steuereinnahmen so auszustarieren, dass kein Haushalt – weder im Bund noch in den Ländern – Nachteile hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Aha!)

– Ja natürlich. Ich sitze nicht auf der Kraftfahrzeugsteuer drauf. Das haben wir so in der großen Koalition beschlossen. Nur haben wir dafür noch nie eine Bundesratsmehrheit bekommen. Mit mir ist die ersatzlose Streichung zu machen. Ich strebe sie an. Wir brauchen dann Teilhabe an anderen Einnahmen, damit der Landeshaushalt keinen Nachteil hat.

(Abg. Drexler SPD: Versicherungsteuer!)

– Langsam! – Eine zweite Aussage dazu: Ein Benzin- und ein Dieselpreis, die über den Preisen in den Nachbarländern liegen, machen in einem Land, das mitten in Europa liegt, wenig Sinn. Nun müssen Sie eines sehen: Harmonisierung heißt auch hier, dass der, der in Kehl wohnt, einen ähnlichen Benzinpreis braucht wie der, der ihn in Straßburg zu zahlen hat. Gleiches gilt für Frankfurt (Oder) und Polen, Konstanz und Kreuzlingen, Friedrichshafen und Bregenz sowie andere Grenzgebiete. Wir haben nur Außengrenzen zu Ländern Europas. Es macht deswegen keinen Sinn, dass unser Benzin- und Dieselpreis durch Mineralölsteuer, durch

(Ministerpräsident Oettinger)

Ökosteuer und durch Mehrwertsteuer mittlerweile im oberen Drittel Europas und nicht mehr in der Mitte liegt. Er muss in die Mitte!

Das ist ein nahe liegendes Ziel, wenn man seine Geografie, seine Topografie, wenn man die Landkarte Europas kennt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Um die beiden Steuerausfälle – Kraftfahrzeugsteuer weg, Benzin- und Dieselpreis etwas niedriger – zu kompensieren

(Abg. Drexler SPD: Wer zahlt das?)

– langsam –, müsste man überlegen, ob nicht eine Vignette, wie sie in der Schweiz, in Österreich und in anderen Ländern angewandt wird, der richtige Weg ist.

Mittel- und langfristig halte ich die Pkw-Maut für denkbar. Wenn sich die Lkw-Maut bewährt, wenn sie technisch, kassemäßig, rechtlich hält, wenn die Zweckbindung nachgewiesen wird, wird der Verbraucher, wird der Autofahrer auch bereit sein, mit uns einen Dialog über eine Bezahlung des gefahrenen Kilometers zu führen.

Damit hätten wir die gleiche Einnahme, aber nicht nur, denn die Kraftfahrzeugsteuer zahlt jemand, der unsere Straße durchfährt, aber seinen Erstwohnsitz in Straßburg hat, nicht. Die meisten Autofahrer mit ausländischem Kennzeichen fahren durch Deutschland durch, tanken vorher und nachher und nicht bei uns.

(Abg. Drexler SPD: Das sind insgesamt 5 % für Deutschland!)

Das heißt, wir hätten tendenziell 15 % Mehreinnahmen in Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: So können Sie nicht rechnen! Das ist indiskutabel!)

– Augenblick, die Größenordnung beträgt 7 bis 8 % bundesweit. Das ist nicht nichts, das wäre ein Beitrag zu mehr Straßen- und Schienenwegebau.

Wenn das alles logisch dargestellt wird und der Autofahrer in fünf Jahren sieht, dass wir mit dem Ausbau der Infrastruktur nicht nachkommen, dass er deshalb Zeit verliert und dass Waren, Güter und Facharbeiter im Stau stehen, anstatt „just in time“ am Ort verfügbar zu sein, dann kann man bei ihm Verständnis und kann man Mehrheiten für eine etwas teurere Vignette oder eine Pkw-Maut gewinnen, die nominal und real Nettomehreinnahmen für den zweckgebundenen Straßenbau bringen. Das glaube ich. Darüber reden wir mit dem Bürger. Wenn Sie das auch tun, dann sind Sie auf dem richtigen Weg. Machen Sie es nicht, dann koppeln Sie sich von der richtigen Entwicklung von vornherein ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die CDU will das ja auch im Bund!)

Ich habe mich heute über die Sachlichkeit gefreut – ernst gemeint, Respekt! –, aber noch mehr über die Schlagzeile heute früh: „Stuttgart und München sind die beliebtesten Städte in Deutschland“ – zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung, die von McKinsey zeitnah angestellt worden

ist. Wörtlich: „Auch die attraktivsten Regionen liegen im Süden. Die zufriedensten Deutschen leben in Bayern und Baden-Württemberg.“ Hört, hört!

Weiter wird gesagt, dass die Faktoren Wirtschaft, Arbeit, bürgernahe Verwaltung, Bildung und Familie für Stuttgart und Baden-Württemberg den besten Platz knapp vor Bayern gebracht haben.

Deswegen sage ich: Wir sollten gemeinsam unser Land nicht schlechreden. Wir sollten an Verbesserungen arbeiten. Wir sollten uns attestieren, dass die Politik der letzten Jahrzehnte gut war – nicht fehlerfrei, aber gut. Wir wollen weiter die Stärken halten, die Schwächen verringern. Dies ist die Politik von CDU und FDP/DVP. Ich glaube, da sind wir auch mit der neuen Mannschaft der Regierung, die seit einer Woche arbeitet, auf dem richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, jetzt machen wir eine Mittagspause! Jetzt muss auch die Menschlichkeit siegen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort hat Herr Abg. Drexler.

(Unruhe)

Abg. Drexler SPD: Sehen Sie, wenn man dann als Erster das Wort ergreift, dann sind Sie auch unglücklich.

Herr Ministerpräsident, noch einige Bemerkungen zu Ihnen.

(Abg. Wieser CDU: Sprechen Sie aber leiser, damit man keinen Ohrenschaden bekommt!)

– Sie sind ja schwerhörig auf dem linken Ohr. Ich habe vorhin gehört, dass der Herr Ministerpräsident gesagt hat, er sei auf einem Ohr blind. Wenn das bei Ihnen auch der Fall ist, muss ich laut reden.

Wahlfreiheit: Ich sage hier noch einmal: Wir sind froh über jeden, der zu Hause bleiben und sich um seine Kinder kümmern kann. Wir sind aber – jetzt kommt das, was Sie in diesem Land bisher nicht sichergestellt haben – für die Wahlfreiheit, damit jemand, der das eine will, genauso gut gestellt ist wie der andere. Dafür haben Sie bisher nicht gesorgt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Insofern wundert es mich schon, warum Sie als der Politiker Günther Oettinger diese Rede nicht vor einem Jahr hier in diesem Haus gehalten haben, als unsere Anträge kamen, auch nicht vor zwei Jahren und nicht vor fünf Jahren. Da ging es um Wahlfreiheit. Sie haben systematisch aufgrund Ihrer ideologischen Vorstellung die Wahlfreiheit der Männer und Frauen in Baden-Württemberg verhindert. Wir wollen sie sicherstellen. Dann warten wir einmal ab, ob Ihre Vorschläge dazu ausreichen, dass die Wahlfreiheit in Baden-Württemberg nun endlich kommt. Für uns ist das kein Gegensatz – Sie bauen da immer Gegensätze auf –, aber bisher hat die Realisierung gefehlt. Deswegen bleiben wir auch so hartnäckig dran.

(Drexler)

(Abg. Fleischer CDU: Allein schon durch die Betonung!)

IZBB: Ihre Haltung verstehe ich nicht. Nach dem Grundgesetz kann der Bund Zuschüsse an Länder geben. Er hat das hier gemacht.

(Abg. Fleischer CDU: Dann soll er es vollständig machen!)

Er hat das angeboten; das Angebot ist angenommen worden. Es war klar, dass Baden-Württemberg nicht mehr als 528 Millionen € bekommt. Das war klar.

(Abg. Röhm CDU: Jetzt ist es aus! – Abg. Fleischer CDU: Entweder er macht etwas richtig oder gar nicht!)

Wie beim Straßenbau auch haben Sie es halt nicht im Griff gehabt und haben keine Prioritäten gesetzt. Im Übrigen: In Ihrem normalen Bauprogramm für Schulen machen Sie das doch. Da weisen Sie den Regierungspräsidien gleichmäßig Mittel zu. Dann werden diese Mittel verteilt, und dann gibt es noch einen Ausgleich untereinander. Jetzt frage ich mich: Warum haben Sie das denn hier nicht gemacht? Deswegen sind Freiburg und Südbaden dramatisch benachteiligt. Das haben Sie zu vertreten und nicht die SPD. Man hätte den Satz auch reduzieren können. Ich sage es noch einmal: Sie haben sich halt einfach nicht vorstellen können, dass 913 Projekte angemeldet werden. Das war Ihr ideologischer Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Oettinger, noch einmal etwas zum Ehrenamt. Wir haben überhaupt nichts dagegen, dass Ehrenamtliche an Ganztagschulen kommen. Die SPD-regierten Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben schon längst Vereinbarungen mit Sportvereinen usw. abgeschlossen. Das ist nicht unser Thema. Aber das Wörtchen „auch“ muss dazu. Das heißt „auch Pädagogik“. Darum geht es uns.

(Abg. Fleischer und Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das hat er doch gesagt!)

Wenn Sie auch dafür waren, verstehe ich überhaupt nicht, warum die CDU vor zwei Monaten in diesem Haus abgelehnt hat, dass den Ganztagschulen Mittel zugewiesen werden, über deren Verwendung sie selbstständig entscheiden können, wenn es um Fragen geht wie die: Brauche ich mehr Pädagogik? Brauche ich diese oder jene Gruppe an den Schulen? Das haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Es ist doch lächerlich, hier einen Antrag immer wieder abzulehnen und ihn dann zwei Monate später als eigenen Vorschlag zu bringen. Das ist lächerlich und in diesem Fall auch kindisch, muss ich Ihnen sagen, genauso wie Sie gestern den Auftrag des Parlaments abgelehnt haben, darüber nachzudenken, wie man den Gemeinden helfen kann. Das haben Sie gestern abgelehnt. Jetzt kommen Sie und sagen, das müsse man möglicherweise machen. Ich glaube nicht, dass man mit diesem Politikverständnis in Baden-Württemberg

die Glaubwürdigkeit der Politik erhöht, Herr Oettinger.

(Beifall bei der SPD)

Nur damit Sie es noch einmal wissen: Zu Ihrer ständigen Behauptung, die grün-rote Koalition in Berlin würde massiv Schulden aufnehmen, wollte ich Ihnen noch einmal klar sagen, damit Sie es endlich einmal kapieren – Sie sind doch auch Finanzpolitiker –: Als Helmut Schmidt ging, betrug die Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland genau 2 550 €. Als Helmut Kohl ging, waren 11 220 € pro Kopf hinzugekommen, und die jetzige Bundesregierung hat noch einmal 2 770 € draufgelegt. Das heißt, für 60 % der Bundesschulden hat die CDU/CSU die Verantwortung, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wer war hier Schuldentreiber? Ihre Behauptung ist doch lächerlich.

Zur Energiepolitik: Herr Oettinger, ich weiß nicht, mit wem Sie eigentlich gesprochen haben. Das Großkraftwerk Mannheim will insgesamt 1 200 Megawatt erstellen.

(Ministerpräsident Oettinger: Ersatz!)

– Nein, jetzt Neu- und Umbau.

Zum Wasserpfeffing haben Sie nichts dazu gesagt, dass das Urteil in Ihrem Ministerium schon vier Jahre in der Schublade liegt.

(Ministerpräsident Oettinger: Gestern gemacht!)

– Gestern gemacht, nach vier Jahren? Schön. Na endlich! Man muss Sie treiben.

Noch etwas zum Antreiben: Sie behaupten immer, was die Kernkraftwerke machen können. Sie wissen, dass der Ausstiegsbeschluss seit einigen Jahren vorliegt. Hätten Sie ab dem Ausstiegsbeschluss Planungen betrieben, Gespräche geführt, wäre die Überleitung überhaupt keine Schwierigkeit. Jetzt lamentieren Sie, dass Sie nur vier oder fünf Jahre Zeit haben. Sie haben zehn Jahre für den Ausstieg gehabt und haben nichts getan. Deswegen sagen wir Ihnen: Der Ausstieg muss jetzt unter dem Druck erfolgen. Dazu sind Energieeinsparung, Energieeffizienz und vor allen Dingen erneuerbare Energien ganz wichtige Aspekte.

Ganz wichtig ist, dass die Uranvorkommen nur noch für 40 Jahre reichen. Dazu haben Sie auch nichts gesagt.

(Abg. Mappus CDU: Weil es nicht stimmt!)

40 Jahre – so die Internationale Energieagentur. Dann setzen Sie auf den Schnellen Brüter. Das müssen Sie den Menschen aber auch sagen.

Jetzt noch etwas zu Energiepolitik, zu Mittelstand, Stadtwerken usw.: Sie kümmern sich überhaupt nicht um den Mittelstand. Herr Mappus hat vorhin den Angriff von Herrn Müntefering zu der Frage, wie man mit dem Kapital umgeht, angesprochen. Wir haben überhaupt kein Problem, wenn wir über das Kapital, das baden-württembergische Unternehmen einsetzen, reden. Ich spreche aber – das

(Drexler)

müsste Ihnen doch auch klar sein – von dem weltweiten Kapital, das in Baden-Württemberg Betriebe aufkauft, sie „ausmostet“ und dann geht.

(Abg. Mappus CDU schüttelt den Kopf. – Zuruf von der SPD: Da schüttelt er den Kopf!)

Das findet in vielfältiger Weise in Baden-Württemberg statt. Dass wir jetzt die soziale Verantwortung nach dem Grundgesetz einfordern, ist überhaupt nicht schlimm. Wir sagen vielmehr: Marktwirtschaft ist bei uns eine soziale Marktwirtschaft, und das Soziale muss betont werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ein Beispiel aus Baden-Württemberg: KaVo Leutkirch.

(Abg. Dr. Birk CDU: Kein Widerspruch!)

– Dann muss er es aber nicht ansprechen. – Der Betrieb wurde 1909 gegründet und ist 1946 nach Biberach gekommen. Er hat drei Werke gehabt mit den Standorten Biberach, Warthausen, Leutkirch. Umsatz: 370 Millionen €. 3 300 Beschäftigte. Weltweite Umsatzrendite 10 %. Toll, verbunden mit dem Land. Die Familie hat an eine amerikanische Gruppe verkauft, und dann fing es an. Im November sollten dann Beschäftigte entlassen werden, weil man eine Effizienzrendite, eine Umsatzrendite von 18 % wollte. Irgendwann gab es eine Einigung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat: Es gibt noch ein eigenständiges System und Aufträge für KaVo für zwei Jahre. Nicht 700, sondern nur 250 Arbeitsplätze wurden im Kampf abgebaut, indem man diskutiert hat – auf der Basis der Mitbestimmungsrechte und des Tarifrechts. Aber genau diese Rechte wollen Sie abbauen, während wir sagen: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg brauchen diese Rechte,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

um gegen ausländisches Kapital kämpfen zu können. Im Übrigen, Herr Oettinger, gab es eine SWR-Sendung über diesen Skandal, weil sich die Eigentümer überhaupt nicht dafür interessiert haben, was zu den sozialen Aspekten in unserer Verfassung steht. Genau über diese Fälle wollen wir mit Ihnen reden. Ich zitiere nun den Oberbürgermeister von Leutkirch, Elmar Stegmann, der im Übrigen Mitglied der CSU – nicht der CDU – ist:

Es ist aber enttäuschend, mitzuerleben,

– am 10. März 2005! –

wie sich momentan leider die Landesregierung verhält.

(Abg. Schmiedel SPD: Hat er gesagt!)

KaVo ist nämlich kein Einzelfall in der Region. Wir haben in Isny die Firma Dethleffs, in Wangen die Firma AKO Diehl und in Bad Waldsee Hymer. Es brennt also in der Region, und es ist für mich wenig nachvollziehbar, dass die Landesregierung nicht einmal von sich aus Kontakt mit uns aufnimmt, mit den Entscheidungsträgern vor Ort, um sich zu erkundigen und entsprechende Hilfestellungen zu geben.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es! – Zuruf des Ministers Pfister)

Das ist bis heute nicht der Fall.

(Minister Pfister: Das ist doch nicht wahr! Das ist die Unwahrheit!)

– Herr Pfister, Sie standen nebendran.

Ich habe Ihnen am 10. November geschrieben.

– Wieder ein Brief. –

Bisher hat es nur Gespräche mit nachgeordneten Mitarbeitern gegeben.

(Abg. Zeller SPD: Ein Skandal!)

Ihr Staatssekretär war einmal hier in Leutkirch, aber seitdem war Funkstille.

Das ist das Ergebnis der Hilfen von Ihnen, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind für eine aktive Mittelstandspolitik. Eine Landesregierung muss sich hier auch einmischen.

Jetzt etwas zum Boykott. Was heißt denn „Boykott“? Frau Vogt hat darauf hingewiesen, dass auch Verbraucher es in der Hand haben. Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, Herr Mappus: Sie selbst haben es doch mit Ihrer Werbung „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ so gemacht. Als öffentlich bekannt wurde, dass eines dieser Hemdchen in China hergestellt wurde, haben Sie als Auftraggeber sofort verlangt, dass das ein Hemdchen aus Baden-Württemberg zu sein habe. Nichts anderes hat Frau Vogt verlangt, als dass die Verbraucher es auch so machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst haben es so gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nur ein taktisches Argument gebracht. Die ganze CDU bringt nur taktische Argumente vor: Soll man das machen? Inhaltlich sagen Sie gar nichts dazu.

Inhaltlich hat der Trigema-Chef in der Presse etwas gesagt. Herr Grupp hat auf die Frage „Dann haben Sie auch Verständnis für den Boykottaufruf der baden-württembergischen SPD-Chefin?“ – wobei das kein Boykottaufruf war – gesagt:

Ich werde hier keine Generalabrechnung mit der Globalisierung machen oder zum Boykott aufrufen. Aber ich fände es gut, wenn der Verbraucher etwas sensibler würde und mit seiner Kaufentscheidung belohnen würde, wenn Unternehmer Verantwortung für den Standort und die Arbeitsplätze zeigen. Der Kunde sollte stärker hinsehen, wenn Unternehmer hier nur den Standort abzocken,

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

die Produktion willkürlich in Billiglohnländer verlagern und über Trickereien den Reibach machen.

(Beifall bei der SPD)

(Drexler)

Nichts anderes – –

(Abg. Mappus CDU: Klassenkampf!)

– Was heißt „Klassenkampf“? Das ist überhaupt kein Klassenkampf. Das sagte Herr Grupp. Er ist, glaube ich, Mitglied der CDU und kennt sich in dieser Situation aus. Von wegen Klassenkampf!

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

„Stuttgarter Nachrichten“, 23. April, Herr Offenbach – er steht ja nicht im Verdacht von SPD-Nähe – in seinem Leitartikel:

Auch wenn Boykottaufrufe unzulässig sind: Die SPD-Politikerin Ute Vogt hat zu Recht auf die Waffen der Verbraucher hingewiesen.

Also: Wo leben Sie eigentlich?

(Beifall bei der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Warum hat man sie dann zurückgepfiffen?)

Der Firmenchef von Porsche hat sich gestern ähnlich geäußert.

(Abg. Mappus CDU: Lesen Sie mal vor! Das möchte ich hören!)

– Natürlich, ich kann es Ihnen nachher vorlesen. Ich lese es Ihnen, wenn Sie das wollen, nachher vor. Ich kann es auch holen.

(Abg. Mappus CDU: Das möchte ich hören! – Der Redner sucht auf seinem Abgeordnetenplatz Unterlagen. – Abg. Dr. Birk CDU: Ende der Redezeit! – Abg. Mack CDU: Da kann jetzt schon Herr Kretschmann reden! – Heiterkeit)

– Nein, er will es ja wissen. Entschuldigung, ich muss es halt suchen.

(Unruhe)

Das Problem ist halt: Sie müssen als Fraktionsvorsitzender in dieser Gesellschaft leben und lesen.

„Die Zeit“, Interview vom 28. April:

Was halten Sie von der Kapitalismuskritik von Franz Müntefering?

Wiedeking: Wenn der Papst sich entsprechend äußert, bekommen alle glänzende Augen und jubeln ihm zu. Also muss eine solche Kritik auch Herrn Müntefering gestattet sein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk und Abg. Mappus CDU: Das ist etwas völlig anderes!)

– Wir müssen über die Themen, die allen unter den Nägeln brennen, diskutieren. Wir brauchen schlicht Arbeitsplätze, und davon jede Menge.

(Abg. Mappus CDU: Sie vermischen alles!)

– Nein, nein. – Müntefering und der Papst kritisieren diese Geschichte in ähnlicher Form.

(Beifall bei der SPD – Abg. Mappus CDU: Die Mischung ist gefährlich! – Heiterkeit des Abg. Mappus CDU)

Im Übrigen, weil Sie ja immer so bei den Menschen sind: In einer Umfrage des „Spiegels“ von dieser Woche wurde einmal gefragt, was denn die Menschen in Deutschland von der Aussage von Ute Vogt halten: 63 % unterstützen die Forderung, 33 % lehnen die Forderung ab.

(Abg. Mappus CDU: Das ist ja Populismus pur! Das ist doch klar!)

Auch 53 % der CDU/CSU-Anhänger unterstützen die Forderung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Also, setzen Sie sich einmal mit Ihren eigenen Anhängern auseinander.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Noch etwas zur Maut, Herr Ministerpräsident: Wenn man die Maut so, wie Sie das sagen, umrechnen würde mit einem Zuschlag, käme man nach allen Berechnungen auf ca. 4 Cent plus 2,3 Cent Mineralölsteuerentlastung. Zusammengerechnet sind wir dann bei einem Pendler mit einer Wegstrecke von 50 Kilometern bei etwa 1 840 € Maut im Jahr.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

– Ja, das können Sie ausrechnen. Dazu gibt es Berechnungen. – Sie müssen den Menschen sagen, dass sie diese Maut entrichten müssen. Insgesamt haben Sie dann vielleicht 5 % mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung.

Aber, Herr Ministerpräsident, Sie sollten dann auch fairerweise über Ihre Pläne einer Steuerreform sprechen, darüber, dass Sie die Erhebung einer Maut, die den Autofahrer stärker belastet als die bisherigen Maßnahmen, gleichzeitig auch noch mit der Streichung der Pendlerpauschale garnieren wollen. Die Pendlerpauschale müssen Sie nach Ihren Steuervorstellungen ja streichen, sonst geht Ihr Steuerkonzept nicht auf; das ist doch richtig? Wenn Sie das auch noch machen, belasten Sie gerade in Baden-Württemberg den Pendler, der vom flachen Land zu seiner Arbeitsstelle fährt. Das müssen Sie den Menschen in Baden-Württemberg sagen. Vor dieser Auseinandersetzung haben wir überhaupt keine Sorge.

(Beifall bei der SPD – Abg. Mappus CDU: Ich auch nicht!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht noch einmal zu allem etwas sagen. Das könnte man ja unendlich fortsetzen.

(Abg. Rückert CDU: Ja! Dann lass es lieber!)

Was Sie zur Finanzpolitik gesagt haben, war, finde ich, noch einmal ein Offenbarungseid, Herr Oettinger,

(Abg. Mappus CDU: Was?)

(Kretschmann)

nämlich die Aussage, dass Sie in dieser Legislaturperiode nichts mehr unternehmen werden.

In der Frage des Atomausstiegs liegen wir auseinander; das haben wir ja erläutert.

Allerdings muss ich schon sagen: Wir wollten noch nie, dass in Obrigheim ein Kohlekraftwerk gebaut wird. Wenn man weiß, dass allein die Planung und Genehmigung solcher Kraftwerke mehrere Jahre dauert,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! – Abg. Drexler SPD: Sieben Jahre!)

dann ist es überhaupt nicht zu spät, in Obrigheim ein modernes Gaskraftwerk zu planen, wenn die Leitung dort gelegt wird.

(Abg. Fischer SPD: Wenn man möchte!)

Ich glaube, wir liegen sehr, sehr richtig, Sie da kritisiert zu haben.

Zur Kfz-Steuer: Da besteht Konsens. Wir könnten sie mit der Versicherungssteuer tauschen. Das war ein Vorschlag der Föderalismuskommission. Dann kann der Bund die Kfz-Steuer abschaffen. Wir sparen damit mindestens 600 Finanzbeamte im Land;

(Abg. Mappus CDU: 1 200!)

diese können wir dann für andere Aufgaben einsetzen, zum Beispiel für die Betriebsprüfung, damit wir auf der Einnahmeseite wieder etwas mehr Licht sehen.

Die Frage der Pkw-Maut jetzt zu diskutieren ist zwar sinnvoll, aber wir können bei den Erfahrungen und bei dem Stand der Technik, die wir bisher auf den Lkw-Verkehr gemünzt haben, zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine wirklich handfesten Aussagen treffen. Insofern eignet sich das auch nicht dafür, jetzt zu handeln, sondern ist vielleicht eine Frage der nächsten fünf bis zehn Jahre.

Ich möchte etwas zu dieser Kontroverse um das Familienbild sagen: Selbstverständlich leben wir in einer freien Gesellschaft, und jeder kann die Familie so sehen, wie er möchte, und jeder kann seine Familie so gestalten, wie es ihm persönlich richtig erscheint. Hintergrund des Streits ist etwas ganz anderes. Es geht um die Frage: Wo muss der Staat handeln? Das ist der Kern der Diskussion um Familienbild und Realität der Familie.

Lassen Sie es mich an einem Beispiel darstellen: Das Ehegattensplitting stammt aus einer Zeit, in der Leute, die geheiratet haben, normalerweise auch Kinder bekommen haben. Hier hat das Ehegattensplitting einen Sinn gemacht. Die Eheleute konnten Steuerersparnisse erzielen und diese für den Aufbau einer Familie mit Kindern nutzen.

Aber in einer Zeit, in der sich das ändert und in der 50 % der gut Verdienenden gar keine Nachkommen mehr haben, ist dieses Ehegattensplitting eine Fehlallokation. Wir müssen es abschaffen und nur für Familien mit Kindern umwidmen. Darum geht es: Wo muss der Staat bei der Familie handeln? Es geht nicht darum, wie wir persönlich unsere Familie gestalten. Das haben Sie, glaube ich, verwechselt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Familienfreundliche Umgestaltung des Steuerrechts!)

Allerdings hat diese Kontroverse einen realen Hintergrund. Wenn man natürlich meint, schon vom Begriff her sei die intakte Familie nur diejenige Familie, bei der die Mutter zu Hause ist und für die Kinder sorgt – –

(Abg. Mappus CDU: Das habe ich doch gar nicht gesagt! Das hat hier niemand gesagt! – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist eine Unterstellung!)

– Das intendiert man aber in der Diskussion.

(Abg. Mappus CDU: Ah ja, man intendiert das!)

Herr Mappus, wir haben eine solche Diskussion in Deutschland. Wir haben eine alte Diskussion über „Rabenmütter“.

(Abg. Mappus CDU: Aber nicht von mir!)

Das ist nun einmal so. In anderen Ländern wie in Frankreich gibt es diese Diskussion nicht und hat es sie noch nie gegeben. Davon müssen wir wegkommen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ja! Völlig richtig!)

Wir müssen dahin kommen, dass auch eine Familie, in der beide arbeiten und bei der das Kind in Betreuung gegeben wird, eine ganz normale und intakte Familie ist. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Ja, natürlich! Zustimmung! – Abg. Mappus CDU: Ja, Zustimmung! Dem widerspricht niemand! – Zurufe von der SPD)

Was wir nun wollen, ist, dass wir bei den geänderten Familienverhältnissen, die wir haben, nach den Erfahrungen, die wir in Frankreich sehen, das knappe Geld, das wir haben, dort einsetzen, wo es am nötigsten gebraucht wird, nämlich in der Kinderbetreuung und nicht in Transferleistungen wie dem Landeserziehungsgeld. Das ist eine ganz einfache Aussage. Darum geht es: Wohin gehen die knappen Mittel, und wohin sollen sie gehen? Also sagen wir: Wir müssen das Landeserziehungsgeld abschaffen und in die Kleinkindbetreuung umwidmen. Das ist das Richtige, damit die jungen Leute überhaupt Familien mit Kindern gründen können.

Bei der Ganztagschule ist es genauso. Ich habe gesagt, wir müssen von einer angebotsorientierten Strategie ausgehen. Das heißt, wir müssen ein flächendeckendes Angebot schaffen. Nur dort, wo das Angebot da ist und wahrgenommen werden kann, können sich Familien im Zweifelsfall für Kinder entscheiden, weil sie Betreuungseinrichtungen dafür haben. Das ist doch ganz einfach.

Jetzt sage ich Ihnen Folgendes: Sie haben jetzt wieder die Bedarfsorientierung hervorgehoben.

(Abg. Rückert CDU: Ja!)

Aber wenn Sie das so sehen, dann hätten Sie doch etwas ganz anderes machen müssen. Dann hätten Sie nämlich bei Ihren Richtlinien eine Bedarfsorientierung einbauen müssen und kein Windhundverfahren durchführen dürfen. Das widerspricht sich doch völlig.

(Kretschmann)

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber der Bedarf wird ja zunächst einmal vor Ort ermittelt! Erst dann wird der Antrag gestellt! Der Bedarf wird doch vor Ort ermittelt, und dann wird der Antrag gestellt! – Zurufe von der SPD)

Beim Windhundverfahren geht es doch darum, wer der Cleverste ist, um an dieses Geld heranzukommen. Wir haben dagegen vorgeschlagen: Bitte führen Sie Verhandlungen mit dem Städtetag und dem Gemeindetag, damit wir bei den knappen Mitteln, die wir haben, zu einem geordneten Verfahren kommen und damit gerade beim Aufbau der Ganztagschulen die Mittel dorthin kommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Das wäre doch gerade in Ihre Richtung gegangen.

Natürlich richten wir die Ganztagschulen zuerst dort ein, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Darüber gibt es doch überhaupt keinen Dissens, auch wenn wir sie mittelfristig in der Fläche wollen. Aber genau so haben Sie die Richtlinie doch nicht ausgestaltet. Genau darum haben wir diese Verwerfungen und den Ärger im ganzen Land um dieses ganze Programm.

Wir haben uns niemals dagegen gewandt, Herr Ministerpräsident – in keiner Weise; ich habe das im Fernsehinterview klar gesagt –, dass man bei der Ganztagschule Verträge mit den Trägern der außerschulischen Bildung macht

(Abg. Drexler SPD: Überhaupt kein Problem!)

und schaut, dass sie in die Schulen hineinkommen. Da haben wir überhaupt keine Differenzen – bis hin zu Ehrenamtlichen, bis hin zu Leuten aus Handwerk und Verbänden. Sie haben ja das Beispiel vom NABU schön dargelegt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber das kann doch nicht alles sein. Der Pferdefuß liegt doch darin: Wenn Sie Leute als Übungsleiter wollen, dann können die das doch in der Regel nur am Abend machen. Wenn Sie sie auch tagsüber wollen, dann müssen Sie denen zum Beispiel Honorare zahlen.

(Abg. Drexler SPD: Dafür brauchen wir Geld vor Ort!)

Dazu braucht man Geld. Deswegen haben wir beim Doppelhaushalt gesagt: Wir brauchen 40 Millionen € im Doppelhaushalt,

(Abg. Dr. Birk CDU: Schon mal was von flexiblen Arbeitszeiten gehört?)

um die Möglichkeit zu haben, auch Lehrpersonal aus allen Bereichen wie Leuten aus dem außerschulischen Bereich Honorare zu zahlen.

(Abg. Drexler SPD: Das kostet ja Geld!)

Genau das war unsere Konzeption. Wir brauchen das, weil die Ganztagschule am Nachmittag stattfindet und nicht am Abend und das mit Ehrenamtlichen alleine nicht geht. Genau das war unser Vorschlag. Wenn das Land es ernst meint mit einer Ganztagschule, die auch eine Bildungseinrichtung mit rhythmisiertem Lernen und nicht nur eine Be-

treuungseinrichtung ist, dann brauchen wir neben den Ehrenamtlichen, neben denen, die Sie genannt haben, auch Profis. Nur zusammen macht das Ganze einen Sinn. Darum geht es und um nichts anderes. Dafür müssen wir unsere Mittel einsetzen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir bauen also keine Kontroversen auf, wo keine bestehen,

(Abg. Dr. Birk CDU: Das machen Sie doch gerade!)

sondern wir müssen zusehen, dass wir die notwendigen Mittel im Haushalt bereitstellen. Das ist aber bekanntlich nicht Ihre Stärke.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Sie reden eine Kontroverse herbei!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15:15 Uhr und weise darauf hin, dass nach der Mittagspause der Tagesordnungspunkt 4 – Fragestunde – aufgerufen wird.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:06 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:15 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Fragestunde – Drucksache 13/4204

Ich sehe weit und breit niemanden von der Landesregierung, der bereit ist, eine der Mündlichen Anfragen zu beantworten.

(Abg. Stichelberger SPD: Sollen wir das übernehmen? – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

M ü n d l i c h e A n f r a g e d e s A b g . E r n s t
B e h r i n g e r C D U – A u s z e i c h n u n g
d e u t s c h e r S o l d a t e n i n A f g h a n i s t a n

Herr Abg. Behringer, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Behringer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung – –

(Staatssekretär Köberle: Herr Präsident, für diese Anfrage bin ich nicht zuständig! Ich kann aber die Mündliche Anfrage von Herrn Zeller unter Ziffer 3 beantworten!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Behringer, entschuldigen Sie. Da von der Landesregierung niemand da ist, der Ihre Frage beantworten kann, und Herr Staatssekretär Köberle die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 beantworten kann, werde ich diese Anfrage zuerst aufrufen. Sie werden nachher, sobald jemand von der Landesregierung erscheint, der Ihre Frage beantworten kann, das Wort erhalten.

Abg. Behringer CDU: Jawohl, einverstanden.

(Abg. Pauli CDU: Sehr rücksichtsvoll!)

Stellv. Präsident Birzele: Ich rufe also die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Genehmigungsverfahren für den Internetzugang für die Beschäftigten der Regierungspräsidien

Bitte schön, Herr Abg. Zeller, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Mit welcher Begründung verlangen die Regierungspräsidien von jedem Beschäftigten einen schriftlichen Antrag mit detaillierter Begründung für die Genehmigung eines Internetzugangs?
- b) Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass der Zugang zum Internet Voraussetzung für eine moderne Dienstleistung ist und dass das von den Regierungspräsidien angewandte Verfahren Bürokratie und Misstrauen fördert?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Köberle, Sie erhalten namens der Landesregierung das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Staatssekretär Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Amt des Staatssekretärs hat die schöne Begleiterscheinung, dass man Fragen beantworten darf. Das hat mir während meiner Zeit im Kultusministerium so gefallen,

(Abg. Zeller SPD: Haben Sie Sehnsucht gehabt nach dem Amt des Staatssekretärs?)

dass ich dieses Instrument im Bundesrat eingeführt habe, nachdem dieser Brauch dort völlig in Vergessenheit geraten war. Nach vielen, vielen Jahren ist dort zum ersten Mal wieder die Bundesregierung befragt worden.

(Abg. Teßmer SPD: Ihnen kann geholfen werden! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Jetzt komme ich zu Ihrer Anfrage, lieber Herr Zeller. Im Namen der Landesregierung darf ich Ihre Fragen wie folgt beantworten:

Die Landesregierung teilt die Auffassung, Herr Zeller, dass der Zugang zum Internet wesentlicher Teil einer modernen und effizienten Arbeitsorganisation sowie einer kundenorientierten Dienstleistung ist. Daher sind auch die meisten

Arbeitsplätze in der Landesverwaltung, an denen dies für die zu erfüllenden Dienstaufgaben notwendig und sinnvoll ist, mit einem E-Mail- und einem Internetzugang ausgestattet.

An Arbeitsplätzen, an denen besonders schutzbedürftige Daten verarbeitet werden, zum Beispiel Personalsachen oder Geheimschutzangelegenheiten, wird aus Sicherheitsgründen regelmäßig kein Internetzugang eingerichtet. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an solchen Arbeitsplätzen werden die für die Aufgabenerledigung wichtigsten Internetangebote über das Intranet der Landesverwaltung bereitgestellt.

Die Beschränkung des Internetzugangs auf Arbeitsplätze, an denen ein solcher Zugang für die Dienstaufgaben notwendig und sinnvoll ist, ist sachgerecht und zwingend, und dies aus zwei Gründen:

Erstens: Die Beschränkung der Internetnutzung auf den dienstlichen Gebrauch hat ihren Grund im Teledienstdatenschutzgesetz des Bundes. Danach tritt eine Organisation, die den dienstlichen Internetzugang ihrer Beschäftigten auch für private Zwecke öffnet, als Telediensteanbieter gegenüber den Bediensteten auf und hat in der Folge die im Teledienstdatenschutzgesetz beschriebenen umfangreichen datenschutzrechtlichen Aufgaben zu erfüllen. Danach müssen die DV-technischen Einrichtungen so angelegt werden, dass keine oder so wenige personenbezogene Daten wie möglich erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

Weiter muss die private Nutzung durch technische Vorkehrungen eindeutig von der betrieblichen Nutzung getrennt werden, zum Beispiel durch die Bereitstellung differenzierter Benutzerkennungen. Das würde enorme zusätzliche Kosten und einen erheblich höheren Aufwand für die Administration und den Betrieb der Bürokommunikationssysteme verursachen. Dieser Mehraufwand für eine private Nutzung der Internetzugänge ist mit den haushaltsrechtlichen Grundsätzen einer sparsamen Verwendung der für dienstliche Zwecke zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nicht vereinbar.

Der zweite Grund: Erfahrungen in der freien Wirtschaft haben zudem gezeigt, dass eine nicht bedarfsorientierte Internetnutzung zu einer unnötigen Bindung von Arbeitskapazitäten führt.

Nun zu Ihrer Frage nach der Anwendung in der Landesverwaltung, in den Regierungspräsidien, aber systemgleich eigentlich auch im Innenministerium und, wie wir vermuten, auch in den anderen Ministerien. Die Regierungspräsidien haben sich im Sinne einer einheitlichen Praxis darauf verständigt, den Beschäftigten einen Internetzugang zu gewähren, wenn dafür aufgrund der Anforderungen des jeweiligen Arbeitsplatzes ein dienstlicher Bedarf besteht. Eine kurze, beispielhafte Darlegung dieses Bedarfs durch den Beschäftigten ist dazu notwendig und mit den Prinzipien einer modernen Führung und Dienstleistungsorientierung vereinbar.

Durch das von den Regierungspräsidien praktizierte Vorgehen werden weder Bürokratie noch Misstrauen gefördert. Das Verfahren stellt vielmehr sicher, dass die Regierungspräsidien in vollem Umfang und in hoher Qualität den An-

(Staatssekretär Köberle)

forderungen an einen modernen Dienstleister gerecht werden können.

So weit, Herr Zeller, zu Ihren Fragen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, kann eigentlich nicht unterstellt werden – ich bezog mich auf die Regierungspräsidien –, dass alle Beschäftigten der Regierungspräsidien einen dienstlichen Bedarf für einen Internetzugang haben? Es ging mir nicht um die private Nutzung; das war nicht mein Thema. Es geht um den dienstlichen Bedarf, der hier in einem bürokratischen und mit Aufwand verbundenen Verfahren über einen Antrag erneut bestätigt werden muss.

Staatssekretär Köberle: Ich habe in diesem Zusammenhang auch zunächst gefragt, ob es nicht ein bestimmtes Formular gebe, auf dem man einfach irgendwo ein Kreuz macht, sodass das Ganze dann schnell erledigt ist. Aber aus meiner Antwort haben Sie vielleicht herausgehört, dass da rechtliche Probleme ebenso hineinspielen wie die Frage, ob für die Aufgabenstellung am Arbeitsplatz ein Zugang zum Internet wirklich unbedingt notwendig ist.

(Abg. Teßmer SPD: Ist das ein Missbrauchsverdacht?)

– Nein.

(Abg. Teßmer SPD: So riecht es halt!)

Sie tun jetzt so,

(Abg. Teßmer SPD: Ich frage ja nur!)

als sei mit hohem Aufwand jede Woche wieder ein Antrag zu stellen. Wenn jemand neu an einen Arbeitsplatz kommt, dann macht er das eben einmal. Die Leute, die das zu verantworten haben, sagen mir, der Aufwand für den Betroffenen sei nicht so hoch, wie Sie in Ihrer Fragestellung offenbar vermuten. Wir versuchen ja, Bürokratie, wo irgend möglich, abzuschaffen.

(Abg. Zeller SPD: Das hatte ich auch gemeint!
Aber ich höre das Gegenteil!)

Das entspricht momentan doch auch der großen Linie in der Politik. Wenn man neu an einen Arbeitsplatz kommt – ich erfahre das ja in diesen Tagen auch wieder –, stellt man zunächst einmal viele, viele Fragen. Wenn man nun selbst begründen soll, dass man berechtigt ist, einen Internetzugang zu bekommen, und mit wenigen Worten oder Beispielen darlegen soll, warum man ihn braucht, dann kann man damit rechnen, dass der Zugang in der Regel auch genehmigt wird. Das Verfahren bietet jedoch eine gewisse Sicherheit und Klarheit, falls dies aus Gründen des Datenschutzes nicht möglich sein sollte. Das gilt auch für den zweiten Punkt, den ich zuvor erläutert habe.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Köberle, ich will die Frage noch einmal konkretisieren und sie an einem Beispiel deutlich machen: Halten Sie es für notwendig, dass zum Beispiel die früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oberschulämter, die jetzt in der Abteilung „Schule und Bildung“ in

den Regierungspräsidien sind, erneut einen Antrag stellen müssen, obwohl sie vorher selbstverständlich Zugang zum Internet hatten?

Staatssekretär Köberle: Ich bin jetzt natürlich nicht der Frage nachgegangen, ob da schon eine Genehmigung vorlag, die man einfach übernehmen könnte. Ich bin jetzt entsprechend Ihrer Fragestellung ganz allgemein der Frage nachgegangen: Ist das Verfahren zu aufwendig, zu bürokratisch oder eventuell nicht gerechtfertigt? Mich selbst hat das natürlich auch interessiert, denn man sollte so wenig Bürokratie wie nötig praktizieren. Das ist völlig selbstverständlich.

Unsere Fachleute sagen, das Verfahren werde mit einer niedrigen Schwelle und so einfach wie möglich gehandhabt. Die Leute, die sich vor Ort überlegt haben, wie es am einfachsten durchgeführt werden kann, sind in allen Regierungspräsidien gemeinsam zu diesem Ergebnis gekommen. Auch bei uns im Innenministerium wird das Verfahren so praktiziert.

Ich habe jetzt keine Zeit – ich hätte das gern gemacht –, mir einmal genau anzuschauen, was da geschrieben werden muss und wie das genau geht.

(Abg. Zeller SPD: Vielleicht können wir das nachher noch einmal vertiefen!)

Aber es ist, Herr Zeller, eine etwas andere Frage, wenn Sie jetzt fragen: Muss etwas wiederholt werden, wenn eine Behörde eingegliedert wird und unter ein neues Dach kommt, der Arbeitsplatz aber letztendlich der gleiche bleibt? Das wäre eine andere Frage. Die müssten Sie dann aber auch entsprechend stellen. Ihre Ausgangsfrage ging aber ins Grundsätzliche und damit zunächst einmal in eine andere Richtung.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Herr Abg. Behringer, leider kann ich Ihre Mündliche Anfrage noch immer nicht aufrufen, da zwar das Kultusministerium vertreten ist, sich aber außerstande sieht, Ihre Frage zu beantworten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich nehme an, dass das Staatsministerium diese Frage beantworten wird. Es ist aber noch kein Vertreter dieses Ministeriums anwesend.

Ich rufe deshalb die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Inge Utzt SPD – Schiller-Jubiläumsjahr an den Schulen Baden-Württembergs

Frau Abg. Utzt, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Wie wird in den Schulen Baden-Württembergs auf das Festjahr zu Ehren des in Marbach am Neckar geborenen Dichters Friedrich von Schiller (gestorben 9. Mai 1805) eingegangen?

(Inge Utzt)

b) Welche Arbeitshilfen und Fortbildungen werden dazu Lehrkräften für die jeweiligen Klassenstufen und Schularten vonseiten der Landesregierung angeboten?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Rau, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage.

Staatssekretär Rau: Frau Kollegin Utzt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte Ihre Mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Eine Vorgabe, in den Schulen in besonderer Weise des Todestags Friedrich Schillers zu gedenken, ist von unserer Seite bewusst nicht ergangen. Der Wandel der Schul- und Lernkultur geht mit einer größeren Eigenverantwortung der Schulen gerade bei Projekten, Kooperationen mit außerschulischen Partnern und Lernen an außerschulischen Lernorten einher, die insgesamt an Bedeutung zugenommen haben.

Selbstverständlich wird der 200. Todestag Friedrich Schillers an vielen Schulen zum Anlass genommen, um auf Schillers Leben und Werk einzugehen. So finden viele Lesungen, Theaterbesuche, eigene Theateraufführungen und Besuche des Nationalmuseums statt. Ein verordnetes Erinnern halten wir jedoch für eher kontraproduktiv. Das heißt aber nicht, dass wir die Schulen, die sich hier besonders engagieren, nicht unterstützen würden. Ich möchte Ihnen deswegen noch kurz Maßnahmen beschreiben, mit denen wir diese Unterstützung leisten.

Das Schiller-Nationalmuseum in Marbach fungiert für das Kultusministerium als zentraler Kooperationspartner. Die Veranstaltungen werden als Lehrerfortbildungen anerkannt. Eine Lehrkraft ist mit elf Stunden aus der Schule abgeordnet, um die Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und Literaturarchiv in Marbach zu pflegen. Zum Schiller-Jahr wurden Homepages freigeschaltet. Eine Präsentation des Kultusministeriums gemeinsam mit der Firma Matthias-Film ist zu Anfang des Schiller-Jahres in Marbach erfolgt. Das Drama „Kabale und Liebe“ wurde als Unterrichtsfilm auf DVD mit didaktischem Zusatzmaterial vorgestellt und den Schulen zur Verfügung gestellt.

Eine Koordination der schulischen Anfragen zu Schiller im Deutschen Literaturarchiv Marbach erfolgt durch die vom Kultusministerium abgeordnete Lehrkraft. Diese Lehrkraft hat Beiträge in Fachzeitschriften und Materialzusammenstellungen für Referate erarbeitet sowie Lehrerinnen und Lehrer beraten.

Ein Theaterwettbewerb für die Schulen in Baden-Württemberg wird durchgeführt. Schiller-Inszenierungen werden von Theaterpädagogen juriert. Die besten Aufführungen sind zu den Internationalen Schillertagen in Mannheim Anfang Juni eingeladen.

Ein eigenes Schulprogramm im Deutschen Literaturarchiv Marbach eröffnet interessierten Schulgruppen die Möglichkeit, sich in Seminaren und Vorträgen mit Referenten über ihre Schiller-Leseerfahrungen auszutauschen. Seminare werden in Marbach für Lehrkräfte sowie für Schülerinnen und Schüler angeboten, ebenso Schiller-Konferenzen mit dem Autor Jens Sparschuh und der Autorin Felicitas Hop-

pe, Seminare zum Drama „Die Räuber“ für Realschullehrer und Schreibseminare mit Schülerinnen und Schülern zu Schiller-Texten.

Führungen werden für Schülerinnen und Schüler in der großen Marbacher Jahresausstellung „Götterpläne & Mäusegeschäfte – Schiller 1759 bis 1805“ sowie in der Ausstellung „Schiller in Stuttgart“ des Württembergischen Landesmuseums durchgeführt. Eine Inszenierung von Schillers Geschichte „Der Verbrecher aus verlorener Ehre“ wird für Schulen präsentiert. Der Schauspieler und Sprecher Michael Speer besucht nach der Marbacher Premiere Schulen, um Schiller den Schülern auch sinnlich nahe zu bringen.

Daneben ist Schiller wie in jedem Jahr Gegenstand der Abschlussprüfungen in Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Aber das ist kein spezifischer Beitrag zum Schiller-Jahr, denn da gehört er ohnehin hin.

(Abg. Stickleberger SPD: Eine „schillernde“ Antwort!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfrage? – Damit ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – Zuweisung zusätzlicher Lehrerdeputate für Stuttgarter Brennpunktschulen

Herr Abg. Gaßmann, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

Ist in der Abstimmungstätigkeit der Stuttgarter Schul- und Kulturbürgermeisterin mit dem Staatlichen Schulamt Stuttgart zur Zuweisung zusätzlicher Lehrerdeputate für Brennpunktschulen für die Heusteigschule in Stuttgart-Süd, die Carl-Benz-Schule in Bad Cannstatt und die Elise-von-König-Schule in Stuttgart-Münster der Stadt durch das Staatliche Schulamt erklärt worden, dass „Fristen keine Rolle spielten“, wie dies von der Schul- und Kulturbürgermeisterin jetzt behauptet wird, und ist sie nicht darauf hingewiesen worden, dass eine zu späte Antragstellung (Frist war 1. Dezember 2004) auf Lehrerstunden für die Ganztagsbetreuung zur Konsequenz hat, dass die Stadt Stuttgart keine Stellenzuweisung für diese Schulen vom Land erhalten wird?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Rau, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage namens der Landesregierung.

Staatssekretär Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Kollegen Gaßmann wie folgt:

Das Staatliche Schulamt Stuttgart hat gegenüber der Stuttgarter Schul- und Kulturbürgermeisterin nicht erklärt, dass Fristen für die Antragstellung auf Einrichtung einer Ganztagschule nach Landeskonzept keine Rolle spielen werden.

Die Antragsfrist 1. Dezember für das darauf folgende Schuljahr war der Stadtverwaltung über ein Rundschreiben

(Staatssekretär Rau)

des Städtetags sowie durch eine Veranstaltung des Städtetags für die Amtsleiter der Schulverwaltungsämter seit Juli 2002 bekannt. Das Staatliche Schulamt Stuttgart hat im Oktober 2004 auf Anfrage dem damaligen Oberschulamt mitgeteilt, dass Anträge der Stadt Stuttgart für die Carl-Benz-Grundschule, die Heusteigschule und die Elise-von-König-Schule mit geringer Verspätung im Dezember 2004, spätestens im Januar 2005 eingereicht werden sollen.

Mit Schreiben von Frau Bürgermeisterin Magdowski vom 18. März 2005 gingen die Anträge beim Kultusministerium ein. Fehlende Unterlagen wurden am 25. April 2005 nachgereicht.

Stellv. Präsident Birzele: Eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Staatssekretär, bis wann wird das Kultusministerium darüber entscheiden, welche Brennpunktschulen über die bereits geförderten Schulen hinaus noch Chancen auf zusätzliche Lehrerdeputate haben und in welcher Höhe Mittel bereitgestellt werden?

Staatssekretär Rau: Herr Kollege Gaßmann, Sie haben die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten gestern verfolgt und dabei seine Aussage gehört, dass es darum geht, ein bedarfsorientiertes Angebot an Ganztagschulen zu schaffen und das Angebot auch auszuweiten.

Ich gehe deshalb davon aus, dass wir nicht bei den derzeit genehmigten 200 Brennpunktschulen stehen bleiben werden, sondern dass eine weitere Entwicklung abzusehen ist. Die Entscheidungen darüber sind allerdings nicht von gestern bis heute gefallen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, können Sie jetzt schon sagen, bis zu welchem Zeitpunkt eine solche Liste vorliegen wird und, zum Zweiten, welche Kriterien angewandt werden, um solche Brennpunktschulen aufzunehmen?

Staatssekretär Rau: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass einen Tag nach der Regierungserklärung keine fertige Liste vorliegen kann, sondern dass eine Verständigung darüber stattfinden muss, in welchem Umfang das gewünscht und auch finanziell leistbar ist. Ich nenne Ihnen die Kriterien, nach denen eine solche Entscheidung erfolgen kann.

Eine Hauptschule kann als Hauptschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung eingestuft werden, wenn sie ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllt. Diese besondere Situation einer Schule ist gegeben, wenn mehrere der nachfolgend nicht abschließend genannten Kriterien vorliegen: eine Bevölkerungszusammensetzung, bei der sozial und ökonomisch Unterprivilegierte überwiegen, ein schwieriges soziales Umfeld mit einem hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern, jugendlichen Straftätern, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Familienfürsorge und Jugendhilfe, hohe Jugendarbeitslosigkeit, eine defizitäre Wohn- und Infrastruktur, ein hoher Anteil an Migrantenkindern, überdurchschnittlich viele Alleinerziehende, ein hoher Anteil von Schlüsselkindern und weitere Kriterien mehr. Sie sehen die Zielrichtung, in die die Definition geht.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Staatssekretär, ich frage Sie: Gelten diese Kriterien auch für andere Schularten außerhalb der Hauptschule, und in welcher Größenordnung würden diesen Schularten dann zusätzliche Stunden zugeteilt?

Staatssekretär Rau: Mit diesem Programm haben wir bisher fast ausschließlich Hauptschulen erfasst, in wenigen Fällen auch Grundschulen. Ich gehe davon aus, dass wir für die weitere Definition von Brennpunktschulen schwerpunktmäßig weiterhin mit Hauptschulen arbeiten werden und dass die Frage der Ausweitung der Ganztagsangebote an Realschulen und Gymnasien nicht über eine Definition, wie sie hier für Brennpunktschulen erfolgt ist, vorgenommen wird.

(Abg. Zeller SPD: Die zusätzlichen Stunden?)

– Die zusätzlichen Stunden ergeben sich aus der Genehmigung, die im Einzelfall bei uns nach Prüfung vollzogen wird. Derzeit erhält eine Schule, die aus diesem Programm gefördert wird, bis zu sieben Lehrerstunden je Ganztagsklasse und Woche.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen?

Dann rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Schuluniform in Baden-Württemberg

Herr Abg. Zeller, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Beabsichtigt die Landesregierung, eine verpflichtende Kleiderordnung für Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg vorzuschreiben bzw. eine Schuluniform einzuführen?
- Falls ja, wann und nach welcher Konzeption soll eine Schuluniform für welche Schularten und Altersstufen eingeführt werden?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Rau, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage namens der Landesregierung.

(Abg. Behringer CDU: Das ist ein Dauerredner!)

Staatssekretär Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Zeller wie folgt:

Frage a: Nein.

Frage b: Entfällt durch die Antwort zu a.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rückert CDU: Hat sich erledigt, Herr Wintruff! – Staatssekretär Rau schickt sich an, das Rednerpult zu verlassen.)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär, die Beantwortung ist noch nicht zu Ende. Es gibt noch Zusatzfragen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist im Gehalt drin!)

Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Staatssekretär, ich möchte Sie und den Rest der Landesregierung fragen, ob Sie hier im Dissens mit unserem jetzigen Ministerpräsidenten stehen.

Staatssekretär Rau: Herr Kollege Wintruff, ich habe, glaube ich, in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nichts überhört, auch keine Passage zu diesem Thema.

(Abg. Teßmer SPD: Das war noch der Fraktionsvorsitzende Oettinger! – Zuruf von der SPD: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?)

Stellv. Präsident Birzele: Damit ist diese Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Christoph Bayer SPD – Zukunft des Schulpsychologischen Beratungsdienstes in Baden-Württemberg

Herr Abg. Bayer, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie viele Schulpsychologinnen und Schulpsychologen scheiden in den kommenden fünf Jahren aus dem Schuldienst aus?
- b) Wie stellt die Landesregierung sicher, dass für die ausscheidenden Schulpsychologinnen und Schulpsychologen genügend ausgebildete Nachwuchskräfte zur Verfügung stehen?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Rau, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage namens der Landesregierung.

Staatssekretär Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Bayer wie folgt:

Zu a: Unter Zugrundelegung des gesetzlichen Ruhestands mit Vollendung des 65. Lebensjahres scheiden in den kommenden fünf Jahren 19 Schulpsychologinnen und -psychologen aus dem Dienst aus.

Zu b: Der Nachwuchs der Schulpsychologinnen und -psychologen rekrutiert sich aus Hochschulabsolventinnen und -absolventen des Studiengangs Psychologie mit Schwerpunkt in pädagogischer Psychologie, die zum Teil schon aus vorangegangenen Beschäftigungsverhältnissen Berufserfahrung mitbringen.

Bei Besetzungsverfahren kann regelmäßig aus einer ausreichend großen Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern aus-

gewählt werden. Auf die letzte ausgeschriebene Schulpsychologenstelle sind beispielsweise 24 Bewerbungen eingegangen. Für die Nachwuchskräfte werden ressortspezifische Einarbeitungsprogramme angeboten. Im Anschluss organisiert das Kultusministerium zwei mehrtägige Fortbildungsveranstaltungen pro Jahr. Davon ist eine Veranstaltung speziell für Nachwuchskräfte konzipiert.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Capezzuto.

Abg. Capezzuto SPD: Herr Staatssekretär, werden alle frei werdenden Stellen wieder neu besetzt?

Staatssekretär Rau: Es werden nicht nur frei werdende Stellen neu besetzt, sondern es werden sogar neue Stellen geschaffen, Herr Kollege Capezzuto. Bisher standen uns 43,5 Stellen für Schulpsychologen zur Verfügung, und wir haben im Staatshaushaltsplan für das Jahr 2005 neun zusätzliche Psychologenstellen geschaffen. Diese Stellen werden in Kürze ausgeschrieben und besetzt.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Wo werden diese neun Schulpsychologen eingesetzt?

Staatssekretär Rau: Die schulpsychologischen Beratungsstellen sind im Zuge der Verwaltungsstrukturreform in die Landkreise eingegliedert worden. Dadurch hat sich durch die größere Zahl von Dienststellen auch ein Ausgleichsbedarf ergeben. Ich kann Ihnen die Standorte nicht im Einzelnen nennen; ich habe die Aufstellung nicht dabei. Ich kann sie Ihnen aber schriftlich nachliefern, wenn Ihnen das hilft.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich weise darauf hin, dass die erste Anfrage, die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Behringer, heute abgesetzt und auf die nächste Sitzung verschoben wird, da kein Vertreter des Staatsministeriums für die Beantwortung zur Verfügung stand, was nicht erfreulich ist.

(Zuruf von der SPD: Eine Schande! – Abg. Fischer SPD: Der Herr Müller! – Abg. Müller CDU: Ich hätte sogar Lust darauf!)

Herr Staatsminister a. D. Müller wäre in der Lage gewesen, diese Frage inhaltlich zu beantworten, aber nicht mehr namens der Landesregierung.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2471

b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Neue Ansätze der Sonderpädagogik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2818

(Stellv. Präsident Birzele)

c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) – Drucksache 13/3343

Ferner rufe ich den heute vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4283, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu b und c je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, und für das Schlusswort fünf Minuten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Rastätter, Sie erhalten das Wort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer als Kind oder Jugendlicher nicht gelernt hat, mit Behinderten umzugehen, hat als Erwachsener oft Berührungängste, geht behinderten Menschen eher aus dem Weg oder schätzt die Möglichkeiten und Grenzen der Leistungsfähigkeit behinderter Menschen falsch ein. Die gleichen Probleme haben oft aber auch die behinderten Menschen selbst.

Kindergärten und Schulen sind Orte, an denen Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt zusammenkommen können. Wer also gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in der Gesellschaft bejaht, muss den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern in der Schule unterstützen.

Dabei geht es aber nicht nur um den Erwerb von sozialen Kompetenzen, sondern natürlich auch um den Schulerfolg aller Kinder. Es ist kein Zufall, meine Damen und Herren, dass in den Ländern, in denen es besonders gut gelingt, alle Schülerinnen und Schüler zu guten Leistungsergebnissen zu bringen – ich nenne die Länder Finnland, Kanada und Schweden –, ein Elternwahlrecht besteht, ihre Kinder entweder in eine Sonderschule oder in eine allgemeine Schule zu schicken. Der Schulausschuss war in Kanada. Dort haben wir festgestellt, dass über 50 % der behinderten Kinder allgemeine Schulen besuchen. In Finnland und in Schweden ist der Anteil sogar noch höher.

Diese Länder haben auch deshalb gute Leistungsergebnisse, weil sie frühzeitig begonnen haben, Lernkonzepte für einen intelligenten Umgang mit Heterogenität zu entwickeln. Das ist eines der Geheimnisse des Erfolgs.

In Baden-Württemberg gibt es seit etwa 14 Jahren Möglichkeiten gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern in Form von Einzelintegration, Außenklassen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten. Ausgangspunkt dafür – das wird Herr Zeller wahrscheinlich noch einmal erwähnen – waren ja die fünf Schulversuche mit integrativen Lösungen von 1992 bis 1996, die der CDU damals abgerungen werden mussten; denn die Bereitschaft, diesen neuen Weg zu gehen, war faktisch nicht vorhanden.

Die heute zur Beratung vorliegende Große Anfrage meiner Fraktion mit der Antwort der Landesregierung stellt eine umfassende Bestandsaufnahme der Ergebnisse und Erfahrungen der letzten 14 Jahre dar. Ich bedanke mich ausdrücklich für die sorgfältige, differenzierte und umfassende Antwort bei Frau Kultusministerin Schavan und bei den Referenten ihres Hauses.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Auch die Erfahrungen in Baden-Württemberg zeigen, dass es hier nicht anders ist als in anderen Ländern, in denen es einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht gibt. Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern hat nämlich eine hohe Akzeptanz bei den Eltern, bei den Kindern und bei den Lehrern, die sich darauf eingelassen haben. Ich erlebe an einer Schule bei mir in Karlsruhe – einer dreizügigen Grundschule –, dass sich Eltern nicht behinderter Kinder, wenn sie beim Schuleintritt gefragt werden, ob sie ihr Kind in eine Integrationsklasse oder in eine der beiden anderen Klassen schicken wollen, in überwältigender Zahl dafür entscheiden, ihr Kind in die Integrationsklasse zu schicken. Die Akzeptanz ist also in der Tat enorm.

Ein weiteres positives Ergebnis: Es wird eine differenzierende Unterrichtskultur gefördert, die den Schulerfolg aller Schülerinnen und Schüler stärkt.

Schließlich: Dadurch, dass in diesen Klassen mit mehreren behinderten Kindern ja auch eine Sonderschullehrkraft im Unterricht tätig ist, wird die Teamentwicklung gefördert; denn die zwei Lehrkräfte arbeiten im Team besonders gut und übernehmen die Verantwortung für alle Kinder.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Fazit: Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern führt zu einer Qualitätssteigerung des Unterrichts – der Unterricht wird besser –, und damit ist die Integration behinderter Kinder gleichzeitig ein wesentliches Kriterium für die Schulentwicklung in Baden-Württemberg.

Nun sollte man natürlich meinen, dass die positiven Ergebnisse, die in der Antwort auf unsere Große Anfrage ausdrücklich und umfangreich dargestellt wurden, dazu führen, dass man die Integration in Baden-Württemberg systematisch fördert und dem überwältigenden Elternwunsch nach Integration auch nachkommt. Tatsache ist aber, dass sich trotz dieser sehr positiven Erfahrungen immer noch sehr viele Eltern beklagen, dass sie riesige Hürden überwinden müssen, bis sie eine integrative Maßnahme erreichen.

Sicher – ich will fair sein – gibt es Schulen, die sich schnell dafür öffnen. Es gibt auch Schulämter, die die Eltern unterstützen. Aber in weiten Teilen des Landes sind die Problemlagen enorm, insbesondere was das Zustandekommen eines Integrativen Schulentwicklungsprojekts, eines ISEP, anbelangt. Bis jetzt gibt es in Baden-Württemberg nur 28 Integrative Schulentwicklungsprojekte.

Die Eltern schreiben verzweifelt Briefe. Ministerin Schavan weiß natürlich, dass sehr häufig Abgeordnetenbriefe notwendig sind, dass massive Unterstützung und Druck notwendig sind. Aber oft scheitern die Eltern. Viele Eltern sagen: „Wir können diesen psychischen Druck, auch noch darum kämpfen zu müssen, dass ein ganz elementarer Anspruch erfüllt wird, nämlich dass mein behindertes Kind auch mit nicht behinderten Kindern zusammen aufwachsen kann, nicht verkraften.“ Viele Eltern geben dann resigniert die Bemühungen vorzeitig auf.

(Renate Rastätter)

Wir brauchen deshalb eine Initiative des Landes. Die Initiative darf nicht nur von den Eltern und den Kindern ausgehen. Vielmehr müssen wir endlich Integration und gemeinsamen Unterricht als Regelaufgabe der Bildungspolitik begreifen.

Zur Abstimmung liegt Ihnen ein Antrag zu unserer Großen Anfrage vor.

Heute Morgen, meine Damen und Herren, haben wir erlebt, wie Ministerpräsident Oettinger und Fraktionsvorsitzender Mappus das Hohelied auf das Wahlrecht der Eltern gesungen und das Erziehungsrecht der Eltern betont haben. Das hat sich ja wie ein roter Faden durch ihre ganzen Ausführungen gezogen.

(Abg. Wacker CDU: Da haben Sie etwas falsch interpretiert!)

Ministerpräsident Oettinger hat hierzu sogar aus der Landesverfassung zitiert. Ich lese Artikel 15 Abs. 3 der Landesverfassung vor:

Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, muss bei der Gestaltung des Erziehungs- und Schulwesens berücksichtigt werden.

Wir Grünen beantragen heute, das Recht der Eltern zu stärken, die Förderung ihrer Kinder zu wählen. Es dürfen keine Entscheidungen gegen den Willen der Eltern getroffen werden, wenn es dem Erziehungsplan der Eltern widerspricht, ihre behinderten Kinder gemeinsam mit den nicht behinderten Kindern zu erziehen.

Als zweite Forderung bringen wir hier ein, in § 15 des Schulgesetzes die Einschränkung, wonach behinderte Kinder nur dann integriert werden können, wenn sie den Bildungsgang der jeweiligen Schulart folgen können, zu streichen, sodass in Baden-Württemberg eine zieldifferente Integration ermöglicht wird, damit zum Beispiel auch Kinder mit geistiger Behinderung in die allgemeinen Schulen integriert werden können.

Drittens: Wir haben ein strukturelles Defizit bei der Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen in Höhe von rund 6 %.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das heißt, es fehlen einfach die Mittel, um zu gewährleisten, dass behinderte Kinder an den allgemeinen Schulen durch sonderpädagogische Förderung unterstützt werden können. Wir fordern, dieses Unterrichtsdefizit von 6 % abzubauen, sodass die Spielräume für den gemeinsamen Unterricht, für die sonderpädagogische Begleitung der Kinder an den allgemeinen Schulen verbessert wird. Dies ist ganz wichtig, um bei der Integration behinderter Kinder vorankommen zu können.

Eines ist klar: Selbstverständlich muss, wenn ein behindertes Kind integriert wird, die sonderpädagogische Förderung mit dem Kind an die Schule gehen. Wir wollen eine gute Förderung der Kinder, egal, ob sie die allgemeine Schule oder die Sonderschule besuchen. Wir brauchen zur Weiterentwicklung der Schulen, aber auch wegen des Anspruchs

der Eltern, erleben zu können, wie ihre Kinder entsprechend ihrem Erziehungsplan in der Schule groß werden, mehr gemeinsamen Unterricht.

Ich bitte Sie, unserem Antrag, der ja genau das Ergebnis der Integration in Baden-Württemberg widerspiegelt, heute zuzustimmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

(Abg. Wacker CDU: Halt! Moment! Antragsteller! Wir sind Antragsteller! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, richtig! – Abg. Fischer SPD: Ja! Die CDU ist als Nächste dran!)

– Entschuldigung. Dann erhält Frau Abg. Lazarus das Wort.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Schulgesetzänderung von 1997 hat für den Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf neue Möglichkeiten eröffnet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen – das ist vielleicht nicht immer im öffentlichen Bewusstsein –, dass behinderte Schüler, lernbehinderte Schüler – ob körperlich oder geistig behindert, ob einfach lernbehindert oder im Umgang erheblich auffällig – in allgemeinen Schulen unterrichtet werden können und sogar sollen, sofern sie – ich zitiere – „dem jeweiligen Bildungsgang folgen können“. Aus diesem Grund ermöglichen alle Bildungsabschlüsse von Sonderschulen den Anschluss an das allgemeine Schulwesen. Also ist die Förderung behinderter Schüler Aufgabe aller Schularten. Nur dann, wenn es nicht möglich ist, am Unterricht allgemeiner Schulen teilzunehmen, beginnt die Erhebung des individuellen Förderbedarfs des Kindes.

Ich habe dies noch einmal ins Bewusstsein gerufen, weil alle Verfahren und Festlegungen im Schulgesetz auf diesem Grundprinzip beruhen. Sollte von Eltern oder Schule also sonderpädagogischer Förderbedarf vermutet werden oder bei besonders schweren Behinderungen einfach vorliegen, beginnt ein sorgfältiges Verfahren der Diagnostik, das oft von mehreren Fachleuten interdisziplinär begleitet wird.

Am Ende steht dann eine Entscheidung über einen für dieses Kind vorhandenen Bildungsgang und Förderort. Laut Schulgesetz obliegt diese Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde, die das Einvernehmen mit den Eltern anstreben soll. Dies kann natürlich zu einer Hürde werden und wird insbesondere aus Elternsicht mitunter kritisch gesehen. Eltern und Schule haben gelegentlich einen gegensätzlichen Blick auf die Lernbedürfnisse der Kinder, zumal die Eltern – das ist ja verständlich – ihr Kind allein aus dem häuslichen Zusammenleben kennen. Umso wichtiger ist es, dass die Diagnose zuverlässig und fachlich kompetent gestellt wird, wobei die Sicht der Eltern durchaus zu gewichten ist.

(Ursula Lazarus)

Dennoch kann es nicht angehen – das ist jetzt schon ein Teil des Antrags der Grünen –, dass das Elternrecht, wie gefordert, allein entscheidend ist und dass es bei Abweichungen vom pädagogischen Befund sogar zum Schaden des Kindes kommen könnte. Wichtig ist jedoch, dass im Falle von sonderpädagogischem Förderbedarf und beim Besuch einer entsprechenden Schule die Zusammenarbeit von Eltern und Schule von Vertrauen geprägt ist und auch ganz intensiv gepflegt wird.

Bei der Bandbreite an Sonderschulen ist dieser Suchprozess für die richtige Förderung eines Kindes besonders wichtig. Immerhin gibt es nahezu 600 Sonderschulen verschiedenster Prägung, die von knapp 42 000 Schülern besucht werden. Ein nicht unerheblicher Teil der Schüler mit besonderem Förderbedarf besuchen – mitunter zeitlich begrenzt – allerdings auch die allgemeinen Schulen. Das Instrument der Außenklassen – es ist seit 1997 im Schulgesetz vorgesehen – bietet eine der Möglichkeiten dafür. Im laufenden Jahr existieren mittlerweile immerhin 198 Außenklassen, davon etwa zwei Drittel an Grundschulen und ein Drittel an weiterführenden Schulen, an Hauptschulen, und eine auch an einer Realschule.

Die Akzeptanz dieser Außenklassen ist sehr hoch. Dennoch kommen Außenklassen nicht immer zustande, auch wenn sie gewünscht werden. Manchmal gibt es einfach bauliche Gründe, ein mangelndes Platzangebot oder das Nichtvorhandensein von Barrierefreiheit. Doch mitunter sind es auch – das müssen wir zugeben – Barrieren in den Köpfen, manchmal bei den Lehrkräften oder bei Eltern von behinderten oder nicht behinderten Kindern.

Seit der Novellierung des Schulgesetzes im Jahre 1997 gibt es neben der Bildung von Außenklassen auch eine weitere Form der Unterrichtung von behinderten Schülern an allgemeinen Schulen, nämlich – das ist eben schon genannt worden – ISEP, Integrative Schulentwicklungsprojekte. Im Jahre 2005 gibt es 29 Schulen – Sie hatten eben, glaube ich, 28 gesagt – mit diesem Modell, in denen behinderte Kinder in Regelklassen integriert sind. Im Moment nehmen dies in Baden-Württemberg 111 Kinder wahr, also gemessen an den Außenklassen eine relativ kleine Anzahl. ISEP setzt eine ganz intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten voraus, wobei die Sonderschulen die Pflicht haben, die allgemeine Schule in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Voraussetzung für die Kinder ist die Fähigkeit – ich sage es noch einmal –, dem schulartbezogenen Bildungsgang folgen zu können. Laut Schulgesetz haben Kinder, die diese Bedingung erfüllen, aber auch das Recht auf eine Aufnahme in diese allgemeine Schule. Sie haben also eine ganz individuelle Möglichkeit – das ist die dritte Möglichkeit – des Verbleibs an den allgemeinen Schulen. Auch in diesen Fällen kommt es mitunter zum Dissens zwischen Schulverwaltung und antragstellenden Eltern. Dann ist es umso wichtiger, dass man sich in hohem Maße auf die Diagnose mittels Entwicklungsdokumentation, Lernstandserhebungen und anderen Verfahren verlassen kann.

Die Integrationskraft der allgemeinen Schulen, insbesondere der Grundschulen, wird durch den Ausbau der sonderpädagogischen Dienste gestärkt. Diese sind an den Sonderschulen angesiedelt, werden durch die Schulämter koordiniert.

Sonderpädagogische Fachkräfte beraten Lehrkräfte und Eltern, sie klären den Förderbedarf der Kinder zusammen mit Vertretern anderer Fachdisziplinen. Die Anzahl dieser Beratungen steigt von Jahr zu Jahr. Aktuell sind es immerhin etwa 17 000 Beratungen pro Jahr, und es werden rund 6 300 Lehrerwochenstunden dafür zur Verfügung gestellt. Das sind mehr als 200 Deputate.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Eine Viertelstunde pro Lehrer!)

Von über 56 000 Schülern mit Behinderungen und besonderem Förderbedarf besuchen 14 500 Schüler allgemeine Schulen über die drei genannten Möglichkeiten. 41 500 Schüler besuchen im Moment die Sonderschule. Deshalb ist es ein besonderes Anliegen, dass für diese Schüler die Kontakte zu den allgemeinen Schulen geknüpft werden und dass Kooperationsformen entstehen. Daraus ergeben sich Transparenz, gegenseitiges Wissen über Inhalte und Verständnis. Als Beispiel nenne ich eine gemeinsame Sportstunde von Behinderten und Nichtbehinderten. Sie bringt für beide gegenseitiges Kennenlernen und das Erlebnis, dass Geduld und Rücksichtnahme im Umgang miteinander erlernbar und Partnerschaften zwischen Starken und Schwächeren etwas Schönes sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe noch nicht erwähnt, dass es besondere Hilfen und Unterstützungen sowohl vor als auch am Ende der Schulzeit gibt. Die Frühförderung wird jährlich für fast 40 000 Kinder in Anspruch genommen. Dafür stehen rund 6 700 Lehrerwochenstunden zur Verfügung. Damit gelingt es in vielen Fällen, bestehende und drohende Behinderungen zu erkennen, individuell zu beraten und sogar den Weg in den allgemeinen Kindergarten bzw. die allgemeine Schule zu ebnen. Am Ende der Schulzeit steht der Übergang in die berufliche Vorbereitung an. Dazu gehört das rechtzeitige Zusammenwirken aller schulischen und außerschulischen Partner. Es gilt wiederum, individuell zugeschnittene Berufs- und Lebenswege zu suchen. Gerade für geistig Behinderte ist die so genannte Werkstufe in den Schuljahren zehn bis zwölf geeignet, zunehmend realistische Lern- und Arbeitsbedingungen zu vermitteln.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe teilweise nur stichwortartig das in Baden-Württemberg zur Verfügung stehende Bündel von Angeboten für die schulische Entwicklung von behinderten Kindern dargestellt. Es ist ein Angebot, das sich sehen lassen kann und um das uns andere Bundesländer beneiden.

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Wir haben ein System, das zum Ziel hat, für jedes Kind die beste Lösung zu finden. Die Förderung wird für jedes Kind individuell zugeschnitten, aus einem ganz breiten Spektrum heraus. Das Maß ist der Bedarf des einzelnen Kindes.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich verkenne nicht, dass es für diese Aufgaben beschränkte Ressourcen gibt, die nicht beliebig vermehrbar sind. Eine erste Entspannung wird gerade sichtbar, und sie wird sich auch fortsetzen –

(Ursula Lazarus)

durch zurückgehende Schülerzahlen und ein größeres Lehrerangebot. Die CDU-Fraktion ist bereit, diese nun Jahr für Jahr frei werdenden Ressourcen für die Entwicklung derer einzusetzen, die sie dringender benötigen als andere, nämlich für die Förderung behinderter Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Anträge werden wir ablehnen. Die Begründung dafür habe ich größtenteils in meiner Rede gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! An der Integration von Menschen mit Behinderungen zeigt sich, wie sozial eine Gesellschaft ist. Integration bezieht sich dabei auf alle Lebensbereiche, also Kindergarten, Schule, aber auch Arbeit, Freizeit und Öffentlichkeit.

Bevor ich meine Ausführungen mache, möchte ich zunächst einmal all jenen danken, die sich tagtäglich mit Behinderten beschäftigen, sich für Behinderte einsetzen: den Lehrerinnen und Lehrern, den pädagogischen Kräften in Sonderschulen, Grundschulen und der Frühförderung, den Ehrenamtlichen, den Kindergärten und darüber hinaus. Diesen gilt unser Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der Grünen)

Frau Rastätter hat darauf hingewiesen, dass ich selbstverständlich auf die Schulversuche zu sprechen komme. Herr Wenz vom Kultusministerium sitzt ja mit auf der Regierungsbank. Wir haben diese Schulversuche gemeinsam durchgeführt. Sie waren allesamt sehr erfolgreich.

Es ging um die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung in einem zieldifferenten Unterricht. Es ging darum, Verschiedenheit als Normalität zu verstehen. Es ging darum, Menschen nicht nur nach dem Leistungsvermögen, sondern nach dem Menschsein zu beurteilen – im Übrigen ein urchristliches Anliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl! Richtig!)

Die Ergebnisse der Schulversuche, meine Damen und Herren, waren allesamt positiv. Die Gegner der Schulversuche, die es, auch hier in diesem Haus, am Anfang durchaus noch gab, konnten nicht mehr länger behaupten, dass eine Integration, eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und Kindern ohne Behinderung nicht möglich wäre, dass Kinder mit Behinderung Opfer wären. Das Gegenteil ist der Fall.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Es war eindeutig so, dass alle – sowohl Kinder mit Behinderung als auch Kinder ohne Behinderung – im kognitiven Bereich enorm zugelegt haben. Geistig behinderte Kinder beispielsweise konnten plötzlich lesen, obwohl man ihnen dies vorher gar nicht zugetraut hat.

Unbestritten ist, dass sich das Sozialverhalten bei allen Kindern äußerst positiv ausgewirkt hat und sich schwierige Kinder sehr intensiv und geradezu fürsorglich beispielsweise um körperbehinderte Kinder gekümmert haben.

Das Schulklima – das bestätigen alle Schulen, die integrativen Unterricht praktizieren – verbessert sich eindeutig.

In ihrer Antwort hat die Landesregierung auch deutlich darauf hingewiesen, dass es positive Auswirkungen eines integrativen Unterrichts gibt. Der zieldifferente Unterricht, die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes, steht dabei im Mittelpunkt. Teamteaching ist etwas, was in einer solchen Klasse ganz normal ist. Für manche gibt es da vielleicht erstaunliche Ergebnisse. Fortan ist es also nicht mehr möglich, zu sagen: Integration in Baden-Württemberg geht nicht. Entscheidend ist nun, dass wir nicht primär über den Förderort diskutieren, sondern über den Förderbedarf. Das also, was ein Kind braucht, muss ihm zugestanden werden.

Was ist nun aus diesen Erkenntnissen geworden, meine Damen und Herren? Gemeinsamer Unterricht hat seither auch in Baden-Württemberg zugenommen, allerdings von einem sehr, sehr niedrigen Niveau aus. Ich will dies trotzdem positiv bewerten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das würde ich auch sagen!)

Den Löwenanteil integrativer Maßnahmen stellen aber Maßnahmen im Rahmen des sonderpädagogischen Dienstes dar. Würde man übrigens hier die Zahl der Lehrerwochenstunden durch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler teilen, so kämen als Ergebnis gerade einmal 15 Minuten je Schüler heraus.

Das entscheidende Problem aber ist die „Schere im Kopf“, die nach wie vor besteht. Noch immer bestehen Vorurteile gegenüber der Integration, und leider werden die Erkenntnisse, die wir in den Schulversuchen gewonnen haben, nicht überall tatsächlich umgesetzt.

In der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 13/2818 heißt es auf Seite 16 – Frau Lazarus, Sie haben darauf hingewiesen –:

Behinderte Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Aufnahme in die allgemeine Schule, wenn sie – ggf. mit finanziell vertretbaren Hilfen – in die Lage versetzt werden können, dem jeweiligen, schulartbezogenen Bildungsgang zu folgen.

Eben das ist der Unterschied: Sie machen immer zur Voraussetzung, dass Kinder dem einzelnen Bildungsgang in der Schulart folgen können. Dies ist ein völlig anderes Verständnis von Integration als das, was wir haben. Ich sage Ihnen noch einmal: Die fünf Schulversuche haben bewiesen, dass ein solch integrativer, zieldifferenter Unterricht sehr wohl erfolgreich ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie räumen zwar ein, dass der integrative Unterricht durchaus Kompetenzgewinn bedeutet, dass eine neue Lernkultur und neue Lernformen entstehen und dass sich das auch po-

(Zeller)

sitiv auf die Entwicklung gemeinsamer pädagogischer Konzepte auswirkt – das steht alles in den Vorlagen –, dass die Teambildung gefördert wird – das erkennen Sie alle an –, dass die Diagnoseverfahren deutlich verbessert werden. All das räumen Sie ein. Aber, meine Damen und Herren, Sie bleiben auf halbem Wege stehen.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das ist das Entscheidende.

Sie haben nun Außenklassen hervorgehoben. Außenklassen sind im Schulgesetz verankert. Das wird von Ihnen als der Königsweg angepriesen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Den Königsweg gibt es sowieso nicht!)

Dabei will ich jedoch darauf hinweisen, dass gerade einmal 9,2 % der Schülerinnen und Schüler der Schulen für Geistigbehinderte in Außenklassen sind. Schlusslicht bilden hier die Förderschulen, obwohl deren Schüler den größten Anteil aller Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen ausmachen. Hier sind es gerade einmal 0,2 %.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das wollen die aber doch zum Teil gar nicht!)

Bleibt darüber hinaus noch das Integrative Schulentwicklungsprojekt (ISEP). Hier sind – Sie haben es genannt; ich will es wiederholen – in 29 Projekten gerade einmal 111 Kinder beteiligt. Ich sage Ihnen deutlich: Ich halte diese geringe Anzahl für beschämend. Sie kommt auch nicht von ungefähr, denn die Latte für die Einrichtung eines ISEP liegt bei Ihnen sehr, sehr hoch. Jedes ISEP muss als Schulversuch beantragt werden. Ich kann Ihnen anhand einzelner Beispiele sagen: Für die betroffenen Eltern – Frau Rastätter hat ja auf die Eltern und auf das Elternrecht hingewiesen – ist es vielfach ein Spießrutenlauf, wenn es darum geht, ein Kind in eine allgemeine Schule zu integrieren. Das können wir nicht akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe zwar jetzt nicht die Zeit, bin aber gerne bereit, Sie, Frau Ministerin, darüber zu informieren, wie vonseiten der Schulverwaltung blockiert wird,

(Abg. Wieser CDU: Dann nehmen Sie sich doch die Zeit, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

und zwar mit dem Argument, es gebe dafür keine Lehrkräfte. Eltern resignieren oft schon im Vorfeld und stellen erst gar keine Anträge, weil ihnen gesagt wird, der Antrag habe ohnehin keine Chance. Sie werden entmutigt.

Ich will Ihnen einmal kurz etwas aus einem Brief vorlesen, der auch Ihnen vorliegt.

(Abg. Wieser CDU: Dann brauchen Sie ihn doch nicht vorzulesen!)

Da heißt es:

Bisher haben fünf Eltern Anträge auf Beschulung ihrer behinderten Kinder in einer ISEP-Klasse beim Schulamt Tettang gestellt. Die Zustimmung und Bereit-

schaft der Schule durch die Gesamtlehrerkonferenz liegt vor. Ein Grundschullehrer, der diese Klasse übernehmen möchte, steht zur Verfügung. Nach Auskunft der Arbeitsstelle Kooperation des Schulamts Tettang wird der Dreh- und Angelpunkt, an dem das Projekt entweder gelingt oder scheitert, nun die Bereitstellung von Sonderschullehrerstunden sein. Das Schulamt Tettang vermutet, dass im Schuljahr 2005/2006 solche Lehrerstunden fehlen werden und dass das Kultusministerium keine weiteren Stunden zuweisen wird.

(Abg. Wieser CDU: Das Schulamt „vermutet“? Die dürfen doch nicht vermuten! – Abg. Fischer SPD: Herr Kollege, lassen Sie sich vom Wieser nicht stören!)

– Herr Wieser, ich sage Ihnen: Es sind Anträge da. Dieses Schulamt ist nicht in der Lage, mehr Stunden zur Verfügung zu stellen. Es ist auch nicht bereit, anderswo Stunden wegzunehmen. So lautet die Interpretation. Ich sage: So kann es nicht laufen.

(Zuruf von der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh Herr Wieser!)

Ich will Ihnen noch ein Zitat von Eltern vorlesen, die sich für Außenklassen eingesetzt haben – für die Sie ja eigentlich sind. Da heißt es:

Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass Außenklassen nur dort eingerichtet und in der Sekundarstufe erfolgreich weitergeführt werden können, wo durch glücklichen Zufall Schulaufsichtsbehörde, Sonderschule, allgemein bildende Schulen und Schulträger dem Gedanken der Integration positiv gegenüberstehen.

All das muss nämlich zusammenkommen. Weiter heißt es:

Auch engagierte Lehrer reiben sich auf Dauer auf, wenn die Unterstützung durch die Schulleitung fehlt.

Weiter unten heißt es: Nach Aussage von Herrn Rektor Sundso, dem Schulleiter der Hauptschule,

ist er wegen der Rahmenbedingungen nicht bereit, die bestehende Außenklasse fortzuführen.

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, meine Damen und Herren. Deswegen will ich Sie auch an den Tag der behinderten Menschen im Landtag erinnern. Damals wurde gesagt – das ist in der Dokumentation nachzulesen –:

Es fehlt der gesamte Bereich der Erziehung und Bildung, speziell rechtliche Regelungen zur Integration behinderter Menschen in Kindergärten, in Schulen sowie anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen. Betroffene Eltern werden mit ihren Problemen alleine gelassen.

Das ist nachzulesen, meine Damen und Herren. Es darf nicht der Fall sein, dass wir Eltern allein lassen. Sie müssen alles dafür tun, dass wir Integration dort, wo sie gewünscht ist, tatsächlich auch umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fragen des Unterrichts behinderter Kinder und Jugendlicher sind in noch gar nicht so weit zurückliegenden Jahren bei uns oft mit großer Aufgeregtheit diskutiert worden. Zugleich gab es dabei fast nur das eine Thema, nämlich das der Integration, obwohl das nicht das einzige Thema bei Behinderten ist.

Wenn ich es aber recht sehe, ist der Ton moderater geworden. Der Sache kann das nur nützlich sein, und wenn auch die Große Anfrage der Grünen, Frau Kollegin Rastätter, erneut ausschließlich Fragen des gemeinsamen Unterrichts anspricht, so ist dies doch mit der ausdrücklichen Feststellung verbunden, dass es nicht darum gehen sollte, die Leistung und die hohe Qualität unserer Sonderschulen infrage zu stellen.

Für die veränderte Tonlage gibt es sicher eine Reihe von Gründen. Ein ganz entscheidender ist nach meiner Überzeugung die Tatsache, dass Baden-Württemberg in den zurückliegenden Jahren vielfältige Anstrengungen unternommen hat, die geeignet waren und geeignet sind, die Förderung, die schulische Bildung, die soziale und – soweit irgend möglich – auch die berufliche Integration behinderter Kinder und Jugendlicher weiter zu verbessern.

Ich kann hier nur einige wenige Punkte herausgreifen. Ich nenne, Kollege Wieser, den Ausbau der sonderpädagogischen Förderung im frühen Kindesalter, hierbei insbesondere die Steigerung der Akzeptanz der frühen Hilfeangebote durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Die weitere Verbesserung der Akzeptanz und Zugänglichkeit, gerade auch bei Familien in erschwerten sozialen Lebenslagen, ist ein richtiges und von uns verfolgtes Ziel.

Ich nenne die höhere Akzeptanz aufseiten der Eltern hinsichtlich der Feststellung der Sonderschulpflicht.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein!)

Die verstärkte und frühzeitige Einbeziehung der Eltern hängt ebenso mit der Änderung des Schulgesetzes im Jahre 1997 zusammen wie die Öffnung der allgemeinen Schulen für die Förderung behinderter Kinder. Das sind bei weitem nicht nur, aber natürlich auch und insbesondere die Außenklassen.

Ich nenne schließlich die Kooperationsprojekte und Begegnungen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung.

Die soziale Integration behinderter Schüler – ich glaube, das ist von Ihnen, Herr Zeller, auch erwähnt worden –, die ausdrücklich Aufgabe aller Schularten ist und aller Schularten sein muss, wird durch diese Kooperationen und Begegnungen im Grunde auf doppelte Weise gefördert, und zwar ganz einfach deshalb, weil sie eben auch den nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern Begegnung und Kennenlernen ermöglicht. Das ist auch die besondere Stärke des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Kinder. Die weitere Förderung dieser Möglichkeit ist insoweit grundsätzlich richtig.

(Abg. Wieser CDU: Wir haben doch keine Vorlesung!)

– Herr Wieser, man muss auch einmal über das Gute reden, was man als Koalition geleistet hat.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Herr Pfarrer!)

Die weitere Förderung dieser Möglichkeit ist selbstverständlich immer an die Voraussetzung gebunden, dass dies für das Kind, das hier im Mittelpunkt stehen soll, die beste Lösung ist.

Die positiven Erfahrungen mit den Außenklassen rufen dazu auf, gerade auf diesem Weg fortzuschreiten. Aber er kann nicht der allein selig machende sein. Die Tatsache, dass die Rückkehr von Außenklassen an ihre Stammschulen offenkundig vor allem auf Wunsch der Eltern und Kollegien zurückgeht, gibt hierauf einen Hinweis.

Meine Damen und Herren, den Königsweg schlechthin gibt es nicht. Wichtig aber ist, dass wir mit den Themen „Integration Behinderter“ und „Gemeinsamer Unterricht für Behinderte und Nichtbehinderte“ sensibel umgehen. Was die zu gehenden Wege betrifft, so sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt.

Meine Damen und Herren, nachdem ich selbst als Schüler mit einer körperbehinderten Schülerin zusammen die Grundschulzeit erlebt habe, weiß ich, wovon ich rede. Ich möchte diese Zeit nicht missen. Wir haben alle unsere Ausflüge, alle unsere Aktionen, selbst das Schülerfest immer danach ausgerichtet, was wir machen können, damit diese Schülerin immer einbezogen war. Das war, wie ich meine, eine gute Zeit.

Sie sehen: Wir stehen den Überlegungen, wie weitere Möglichkeiten geschaffen werden können, das Miteinander zwischen Behinderten und Nichtbehinderten zu stärken, sehr offen gegenüber. Wir Liberale haben dafür ein offenes Ohr.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Am 11. Dezember 1997 haben wir in diesem hohen Hause über Veränderungen unseres Schulgesetzes, zum heutigen Thema debattiert. Damals habe ich gesagt:

... das Konzept, das wir hier vorlegen, ... ist abgewogen. Es reduziert die Förderung behinderter Kinder nicht auf ein Modell. Es ist im Blick auf Ressourcen realistisch. Es läuft nicht Gefahr, der Versuchung zu erliegen, die viele Elternverbände in anderen Ländern mittlerweile beklagen, dass es zu Billiglösungen kommt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir neben der Einzelintegration, die wir jetzt schon haben, in Zukunft auch eine Reihe interessanter integrativer Schulentwicklungsmodelle in Baden-Württemberg haben werden, wo das von der Kompetenz, von der Trägerschaft und von den Ressourcen her möglich ist.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Heute haben wir im Land 29 solche Integrative Schulentwicklungsprojekte, und vor allen Dingen haben wir seither ein breites Spektrum an Entwicklungen zur Förderung von Kooperation und Integration.

Wir haben in diesen Jahren erlebt, dass sich die Qualität der Integration in schulische Bildungsangebote nicht an der Organisationsform entscheidet, sondern an sehr konkreten Ausgestaltungen der in allen Formen gegebenen vielfältigen Anlässe und Prozesse der sozialen Kommunikation und Integration.

Vor allem ist die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung grundsätzlich Auftrag aller Schularten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser
CDU: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter
GRÜNE)

Im Schulgesetz ist 1997 noch einmal verdeutlicht worden: Damit ist die gemeinsame Verantwortung auch stärker in das Bewusstsein der Schulen gerückt worden. Genau mit der Zielsetzung, es Schulen aller Schularten zu ermöglichen, sich an dieser Aufgabe der Integration zu beteiligen, hat es eine Menge struktureller Weiterentwicklungen gegeben. Ich nenne die Einrichtung von Arbeitsstellen Kooperation bei allen unteren Schulaufsichtsbehörden als Anlaufstellen für die Eltern, als Anlaufstellen für alle die, die an besonderen Lösungen vor Ort arbeiten.

Ich nenne das durchaus komplizierte Verfahrenskonzept ISEP, ein aufwendiges Verfahren, mit dem ein hoher Anspruch an die beteiligten Pädagoginnen und Pädagogen, übrigens auch die Schulträger, verbunden ist.

Ich nenne die Stärkung der Entwicklungskräfte vor Ort. Das heißt, wir haben mit dem, was damals im Schulgesetz verankert wurde, der Schulverwaltung einen Rahmen zur Verfügung gestellt, der die Entwicklung passgenauer, entsprechend den Voraussetzungen vor Ort ermöglicht.

Da gibt es ein breites Spektrum an Entwicklungen – Herr Wenz hat ja all diese Beispiele –, die dann jeweils vor Ort zur Verfügung gestellt wurden. Das Ergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist heute, dass die Mehrheit behinderter Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine allgemeine Schule und keine Sonderschule besuchen. Das ist heute der Stand in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich kann es auch in Zahlen sagen. Ich kann Ihnen die Zahlen aus Deutschland im Vergleich der 16 Länder nennen. Aber ich beginne mit der Einschätzung der UNESCO-Kommission. Danach muss davon ausgegangen werden, dass rund 10 bis 12 % aller Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulbiografie einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Für rund 4,3 % steht das Sonderschulangebot zur Verfügung, für rund 1,4 % werden Hilfestellungen im Rahmen des sonderpädagogischen Dienstes an allgemeinen Schulen entwickelt, und für die dann noch verbleibenden 7 % haben die allgemeinen Schulen, insbesondere die Grundschulen, inhaltlich und strukturell Formen der Hilfe entwickelt.

Deshalb ist in diesem Zeitraum auch im Vergleich der 16 Länder in Baden-Württemberg die Quote derer, die eine Sonderschule besuchen, deutlich weniger gestiegen als in den 15 anderen Ländern. 1997 betrug diese Quote bundesweit 4,3 %, in Baden-Württemberg waren es 4,2 %. Bereits 2002 betrug die Quote bundesweit 4,8 %, in Baden-Württemberg 4,4 %. Wir liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, was die Quote der förderbedürftigen Schülerinnen und Schüler angeht, die die Sonderschule besuchen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Das ist das Ergebnis der Entwicklungsschritte, die das Schulgesetz ermöglicht. Das ist das Ergebnis eines Schulgesetzes, das nicht den Königsweg – darüber haben wir damals heftig gestritten – vorschreibt, sondern ein breites Spektrum an Entwicklungsprozessen vor Ort ermöglicht, ein breites Spektrum an Zusammenarbeit zwischen allgemeinen Schulen und den Sonderschulen, ein breites Spektrum, für das die bereits genannten Außenklassen nur ein Beispiel sind.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auf diesem Weg weitermachen sollten: gute Beratung der Eltern, professionelle Hilfe für die Schulen, die Entwicklungsprozesse eingehen, Abhängigkeit des Sonderschulbesuchs vom tatsächlichen sozialpädagogischen Förderbedarf und nicht von irgendeiner theoretischen Definition, nicht einen Königsweg definieren,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Beifall des
Abg. Kleinmann FDP/DVP)

ein breites Spektrum pädagogisch richtiger und für die Schülerinnen und Schüler hilfreicher Möglichkeiten. Diese Wege haben sich bewährt, auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern. Deshalb sehe ich keinen Grund, hier etwas zu verändern.

Klar ist auch: Sie werden immer Beispiele vor Ort finden,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Klar, natürlich!)

in denen Ressourcen, die wünschenswert wären, nicht zur Verfügung stehen. Auch das gehört zum Leben dazu.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein, das gehört
nicht zum Leben!)

Aber interessanterweise sind immer noch so viele Ressourcen zur Verfügung gestellt worden, dass wir für die vergangenen acht Jahre eine überaus positive Entwicklung verzeichnen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller. Herr Abgeordneter, Sie haben noch 40 Sekunden Zeit.

(Zurufe von der CDU – Abg. Ursula Haußmann
SPD zur CDU: Vielleicht hilft es ja bei euch!)

Abg. Zeller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus zeitlichen Gründen kann ich auf die Ausführungen von Frau Schavan nicht eingehen. Ich stelle lediglich eines

(Zeller)

fest, Frau Schavan – darf ich die geschätzte Aufmerksamkeit erbitten? Danke schön! –: Sie haben leider nichts zu meinen Vorhaltungen und Feststellungen in Sachen ISEP gesagt. Sie haben nichts dazu gesagt, dass die Schulverwaltungen oder die Sonderschulen für ISEP keine Lehrkräfte zur Verfügung stellen wollen. Sie haben nichts dazu gesagt, wie diese Angebote erweitert werden können. Das halte ich für bedauerlich, und vor allem die Eltern, deren Kinder und die zahlreichen engagierten Lehrerinnen und Lehrer halten es für sehr bedauerlich, dass sie offensichtlich vonseiten der politischen Führung keine Unterstützung bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Zunächst ist die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2471, mit der Aussprache erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4283. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Zweite war die Mehrheit. Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/2818. Dieser Antrag ist als Berichtsantrag mit der Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3343.

Abschnitt I ist ein Berichtsantrag, der durch die Aussprache erledigt ist. – Kein Widerspruch.

Wir haben über den Abschnitt II abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Nichts von dem, was der Ministerpräsident heute Morgen gesagt hat! Hauptsache dagegen stimmen! Beschämend!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Die Zukunft der Berufsakademien in Baden-Württemberg zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft – Drucksache 13/2499

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung schon über andert-

halb Jahre alt sind, ist das Thema immer noch aktuell. Die Berufsakademien haben ihre Chancen genutzt, ihre Potenziale erschlossen – dank kritischer Begleitung und trotz akademischer Vorbehalte und Eifersüchteleien. Sie reagieren schnell und flexibel auf die Entwicklungen im Bildungs- und Unternehmensbereich. Ihr Applikationsvermögen auf dem Arbeitsmarkt, ihre Reaktionsgeschwindigkeit auf die technische Entwicklung sind enorm. Die Zielgenauigkeit der Ausbildung ist gut. Das darf man feststellen, ohne die Qualitäten anderer Hochschulen in Zweifel zu ziehen.

(Beifall der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wenn sich die Bürokratie der Verwaltung und die des Wissenschaftsministeriums dem anpassen könnten, wäre es noch besser um die Berufsakademien bestellt. Noch hängen sie am ministeriellen Gängelband, sind angebunden und sitzen zwischen vielen Stühlen. Das müsste nach 30 Jahren besser werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Ihr habt sie auch 20 Jahre abgelehnt!)

Herr Fleischer, vielleicht haben diese kritischen Begleitungen dazu geführt, dass sich diese Bildungseinrichtung als richtig erwiesen und in die richtige Richtung entwickelt hat. Schließlich war vieles bei ihrem Beginn vor 30 Jahren unbestimmt, provisorisch, und bei vielem war nicht sicher, wie es weitergeht. Sie war auch sparsam. Man kann auch sagen: Sie war billig.

Damals war der Weg das Ziel. Aber das war doch etwas wenig. Die Akzeptanz und die Anerkennung der Abschlüsse, ihre Wertigkeit, aber vor allen Dingen die Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt waren nicht gesichert; das gilt immer noch. Trotz der Bewährung auf dem Arbeitsmarkt gibt es auch heute noch Probleme bei der Anerkennung der Abschlüsse

(Abg. Fleischer CDU: An wem liegt es?)

vor allem außerhalb Baden-Württembergs für alle jetzigen Absolventen. Es gibt auch immer noch Probleme bei der Anerkennung im öffentlichen Dienst.

Die Anerkennung der Abschlüsse und ihre Bewertung sind heute ironischerweise aktueller denn je, nämlich durch die Neujustierung der Hochschulabschlüsse im Zusammenhang mit der Einführung von Bachelor und Master.

Die Kultusministerkonferenzbeschlüsse sind längst gefasst, aber nicht rechtsverbindlich umgesetzt. Ich erwarte, dass mit der bevorstehenden Akkreditierung hier wieder Bewegung hineinkommt.

Die Erfolge der BAs sind messbar an der Zahl der Studierenden, an der Zahl der Ausbildungsplätze und an der Quote derer, die einen Arbeitsplatz finden, immerhin 90 %. Diese Arbeitsplätze sind hoch qualifiziert.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt stimmt es!)

Die Investition von öffentlichen Mitteln ist gemessen am gesellschaftlichen Ertrag günstig.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt stimmt es! Jawohl!)

(Alfred Winkler)

Es gibt wenig Abbrecher – ca. 10 % –, eine hohe berufliche Zufriedenheit und wohnortnahe Bildungsstandorte.

Trotz dieser Vorteile sollten wir aber keine heile Welt vorgaukeln, sondern die Schwachstellen ausmerzen. Es gibt immer noch die Sollquote beim hauptamtlichen wissenschaftlichen Personal von 40 %; sie ist im statistischen Mittel erreicht, aber das sagt nichts über die einzelnen Studiengänge aus. Einem Studierenden in seinem Studiengang nützt die erreichte Quote in anderen Studiengängen nichts.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD:
So ist es! – Abg. Fleischer CDU: Immer ein Haar
in der Suppe finden!)

Noch ein Beispiel für Schwachstellen: Alle Berufsakademien haben Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Hochschulen. Das ist ja im Prinzip sehr gut und sehr wichtig, vor allem für die Internationalisierung von Wirtschaft und Bildung. Die BAs haben das auch so gesehen und haben sich viel Mühe gegeben. Aber wie sieht es bei uns in Deutschland aus? Zitat aus der Antwort der Landesregierung:

Deutsche Hochschulen als institutionelle Kooperationspartner der Berufsakademien gibt es zurzeit nicht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Auch nicht in Baden-Württemberg!)

Das ist eigentlich beschämend.

(Abg. Zeller SPD: Richtig!)

Wieso soll eine Kooperation mit einer Uni in Santa Barbara in Kalifornien einfacher sein als mit der Uni in Stuttgart?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Eigenartig, oder? –
Abg. Ursula Haußmann SPD: Woran liegt das
wohl?)

Meine Damen und Herren, das liegt vielleicht nicht an den Berufsakademien, sondern an der Ignoranz der umgebenden Hochschullandschaft. Ich wünsche mir hier anhaltende und nachdrückliche Unterstützung auch durch das Wissenschaftsministerium.

(Abg. Fleischer CDU: Sagen Sie das auch den Universitäten? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD:
Ständig!)

Für den Bereich der Berufsakademien besteht keine gesetzliche Verpflichtung zur Erstellung einer Struktur- und Entwicklungsplanung.

So steht es in der Antwort auf die Große Anfrage: „keine gesetzliche Verpflichtung“. Wenn das so ist, dann machen Sie doch ein Gesetz! Dann haben Sie die Verpflichtung. Weil 30 Jahre lang keine besteht, heißt das doch nicht, dass man keine brauchen würde. Entweder Sie hätten schreiben müssen: „Man braucht keine“ und dann begründen, warum, oder Sie hätten schreiben müssen, warum Sie das 30 Jahre lang verpasst oder vergessen haben.

(Beifall bei der SPD)

In welchem Zusammenhang bringt man ein Ausbauprogramm ohne eine Struktur- und Entwicklungsplanung? Das ist eigentlich ein innerer Widerspruch.

Noch ein Beispiel, wie es nicht laufen soll: Bad Mergentheim wurde von drei auf fünf Kurse ausgebaut, und zwar an der BA Mosbach, die der Hauptstandort ist, vorbei. Dieser Standort hat nicht einmal gewusst, dass dieser Ausbau stattfindet. Ich kritisiere gar nicht die Entscheidung zum Ausbau, zur Erweiterung von Bad Mergentheim, aber diese Entscheidung hat objektiven Kriterien standzuhalten und darf nicht sozusagen en passant oder par ordre du mufti vom Regierungschef einfach verordnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Noch zwei Beispiele: Dass die Berufsakademien weder im Haushalt eine eigene Haushaltsstelle noch im Landeshochschulgesetz Eigenständigkeit zugesprochen bekommen, noch selbst rechtsfähig sind, spricht ja auch nicht für ihre Wertigkeit in unserem System. Sie sind vielmehr als Anstalt des Landes eine Einheit mit acht Standorten. Das ist nach 30 Jahren eigentlich sachwidrig. Es trägt auch nicht zum Selbstverständnis eines eigenen Bildungskonzepts bei. Man kann auch sagen, es widerspricht den Lobreden, die auf die Berufsakademien gehalten werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Genau das!)

Seit 30 Jahren dieser Mangel – etwas sarkastisch kann man sagen: Hier wurde die Wirklichkeit von der Realität überholt.

(Abg. Fleischer CDU: Wenn euch Planwirtschaftlern das überlassen würde, dann wäre das nie möglich gewesen! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD:
Oh Kollege Fleischer!)

Um den letzten Teil abzuschließen: Unzufrieden darf man vor allem mit der Höhe der Mittel für den Bauunterhalt der BAs sein. Lieber Herr Kollege, die Mittel des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts werden im Haushalt schon seit langem als Steinbruch zum Sparen benutzt. Heute Morgen ist dieses Thema in der Debatte aufgetaucht.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Statt die Mittel aufzustocken und Bausubstanzverluste auszugleichen, wird an der falschen Stelle gespart. Es geht doch nicht an, dass wir nach dem Motto verfahren: „Wir sparen, koste es, was es wolle.“ Dachsanierungen sind deswegen nötig, weil Dächer undicht sind. Und es ist keine Lösung, zum Wassersparen das kaputte Dach zu benutzen und ins darunter liegende Geschoss Wassereimer zu stellen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Da hat er Recht! Machen wir eine Politik, dass die Badewannen herauskommen aus den Universitäten! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU:
Dann wäre es schlimm!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Baumittel für die Instandhaltung sind bei den Berufsakademien selbstverständlich genauso knapp und genauso dringend erforderlich wie bei anderen Hochschuleinrichtungen. Aber die fehlenden Mittel machen sich bei den Berufsakademien extrem bemerkbar.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Alfred Winkler)

Meine Damen und Herren von der Regierung, Herr Minister, es gibt bei dem Thema BA viel zu tun. Packen Sie es an!

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Gut, Alfred!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hitzler.

Abg. Hitzler CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Berufsakademien sind ein baden-württembergisches Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es! – Abg. Fleischer CDU: So ist es! Sehr gegen den Willen der Opposition!)

Sie erfüllen schon heute manche Idealvorstellung über eine zukunftsweisende akademische Ausbildung: kurze Ausbildungsdauer, hoch kompetent, mit großem Praxisbezug und hervorragenden Berufsaussichten.

(Abg. Fleischer CDU: Genau!)

90 % der BA-Absolventen bekommen einen Arbeitsplatz.

Wie man der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen kann, haben sich die Berufsakademien großartig entwickelt. An dem BA-Standort in meinem Wahlkreis hat sich die Zahl der Studierenden seit 1976 verzehnfacht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber doch nicht wegen Ihnen!)

Natürlich, eines ist klar: Die Berufsakademien müssen sich auch internationalen und europäischen Entwicklungen im Hochschulbereich stellen. Erfreulicherweise haben sich seit der Einbringung der Großen Anfrage sehr positive Entwicklungen ergeben.

Die Landesregierung hat nach zähen Verhandlungen innerhalb der Kultusministerkonferenz erreicht, dass Abschlüsse von akkreditierten Bachelor-Ausbildungsgängen an den Berufsakademien hochschulrechtlich anerkannt werden. Damit ist sichergestellt, dass die Berufsakademien auch in Zukunft ihre Attraktivität behalten und den Absolventen auch bundesweit der Zugang zu Unis oder Fachhochschulen für die Aufnahme eines Masterstudiums offen steht.

Bei der zurückliegenden Hochschulrechtsnovelle haben die Berufsakademien in einem gemeinsamen Gesetz ihren angemessenen Platz neben den Hochschulen gefunden, auch wenn sie im rechtlichen Sinne keine Hochschule darstellen.

In der CDU-Landtagsfraktion wurde über die Frage, ob man Berufsakademien rechtlich zu Hochschulen machen sollte, intensiv diskutiert. Ich möchte betonen, dass unserer Fraktion bei der Weiterentwicklung der BAs vor allem eines wichtig ist: der Dialog und der Konsens mit der Wirtschaft als tragender Säule und dualem Partner.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Würde man unsere Berufsakademien im rechtlichen Sinne zu Hochschulen machen, hätte dies gravierende negative

Auswirkungen auf die bewährte duale Struktur und die Verzahnung mit der Wirtschaft. Aus unserer Sicht ist daher der eingeschlagene Weg, eine bundesweite hochschulrechtliche Anerkennung des Abschlusses zu erreichen, der erfolgversprechendere Weg gewesen.

Mit dem Regelabschluss Bachelor für Berufsakademien, der im neuen Hochschulgesetz festgelegt ist, wird auch sichergestellt, dass die Berufsakademien im Rahmen des Bologna-Prozesses ihren Platz in einer internationalen Hochschullandschaft finden können. Die Entwicklung dieser Landschaft ist gerade vor dem Hintergrund der Umstellung auf gestufte Studiengänge und im Rahmen des Bologna-Prozesses noch nicht abgeschlossen.

In Zukunft wird sich weiterhin die Frage stellen, welche Profile unsere Berufsakademien, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Universitäten entwickeln. Diese Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird uns in den kommenden Jahren weiter beschäftigen und eines unserer hochschulpolitischen Schwerpunktthemen sein.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass unser Wissenschaftsminister vor dem Hintergrund dieser sehr schweren Fragen einen Beraterkreis zur Hochschulentwicklung eingerichtet hat. Ich bin mir sicher, dass wir dessen Vorschläge noch in mehreren Plenardebatten ausführlich diskutieren werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind der Auffassung, dass die Große Anfrage der Fraktion der SPD doch schon reichlich abgehängt ist und sich im Grunde genommen beinahe überholt hat. Aber wir hören immer weitere Kassandrarufer,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer hat Ihnen denn diese Rede aufgeschrieben? Haben Sie die vor 20 Jahren geschrieben?)

obwohl wir vom Wissenschaftsministerium wissen, dass die Berufsakademien hervorragend in die gesamte zukünftige Hochschullandschaft eingebettet sind.

Bei Ihrer Anfrage haben Sie sich noch besorgt über die Möglichkeit eines Rückgangs der Studierendenzahlen, weil die Akzeptanz nachlassen könnte, geäußert. Dies ist in der Zwischenzeit überholt. Nun sorgen Sie sich schon wieder über möglicherweise steigende Studierendenzahlen. Tatsächlich brauchen Sie sich in Zukunft weniger Sorgen zu machen; denn die Berufsakademien und die Hochschullandschaft befinden sich auf einem hervorragenden Weg in die Zukunft.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen – das wurde auch schon ausgeführt – sind die Berufsakademien ein Erfolgsmodell sondergleichen. Sie haben 1974 klein angefangen und haben heute knapp 20 000 Studierende, die – wie wir schon gehört haben – hervorragende Chancen am Arbeitsmarkt haben. Darüber hinaus sind die Berufsakademie-

(Beate Fauser)

Standorte keineswegs unflexibel und langweilig. Nein, sie sind bereits im Jahr 1980 Kooperationen mit ausländischen Hochschulen eingegangen.

Im Jahr 2000 wurde, wie Sie alle wissen, die Berufsakademie vom britischen Open University Validation Service evaluiert und aufgrund der guten Ergebnisse im Jahr 2001 bei der Open University in London akkreditiert. Nunmehr konnten sich die Studierenden an der Berufsakademie im dritten Studienjahr parallel an der Open University einschreiben und erlangten bei erfolgreichem Abschluss nach dem dreijährigen Studium an der Berufsakademie zusätzlich das Diplom des Bachelor with Honours Degree der Open University.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das Lesen hätten Sie vorher üben sollen!)

Die Einzigen, die sich lange gesträubt haben, waren die SPD-regierten Länder. Es wundert mich schon sehr, dass sie dieses Erfolgsmodell nicht selbst übernommen haben.

Meine Damen und Herren, es ist wirklich gut, dass wir auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Berufsakademie haben, die eng mit der Wirtschaft zusammenarbeitet und eine Zukunft für die Betriebe bietet, aber auch für die jungen Leute. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch einmal den Unternehmen ganz herzlich für ihr Engagement danken.

Wie Sie wissen, wird der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom Oktober vergangenen Jahres, die Abschlüsse von akkreditierten Bachelor-Ausbildungsgängen der Berufsakademien denen von den Hochschulen gleichzustellen, die Attraktivität weiter stärken – das befürchten Sie ja auch zum Teil –, wengleich man sagen muss, dass die früher fehlende Anerkennung in anderen Bundesländern in der Praxis keine erhebliche Rolle gespielt hat. Wir sollten die Diskussion also etwas niedriger hängen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Keine Ahnung!)

Entscheidend ist, dass die nun erfolgte hochschulrechtliche Anerkennung den Berufsakademien die Teilnahme am Bologna-Prozess, also die Einbindung in einen einheitlichen europäischen Hochschulraum, sichert.

Ich bin übrigens nicht der Meinung, alles, was an das Wissenschaftsministerium angebunden ist, sei ineffektiv. Vielmehr haben gerade die Berufsakademien das Gegenteil bewiesen. Man kann doch nicht behaupten, das alles sei schlecht. Dann müssten die Studentenzahlen in den letzten Jahren rapide abgenommen haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie dem Herrn Winkler nicht zugehört?)

Aber das Gegenteil ist der Fall. Sie dürfen das nachher, Frau Bregenzer, mit Sicherheit noch vom Herrn Wissenschaftsminister Dr. Frankenberg selbst hören.

Wir sind der Auffassung, dass der begonnene Weg, der die Zukunft der Berufsakademien sichert,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

für unsere Wirtschaft und für die Studenten hier im Land ausgezeichnet ist.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Er wird eine weitere Stärkung des Standorts Baden-Württemberg bedeuten.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor dieser Plenardebatte hat mich eine Kollegin im Scherz darauf angesprochen, bei diesem Tagesordnungspunkt solle ich die Berufsakademien nicht schlechtreden. Sie selbst hat dort eine Ausbildung absolviert. Wahrscheinlich kennen Sie es auch aus Ihrer eigenen Erfahrung: Es ist kein Einzelfall, dass diejenigen, die an der Berufsakademie studiert haben, einerseits außerordentlich stolz sind auf das, was sie erreicht haben, und sich auch mit dieser Institution identifizieren und sagen, dass ihre Ausbildung gut war; gleichzeitig spüren und wissen sie aber, dass die Anerkennung nach wie vor nicht überall vorhanden ist. Die Qualität der Berufsakademien wird nach wie vor in Zweifel gezogen. Der Wert der Ausbildung ist nicht überall gleichermaßen anerkannt und gesichert.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Hier im Haus scheint fraktionsübergreifend Einigkeit zu herrschen, auch wenn Frau Fauser nicht gemerkt hat, wie sich die SPD in der Debatte aufgestellt hat. Ich habe festgestellt, es gibt Einigkeit im ganzen Haus, dass die Berufsakademien im Land hoch geschätzt sind, dass sie von allen Seiten als Erfolgsmodell eingeschätzt werden. Der Wissenschaftsausschuss hat ja im vergangenen Jahr auf der China-reise erlebt, dass die Berufsakademien nicht nur hier im Land anerkannt sind, sondern inzwischen sogar als Exportartikel geschätzt werden. Wir haben erlebt, dass in China nach dem baden-württembergischen Modell Hochschulen aufgebaut werden.

Es ist in der Debatte bereits auf die steigenden Studierendenzahlen und die kontinuierliche Ausweitung der Kapazitäten hingewiesen worden. Der berufliche Erfolg der Absolventinnen und Absolventen spricht dafür, dass sich dieses Modell etabliert.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE und bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das verbreitete Fächerspektrum ist ebenfalls zu begrüßen. Daher sind die Berufsakademien zweifellos ein unverzichtbarer Bestandteil unseres tertiären Ausbildungsbereichs. Gerade weil wir mehr junge Menschen mit einer hoch qualifizierten Ausbildung ins Leben starten lassen wollen, gibt es dazu keine Alternative.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Der KMK-Beschluss im Oktober letzten Jahres war ein Durchbruch auf dem Weg, die nationale und internationale

(Theresia Bauer)

Anerkennung der Berufsakademien voranzubringen. Bachelorabschlüsse an Berufsakademien, die akkreditiert sind, bekommen dadurch die vollwertige Anerkennung. Ich finde es richtig, dass man die Stärkung der Berufsakademien nicht über eine Debatte vorantreibt, ob man diese Institutionen zu einer Hochschule im herkömmlichen Sinn machen muss. In erster Linie sollte es um die Qualitätsdebatte gehen: Sind die Studiengänge hochwertig, qualifiziert und nachhaltig, sodass man sie mit einem vollwertigen Bachelorabschluss versehen kann? Ich glaube, dass das der produktivere Weg ist und dass man den Berufsakademien ihre organisatorische Eigenständigkeit lassen sollte.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE und Beate Fauser FDP/DVP)

Allerdings muss klar sein: Wenn man die Anerkennung über die Akkreditierung der Bachelorabschlüsse will, dann darf es hier keinen Rabatt geben. Berufsakademien dürfen kein Billigmodell sein, das mit geringeren Standards auskommt. Deshalb haben auch unsere Berufsakademien im Land noch einen gewissen Weg vor sich. Wir brauchen – das ist absehbar – für die Umstellung auf Bachelorabschlüsse zusätzliche Lehrveranstaltungen. Man muss weiter zulegen bei dem hauptamtlichen Lehrpersonal. Die KMK hat ja eine Quote von 40 % gefordert. Diese ist noch nicht an allen Standorten erreicht, sondern 40 % erreichen wir im Land nur, wenn man eine Durchschnittsgröße für das gesamte Land zugrunde legt. Also auch hieran muss weiter gearbeitet werden. Wir sollten uns nicht mit dem Taschenspielertrick begnügen, zu sagen, dass wir die Quote im Durchschnitt des Landes erreicht hätten. Für die Studierenden bringt es nur etwas, wenn an jedem Standort 40 % erreicht werden.

Wir müssen daran arbeiten, dass die Akkreditierung zügig vorankommt und verbunden wird mit einem System der regelmäßigen Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung. Auch darauf hat die KMK schon hingewiesen.

In Bezug auf die Berufsakademien kommt es einzig und allein darauf an, dass für die Studierenden, die Absolventen dieser Einrichtung die Qualität stimmt. Sie brauchen Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit mit ihren Abschlüssen. Sie dürfen nicht in die Sackgasse geraten, dass sie mit dem Abschluss darauf angewiesen sind, hier in Baden-Württemberg eine Arbeit oder einen Anschluss zu finden, oder gar auf ihre ursprüngliche Ausbildungsstätte angewiesen bleiben.

Die Hochschulrektorenkonferenz hat auf den KMK-Beschluss mit einer bemerkenswert scharfen Kritik reagiert. Auch hier im Land gab es scharfe Vorwürfe vonseiten der Rektoren. Sie befürchten eine Verwässerung des Bachelors und Gleichmacherei. Ich finde, dass sie mit diesen Vorwürfen nicht Recht haben und dass sich die Berufsakademien zu Recht gegen dieses etwas antiquierte Denken wehren.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE, bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir befürworten, dass im tertiären Bereich eine größere Vielfalt der Anbieter existiert. Nur so kommt auch ein Wettbewerb um die Studierenden zustande.

Zum Schluss möchte ich allerdings doch noch eine kritische Anmerkung machen: Wer wie die Berufsakademien zu Recht für die Öffnung eintritt, für neue Wege im tertiären Bereich, sollte im eigenen Bereich, wenn es um die eigene Einrichtung geht, nicht unnötig streng auf den alten, traditionellen Wegen beharren. Mir geht es konkret um die Frage des Hochschulzugangs und der Hochschulzugangsberechtigung. Die Berufsakademien bestehen darauf, dass man bei ihnen nur studieren kann, wenn man die allgemeine Hochschulreife besitzt. Davon sollte man sich verabschieden. Die Berufsakademien sollten endlich den Weg frei machen und das Studium auch mit Fachhochschulreife ermöglichen. Darüber hinausgehend wäre es überlegenswert, so wie es die IHK diese Woche gefordert hat, auch Menschen ohne Abitur mit einer qualifizierten Berufstätigkeit zum Studium an einer Berufsakademie zuzulassen. Dieser Schritt ist überfällig. Dies würde den Berufsakademien als dualen Ausbildungsstätten gut anstehen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist weit überzogen.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ich bin fertig. Entschuldigung für die Überziehung um eine Minute.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt eine Berufsakademie im Land mit verschiedenen Standorten. Diese Konstruktion ist offenbar tragfähig,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

wie der Erfolg zeigt. Für uns ist nicht entscheidend, wie die Theorie aussehen könnte. Für uns ist vielmehr entscheidend, was dabei herauskommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dabei kommt Hervorragendes heraus. Die Zahlen sind ja schon genannt worden; sie sind auch zwischen Regierung und Opposition unumstritten.

Bei 20 000 Studierenden gibt es 7 000 Absolventen pro Jahr. Diese effiziente Relation schafft keine tertiäre Bildungseinrichtung. Dabei muss man fairerweise sagen: Sie konzentriert sich auf die Lehre, und zwar auf eine gute Lehre.

Wir haben eine sehr geringe Abbrecherquote von ca. 10 %. Das streben wir auch bei den übrigen Hochschulen an. Aber wir sind zum Teil noch weit davon entfernt.

Der größte Teil der Absolventen wird von den Unternehmen übernommen, die diese Studierenden auch ausgewählt

(Minister Dr. Frankenberger)

haben. Es zeigt sich auch, wie wichtig eine sorgfältige Auswahl der Studierenden ist. Schließlich ist ein Alter von 24 Jahren, in dem man in den Beruf einsteigt, durchaus rentenversicherungsfreundlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Die Anfrage der Fraktion der SPD betraf die hochschulrechtliche Anerkennung. Die Berufsakademien glaubten ja nicht, durch eine hochschulrechtliche Anerkennung würde die Qualität verbessert, denn diese ist gut. Vielmehr ging es den Berufsakademien bei der Umstellung auf das Bachelor-/Mastersystem um die Chance eines Weiterstudiums ihrer Absolventen in einem Masterstudiengang. Auch wenn es sich dabei meist nur um eine theoretische Chance handelt, weil die Absolventen im Beruf sehr gute Aufstiegschancen haben, war den Berufsakademien diese Perspektive wichtig.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Sie war auch deshalb wichtig, weil sich nur mit dieser Perspektive wirklich sehr gute Abiturientinnen und Abiturienten um einen Ausbildungsplatz bei den Unternehmen bewerben, die Studienplätze bei den Berufsakademien haben.

Wir haben diese hochschulrechtliche Anerkennung – die berufsrechtliche bestand ja schon – mit Nachdruck betrieben. Wir hatten allerdings große Schwierigkeiten in der Kultusministerkonferenz. Ich habe damals immer gedacht, wenn Ministerpräsident Wulff in Niedersachsen diese Debatten erlebt hätte, hätte er wahrscheinlich früher und mit noch größerem Nachdruck die KMK infrage gestellt. Damals habe ich gedacht, es gibt eine gewisse Berechtigung für den Vorstoß von Herrn Wulff.

Wir haben es allerdings in einem langen Zeitraum schließlich geschafft, alle Länder davon zu überzeugen, die hochschulrechtliche Anerkennung der Berufsakademien unter bestimmten Bedingungen, die die baden-württembergischen Berufsakademien erfüllen, vorzunehmen, und zwar für die Bachelorstudiengänge, die jetzt die Diplomstudiengänge ablösen werden.

Die Länder, die uns im Wesentlichen aufgehalten haben, waren Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Hört, hört!)

Ich hoffe jetzt, dass Nordrhein-Westfalen demnächst eine Regierung erhält, die der Berufsakademie freundlicher gegenüber ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die haben doch zugestimmt! In Nordrhein-Westfalen kann man wunderbar mit dem Bachelor weiterstudieren! – Abg. Zeller SPD: Lassen Sie doch die Polemik!)

– Das ist eine reine Faktenschilderung.

(Abg. Zeller SPD: Polemik ist das!)

Dass die beiden Länder gegen die Anerkennung der Berufsakademien polemisiert haben,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

ist eine richtige Feststellung. Das war tatsächlich Polemik.

(Abg. Zeller SPD: Sie polemisieren!)

– Ich kontrapolemisiere nur.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Wer anfängt, kann nicht Kontra geben!)

Die Voraussetzung für die hochschulrechtliche Anerkennung ist die Akkreditierung dieser Bachelorstudiengänge. Das ist aber normal. Alle Studiengänge aller Hochschularten wie auch aller anderen tertiären Bildungseinrichtungen müssen akkreditiert werden. Insofern gibt es hier auch keine Lex specialis für die Berufsakademien, sondern sie haben die Kriterien zu erfüllen, die alle in diesem Bologna-System zu erfüllen haben. Derzeit finden zügig die Verhandlungen der Berufsakademien mit den Akkreditierungseinrichtungen statt, um die Akkreditierung der dann vom Diplom auf den Bachelor umgestellten Abschlüsse zu erreichen und zu ermöglichen.

Wir dürfen uns ja daran erinnern, dass der Wissenschaftsrat die Berufsakademien des Landes geprüft und ihre exzellente Ausbildung gewürdigt hat. Er hat festgestellt, dass deren Qualität durchaus der einer Fachhochschule entspricht. Das ist letztlich ja das Kriterium, um das es hier geht.

Dass die Hochschulrektorenkonferenz, Frau Bauer, dagegen polemisiert hat – ich benutze jetzt einmal diesen Begriff –, habe auch ich mit Befremden zur Kenntnis genommen – wiewohl ich selbst einmal Vizepräsident dieser Organisation war. Aber man muss nicht alles für richtig halten, was eine Organisation tut, nur weil man dort früher einmal tätig gewesen ist.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber eine tolle Aussage!)

– Ja, vielleicht wäre das bei Ihnen ja auch einmal möglich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da ändert sich nichts an seiner Tätigkeit! Der bleibt Oppositionsführer! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Als Zahnarzt haben Sie doch bestimmt auch schon so manchen Bockmist gebaut! Die Leute laufen doch oben auf den Fildern so seltsam herum, oder nicht?)

Das, was eigentlich dahinter steckt, ist, glaube ich, dass manche Hochschulen Konkurrenz fürchten.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir aber sind für ein wettbewerbliches Hochschulsystem.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir sind auch für einen Wettbewerb zwischen Berufsakademien und Hochschulen. Die Studierenden sollen sich dahin orientieren, wo sie die besten Ausbildungs- und Berufschancen haben. Insofern habe ich kein Verständnis für diejenigen, die diesen Wettbewerb verhindern wollen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

(Minister Dr. Frankenberg)

Weiter ist die Frage der internationalen Anerkennung der Berufsakademieabschlüsse gestellt worden. Da haben Sie, Herr Winkler, richtigerweise festgestellt: Das hatten wir schon früher erreicht. Das mag manche befremden. Wir hatten ja in einem Vertrag mit der Open University erreicht, dass erstens die Berufsakademie im britischen Hochschulsystem akkreditiert ist. Insofern könnten wir natürlich spitzfindig sagen: Die Bachelorabschlüsse sind längst akkreditiert, nämlich von der Open University.

Die Open University führt auch, wie derzeit wieder, Feststellungen zur Qualitätssicherung an unseren Berufsakademien durch und verschärft derzeit auch etwas die Ansprüche bei den Berufsakademien an die eigene Qualitätssicherung. Die Open University hat festgestellt, dass der Abschluss, den die Berufsakademien bieten, dem Bachelor with Honours entspricht. Das heißt aber, dass ein Absolvent einer Berufsakademie schon jetzt in Großbritannien ein Masterstudium aufnehmen könnte. Die haben zwar immer eine individuelle Auswahl, aber das ist ja bei uns auch so. Insofern war die Feststellung richtig, dass man es in Großbritannien könnte, bei uns jedoch nicht. Mit der hochschulrechtlichen Anerkennung und der Akkreditierung ist das in Deutschland jetzt genauso.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das Landeshochschulgesetz hat diesen Übergang ja vorgesehen. Das heißt, alle Bachelorabsolventen haben zu den dann gegebenen Bedingungen ein Anrecht auf ein Masterstudium an den verschiedenen Hochschularten. Das ist die wichtige Perspektive für die Absolventen der Berufsakademien. Sie wollen auch die zumindest theoretische Chance haben, später an einer Fachhochschule oder an einer Universität einen Masterstudiengang, vielleicht auch berufsbeleitend, zu absolvieren.

Dieser Erfolg hängt sicherlich auch mit einem wesentlichen Konstruktionsmerkmal zusammen, nämlich mit der Dualität auch in den Entscheidungsorganen der Berufsakademien: dem dualen Senat und der Tatsache, dass die Studiengänge von beiden Seiten konfiguriert werden, nämlich sowohl von der akademischen Seite als auch von denjenigen, die die Absolventen dann einstellen.

Insofern gehen wir, glaube ich, auch mit unseren Hochschulen den richtigen Weg, wenn wir diese andere Seite stärker an den Entscheidungsprozessen der Hochschulen beteiligen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! Jawohl! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nun haben wir Ihnen heute etwas ins Fach gelegt, nämlich die letzte und neueste Ausgabe des „Scientific American“ vom Mai 2005. In dieser Zeitschrift werben die baden-württembergischen Hochschulen auf über 40 Seiten für „Baden-Württemberg at the Technology Heart of Europe“. Dort werben auch die Berufsakademien für ihre ausgezeichneten Positionen.

Frau Bauer, Sie haben erwähnt, dass man dieses Modell in China kopiert. Ich habe neulich in Dubai die sehr ernst gemeinte Nachfrage nach dem Aufbau einer Berufsakademie mit unserer Hilfe entgegengenommen und habe dort auch

mit deutschen Firmen geredet. Das Interessante war, dass der erste, den ich dort traf – ein Vertreter des Daimler-Chrysler-Weltkonzerns –, sagte, er sei sehr dafür, denn er sei selbst Absolvent einer Berufsakademie in Baden-Württemberg.

Sie sehen, dass wir hiermit für diese ausgezeichnete Institution, aber auch um Studierende für diese Institution werben. Es gibt übrigens an keiner Hochschulart so viele nicht-baden-württembergische Studierende wie an den Berufsakademien. Es sind über 40 %, darunter auch viele aus solchen Bundesländern,

(Abg. Fleischer CDU: Die es ablehnen!)

die gegen die hochschulrechtliche Anerkennung der Berufsakademien gewesen sind.

(Abg. Fleischer CDU: Trittbrettfahrer! – Abg. Zeller SPD: Bayern zum Beispiel!)

Wir werben in diesem Heft auch für unsere ausgezeichneten Hochschulen, das heißt, diese Hochschulen werben für sich. Ich glaube, dass Werbung für das Gute, das wir anbieten, notwendig ist. Wir brauchen auch aus dem Ausland gute Studierende, guten wissenschaftlichen Nachwuchs und gute Professorinnen und Professoren.

Um den Kreis zur Debatte von heute Morgen zu schließen – auch auf die Gefahr hin, dass man mir wieder Polemik unterstellt –: Dieses Heft finde ich sehr viel sinnvoller als die Obrigheim-Broschüre.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben sie doch gar nicht gelesen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Winkler für eine Redezeit von 62 Sekunden.

(Abg. Wacker CDU: Und 10 Millisekunden!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zwei Punkte:

Herr Fleischer, ganz kurz zu Ihnen: Sie haben nicht zugehört, aber Sie sollten es sich merken:

(Abg. Fleischer CDU: Danke, Herr Oberlehrer!)

Dank der und mit der kritischen Begleitung auch aus dem wissenschaftlichen Bereich während der Anfänge der Berufsakademien sind diese Einrichtungen so gut geworden. Deswegen sind sie so gut geworden!

(Abg. Fleischer CDU: Das glauben Sie ja selber nicht!)

Herr Minister, zum Stichwort Bauunterhaltung – das haben Sie ausgeklammert – ganz profan: Auch wenn es etwas Einfaches ist, wäre es für die BAs wichtig, dass die Plastikeimer wieder durch dichte Dächer ersetzt werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das wäre wichtiger als eine Broschüre!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/4218, 13/4239, 13/4240, 13/4241, 13/4242, 13/4243

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 1. Juni 2005, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:09 Uhr

Anlage 1

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzung im Präsidium

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	ordentliches Mitglied	Oettinger	Mappus

28. 04. 2005

Stefan Mappus und Fraktion

Anlage 2

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umbesetzung im Oberrheinrat

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Oberrheinrat		Renate Rastätter	Edith Sitzmann

28. 04. 2005

Winfried Kretschmann und Fraktion